DIE BEZIEHUNGEN ZWISCHEN OBERSTER HEERESLEITUNG UND REICHSLEITUNG VON 1914-1918

INAUGURAL - DISSERTATION

ZUR ERLANGUNG DER DOKTORWÜRDE
EINER HOHEN PHILOSOPHISCHEN FAKULTÄT
DER
JULIUS-MAXIMILIAN-UNIVERSITÄT
ZU WÜRZBURG

VORGELEGT VON

ERWIN DIRENBERGER

1936
JUNKER UND DÜNNHAUPT VERLAG / BERLIN

Referent: Professor Dr. M. Buchner

Tag der mündl. Prüfung: 14. Dezember 1934

R. UNIV.
BIBLIOTHEEK
LEIDEN

Großdruckerei Paul Dünnhaupt, Köthen (Anhalt)

DEM GEDENKEN
MEINES LIEBEN VATERS

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41549802_0074

INHALTSÜBERSICHT

Seite

Einleitung: Gegensätze zwischen politischen und militärischen Gewalten im Laufe der geschichtlichen Entwicklung 11

I. Kapitel: Gegensätze in der Frage des U-Boot-Krieges 18

II. Kapitel: Gegensätze in der Kriegsziel- und Annexionsfrage mit besonderer Berücksichtigung der Belgischen und Polnischen Frage 26

III. Kapitel: Bethmanns Sturz und die Friedensresolution des Reichstages im Juli 1917 53

IV. Kapitel: Die Friedensverhandlungen von Brest-Litowsk und die Kühlmann-Krisis 73

V. Kapitel: Die Frage des Waffenstillstandes und der Sturz Ludendorffs 99

Schluß: Die Bedeutung des Gegensatzes zwischen Oberster Heeresleitung und Reichsleitung für den Zusammenbruch 142

Literaturverzeichnis 145

VORWORT

Wenn im folgenden der Versuch unternommen wird, das Zusammen- und Gegeneinanderarbeiten der Obersten Gewalten im Kriege zu untersuchen, so möchte ich gleich hier bemerken, daß keineswegs ein endgültiges Urteil gefällt werden soll; denn dafür ist der Zeitraum, der zwischen dem hier behandelten Geschehen und der Gegenwart liegt, noch zu kurz.

Wir wollen lediglich an Hand der Dokumente jener Zeit und insbesondere der Aufzeichnungen der damaligen militärischen und politischen Führer versuchen, ein Bild vom Denken und Handeln in den wichtigsten und bedeutungsvollsten Phasen des Weltkrieges zu gewinnen.

In voller Objektivität werden wir die Äußerungen dieser Führer einander gegenüberstellen, ohne zu verdammen oder zu bewundern. Schlicht und einfach wollen wir die Gründe erforschen, welche sie zu ihrem Handeln veranlaßt haben. Gelingt es uns, möglichst tief in diese Beweggründe einzudringen, dann ist Sinn und Zweck dieser Arbeit erfüllt.

EINLEITUNG

GEGENSÄTZE ZWISCHEN POLITISCHEN UND MILITÄRISCHEN GEWALTEN IM LAUFE DER GESCHICHTLICHEN ENTWICKLUNG

Gegensätze politischer und militärischer Gewalten kennt die Kriegsgeschichte früherer Epochen nicht. Damals war eben der Fürst die Stelle, bei der alle Fäden zusammenliefen. Er war sein eigner Feldherr und Kanzler. Die Größe von Männern wie Oliver Cromwell, Friedrich der Große und Napoleon beruht ja darin, daß bei ihnen das Genie des Feldherrn und das des Politikers in einer Person vereinigt war. Mit Beginn des 19. Jahrhunderts ist der Herrscher nicht mehr absoluter Herr. An Stelle des aufgeklärten Absolutismus tritt der Konstitutionalismus. Der Monarch steht zwar auch jetzt noch an oberster Stelle, aber er vereinigt nicht mehr alle Zügel der Regierung in seiner Hand. Leiter der Politik ist sein Kanzler, Führer des Heeres der vom Monarchen ernannte Generalstabschef. Damit ist ein vollständig neues Problem geschaffen, das Problem: „Politik und Kriegführung". Die Grenzziehung zwischen beiden Gewalten geht nicht ohne Schwierigkeiten vor sich, denn nunmehr beginnt der Kampf um die Vorherrschaft. Es ist das Ziel eines wirklichen Staatsmannes, „den unbedingten Primat der politischen Leitung gegenüber der militärischen zu beanspruchen"[1]). Das Heer ist eben ein Instrument des Staates, das dem Staat eine letzte und sicherste Stütze für seine Politik bietet oder, wie General von Seeckt schreibt: „Die Eigentümlichkeit des Heeres als Staatseinrichtung liegt darin, daß es, während alle anderen ihre Tätigkeit auf die Dauer und die Regel richten, sich auf den Ausnahmefall einstellen muß . . . . Im Wesen dieses Heeres und gerade eines guten liegt eine gewisse Ungeduld, ein begreiflicher und natürlicher Betätigungsdrang,

[1]) Oncken: Politik und Kriegführung. S. 4ff.

ohne daß ihm damit das Recht zufiele, auf die Verwirklichung solcher Wünsche zu dringen[2])."

Auch im Kriege von 1870/71 zeigte es sich, daß die wechselseitigen Beziehungen zwischen Kriegführung und Politik öfters Differenzen unterworfen sind. Die Unabhängigkeit der militärischen Befehlsgewalt gegenüber den notwendig vorhandenen politischen Bindungen der Staatsmänner, die dadurch geschaffene überragende Stellung des Chefs des Generalstabes, birgt neben großen Vorteilen auch schwere Gefahren in sich. Es entstehen zwischen den beiden Gewalten nur zu leicht unsichtbare und doch hohe Scheidemauern, also „die Gefahr eines versteckten Antagonismus, die Gefahr unlösbarer Konflikte"[3]). Dieser Gefahr des Antagonismus mußte Bismarck schon im deutschen Bruderkriege entgegentreten, da die Militärs unbedingt den Einzug in Wien durchsetzen wollten, während er in der Verwirklichung dieser Absicht eine dauernde Kränkung Österreichs erblickte und sich deshalb mit aller Gewalt dem Drängen der Militärs widersetzte.

Den Groll der Militärs über diese ihre „Niederlage" bekam Bismarck im Deutsch-Französischen Krieg zu fühlen. Er wurde nicht mehr wie 1866 zu den militärischen Beratungen zugezogen, sondern man hatte über ihn seitens der Militärs den „Boykott" verhängt. Man ging sogar so weit, daß man ihm alle militärischen Maßnahmen und Absichten geheimhielt und der Kanzler sich nur über die „zweite Staffel" des Hauptquartiers und den englischen Korrespondenten Russel Nachrichten über die militärische Lage verschaffen konnte. Nur einer Persönlichkeit wie Bismarck konnte es gelingen, diese Boykottierung zu durchbrechen und das Übergewicht in dem Spiel der Kräfte zu gewinnen. Lassen wir den Kanzler selbst sprechen: „Wenn man die Theorie, welche der Generalstab mir gegenüber zur Anwendung brachte und die auch kriegswissenschaftlich gelehrt werden soll, so ausdrücken kann: der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten kommt erst wieder zum Wort, wenn die Heeresleitung die Zeit gekommen findet, den Janustempel zu schließen, so liegt schon in dem doppelten Gesicht des Janus die Mahnung, daß die Regierung eines kriegführenden Staates auch nach anderen Richtungen zu sehen hat als

[2]) v. Seekt: Die Zukunft des Reiches. S. 139.
[3]) Niemann: Revolution. S. 27.

nach dem Kriegsschauplatze. Aufgabe der Heeresleitung ist die Vernichtung der feindlichen Streitkräfte; Zweck des Krieges die Erkämpfung des Friedens unter Bedingungen, die der vom Staate verfolgten Politik entsprechen. Die Feststellung und Begrenzung der Ziele, die durch den Krieg erreicht werden sollen, die Beratung des Monarchen in betreff derselben ist und bleibt während des Krieges wie vor demselben eine politische Aufgabe, und die Art ihrer Lösung kann nicht ohne Einfluß auf die Art der Kriegführung sein. Die Wege und Mittel der letzteren werden immer davon abhängig sein, ob man das schließlich gewonnene Resultat oder mehr oder weniger hat erreichen wollen, ob man Landabtretungen fordern oder auf solche verzichten, ob man Pfandbesitz und auf wie lange gewinnen will[4])." — Dieser Streit zwischen den Gewalten erreicht im Winter 1870/71 seinen Höhepunkt bei der Belagerung von Paris. Die Alternative heißt: Diktatfriede oder Verhandlungsfriede. Bismarck bleibt Sieger, Moltke als Vertreter der Armee ordnet sich ihm unter im Sinne des Satzes von General Clausewitz: „Der Krieg ist ein Instrument der Politik, er muß notwendig ihren Charakter tragen, er muß mit ihrem Maße messen; die Führung des Krieges in seinen Hauptumrissen ist daher die Politik selbst, welche die Feder mit dem Degen vertauscht, aber darum nicht aufgehört hat, nach ihren eigenen Gesetzen zu denken[5])."

Für die Beziehungen zwischen Oberster Heeresleitung und Reichsleitung im Weltkriege bedeutet das Jahr 1916 einen Wendepunkt. Mit Übernahme der O. H. L. durch Hindenburg und Ludendorff am 29. August 1916 beginnt ein zweiter, weitaus wichtigerer Abschnitt. Im ersten Teil zeigt sich ein Wechsel innerhalb der O. H. L., da auf Generaloberst von Moltke General von Falkenhayn als Chef der O. H. L. folgt, während der Reichskanzler von Bethmann-Hollweg die ganze Periode hindurch im Amte bleibt. In der zweiten Periode sind dagegen Hindenburg und Ludendorff die ruhenden Pole, während in einem Zeitraum von zwei Jahren nicht weniger als vier Reichskanzler das Steuer des Reiches übernehmen.

*

[4]) v. Bismarck: Gedanken und Erinnerungen. II, 410.

[5]) v. Clausewitz: Vom Kriege. S. 680.

Die obersten Gewalten des Reiches sind verkörpert im Reichskanzler und im Generalstabschef des Feldheeres. Der Kaiser ist die Personifizierung des deutschen Einheitsgedankens. Der Kaiser kann im Namen des Reiches Krieg erklären und Frieden schließen, hat die Berechtigung, mit fremden Mächten Verträge einzugehen, und gilt völkerrechtlich als Vertreter des Deutschen Reiches. Ihm zur Seite stehen als Berater und Vollstrecker seines Willens der Reichskanzler und der Generalstabschef. Beide werden vom Kaiser berufen, der in der Besetzung dieser wichtigen Ämter vollkommen freie Hand hat. Für die Rechte des Kaisers ergeben sich also zwei äußerst wichtige Momente. Er ist nach Artikel 63 Absatz 1 der Reichsverfassung der Oberste Kriegsherr des Reiches: „Die gesamte Landmacht des Reiches wird ein einheitliches Heer bilden, welches im Krieg und Frieden unter dem Befehl des Kaisers steht[6])." Ebenso sind bei Ernennung des Reichskanzlers Bundesrat und Reichstag ausgeschaltet[7]). Es trug demnach der Kaiser die moralische Verantwortung für die Haltung der deutschen Politik; staatsrechtlich war jedoch der Reichskanzler dafür verantwortlich, da zur Gültigkeit der politischen Anordnungen des Kaisers die Gegenzeichnung des Reichskanzlers notwendig war.

Ganz anders verhält es sich mit der militärischen Verantwortlichkeit; hier ist keine Gegenzeichnung des Generalstabschefs notwendig und der Kaiser ist an und für sich allein maßgebend. Tatsächlich war dagegen der Generalstabschef verantwortlich, da nicht der Kaiser aus eigener Initiative die Befehle erteilte, sondern der Chef des Generalstabes dem Kaiser die Befehle vor der Ausführung vorlegte; er gab dann im Namen des Kaisers die Befehle aus und trug natürlich auch die tatsächliche Verantwortung. Der Generalstabschef mußte auch nicht, wie der Reichskanzler, einer Instanz wie dem Reichstag Rede und Antwort stehen, sondern er war nur seinem Gewissen und dem Urteil der Weltgeschichte verantwortlich. „Das Deutsche Heer war nicht aufgebaut auf einem blinden Kadavergehorsam, sondern auf dem Verantwortungsgefühl jedes einzelnen Mannes; das war der ethische Gehalt der ganzen Felddienstordnung und des Exerzierreglements[8])."

---

[6]) Verfassung von 1871. Art. 63, Abs. 1.

[7]) Verfassung von 1871. Art. 7, Abs. 23; vgl. auch Wohlers: Die staatsrechtliche Stellung des Generalstabes. S. 39ff.

[8]) Bredt: Der deutsche Reichstag im Weltkrieg. Ursachen. VIII, 40.

Zu Beginn des Krieges kannte man den Begriff der „Obersten Heeresleitung“ noch nicht, man kannte nur den „Großen Generalstab“. Dieser war von Haus aus eine preußische Einrichtung, die indes schon im Frieden sämtlichen deutschen Kontingenten übergeordnet war. Nur Bayern und Sachsen hatten ihre Selbständigkeit bewahrt, doch traten ihre Streitkräfte im Kriegsfall mit allen anderen unter den Oberbefehl des Kaisers, der vom „Chef des Generalstabes des Feldheeres“ beraten wurde. Damit ist also der Preußische Generalstabschef die höchste militärische Autorität, da im Verlauf des Krieges der Kaiser von seinen Befugnissen als Oberbefehlshaber nur wenig Gebrauch machte.

Als am 29. August 1916 Hindenburg und Ludendorff in das kaiserliche Hauptquartier nach Pleß berufen wurden, wurde eine vollkommen neue Lage geschaffen. Die große Autorität und Umsicht eines Hindenburg, verbunden mit der Tatkraft und dem eisernen Willen eines Ludendorff, schuf der Heeresleitung ein noch größeres Ansehen als sie es bisher besessen; waren doch diese beiden Männer Träger des deutschen Sieges. Erst von jetzt an kann man von einer O. H. L. sprechen, da für Ludendorff die Stelle eines Generalquartiermeisters mit voller Mitverantwortung geschaffen wurde. Er selbst berichtet darüber: „Chef des Generalstabes des Feldheeres wurde Generalfeldmarschall v. Hindenburg. Ich wurde erster Generalquartiermeister mit voller Mitverantwortung. Das war eine Vielheit, die sich bei den gegebenen Verhältnissen nicht vermeiden ließ[9])“ Von nun an wird der Kaiser völlig in den Hintergrund gedrängt, er war nur noch, wie Bredt sagt, „die hinter den Mitgliedern der O. H. L. stehende Autorität ohne eigene Bedeutung“[10]).

Wir sahen, wie sich im Deutsch-Französischen Krieg die Heeresleitung Bismarck unterordnete, indem der militärische Führer bei seinen Operationen in erster Linie den militärischen Erfolg im Auge hatte, der Politik aber die Ausnutzung des Sieges überließ. Leider hat man sich seit 1870 nicht mehr mit der Frage der Abgrenzung der Befugnisse der Obersten Gewalten abgegeben. Man trat in den Weltkrieg mit der Ansicht, daß die Politik im Krieg zu schweigen habe, bis die Strategie ihr wieder das Reden gestatte. Dieser Gedanke spricht zwar für eine gewisse Über-

[9]) Ludendorff: Kriegführung und Politik. S. 99.

[10]) Bredt: a. a. O. S. 31.

hebung der militärischen Stellen, ist aber auch ein Beweis für die Schwäche der Reichskanzler. Kein Nachfolger Bismarcks wagte es, schon im Frieden die Frage der Zuständigkeit der Politik für den Kriegsfall anzuschneiden. Bethmann-Hollweg, der erste Kriegskanzler, hat sogar ausdrücklich auf das Führungsvorrecht der Politik im Kriege verzichtet: „Der Laie kann nie die militärischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten beurteilen, da hinter allen Dingen der militärische Zwang steht. Wie der Zwang gelöst wurde konnte nur das Militär auch da entscheiden, wo militärische und politische Forderungen Hand in Hand gingen[11])." Damit war von vornherein die Möglichkeit zu einem immer stärkeren Übergreifen der militärischen Instanzen gegeben. Wenn der Reichskanzler gegenüber Moltke und Falkenhayn sich behaupten konnte, so nur deshalb, weil beide sich vom Gebiet der Politik fernhielten. Das wird mit dem Erscheinen Ludendorffs sofort anders. Seine Tatkraft und sein Geist drängten ihn, nachdem die militärische Lage sich wieder günstiger gestaltet hatte, zur Betätigung auf politischem Gebiet; ja, Ludendorff war hierzu sogar gezwungen, da der Kredit des Reichskanzlers im Volke so ziemlich verbraucht war und das Volk sich um Hindenburg und Ludendorff scharte. Nirgends sind die Grenzen so flüssig wie auf dem viel umstrittenen Gebiet von Kriegführung und Politik; oft muß der Heerführer die treibende Kraft bilden und sich mit aller Energie für seine politischen Anschauungen einsetzen, sofern sonst die Haltung der politischen Stellen die militärische Sicherheit gefährden würde. In Bezug darauf sagt Hindenburg: „In diesen Fragen entscheidet nicht nur die sachliche Materie, sondern auch der Charakter der an ihrer Lösung arbeitenden Persönlichkeiten[12])." Wenn nun der leitende Staatsmann nicht die nötige Kraft besitzt, um, wie Bismarck, die Militärs in ihre Grenzen zu weisen, oder wenn er so schwach ist wie Bethmann-Hollweg, so daß die O. H. L. notwendigerweise in die politischen Angelegenheiten eingreifen muß, dann kann dieses Fehlen einer starken politischen Hand und die Verkennung des richtigen Verhältnisses zwischen Politik und Heerführung die Kriegführung wesentlich beeinträchtigen. „Politiker und Heerführer sind nach ihrer ganzen Erziehung und Lebensauffassung Antipoden; weder kann unter

[11]) Bethmann-Hollweg: Betrachtungen. II, 9.

[12]) Hindenburg: Aus meinem Leben. S. 201.

normalen Verhältnissen der Politiker eine Armee führen, noch der Heerführer gute Politik treiben. Mit Recht ist das Wort geprägt worden, daß der Soldat in Entscheidungen, der Politiker in Entwicklungen denkt, dem einen wird in den Augen des anderen immer das Odium des Haudegens, dem anderen das des Cunctators anhängen; der Soldat ist gewohnt und erzogen, rasch und kühn, der Politiker langsam und vorsichtig zu handeln[13]).“ Wie sich dies Verhältnis zwischen den Obersten Gewalten im einzelnen gestaltet hat, mögen die folgenden Darlegungen erläutern.

[13]) Leyh: Der deutsche Zusammenbruch als Schicksal. S. 16.

I. KAPITEL

GEGENSÄTZE IN DER FRAGE DES U-BOOT-KRIEGES

Eine der wichtigsten Fragen im Kriege, die nicht nur die Obersten Gewalten, sondern auch das ganze Volk in ihren Bann zog, war die des U-Boot-Krieges. Nachdem der Bewegungskrieg in den Stellungskrieg übergegangen war, gewinnt der Gedanke Raum, gegen die größte Seemacht der Entente, gegen England, vorzugehen. Über diese Frage, die faktisch erst zu Beginn des Jahres 1917 entschieden wurde, kommt es zu den ersten Differenzen zwischen den Obersten Gewalten.

Zunächst hatte der schnelle Verlauf des Krieges, der deutsche Vormarsch in Nordfrankreich, der Schicksalsschlag an der Marne und das Scheitern des deutschen Flankenstoßes bei Ypern und an der Yser keine Uneinigkeit zwischen O. H. L. und Reichsleitung aufkommen lassen. Der erste Generalstabschef, Generaloberst v. Moltke, mußte infolge der Niederlage an der Marne sein Amt an den Kriegsminister, General v. Falkenhayn, abtreten. Moltkes Mangel an Selbstvertrauen und Zuversicht hatte diesen Mißerfolg verursacht[1]).

England suchte das Deutsche Reich durch Abdrosselung der Lebensmittel- und Rohstoffeinfuhr wirtschaftlich zu vernichten, indem es gegen das Völkerrecht die Blockade über Deutschland verhängte. Zum Schutz gegen diese Maßnahmen mußte die Deutsche Flotte den Gegner möglichst mit den gleichen Waffen bedrängen. Man sprach infolgedessen schon Ende 1914 in Marinekreisen vom Einsetzen der U-Boote und von der Durchführung der Blockade an den Küsten Englands. Tirpitz war damals Gegner dieses Planes, da nach seiner Ansicht die Anzahl der zur Verfügung stehenden U-Boote für ein derartig weitgreifendes Unternehmen zu gering war. Er wandte sich gegen die große Ausdehnung der Blockade mit den Worten: „Die Blockade von ganz

[1]) Vgl. v. Moltke: Erinnerungen, Briefe, Dokumente. S. 23.

England klingt zu sehr nach Bluff, Blockade zunächst der Themse scheint mir besser[2])." Trotzdem wurde am 4. Februar 1915 den feindlichen und neutralen Mächten bekanntgegeben, daß der U-Boot-Krieg in den Gewässern um England und Irland am 18. Februar beginnen werde. Da man aber die neutralen Schiffe schonen wollte, so war schon bei Beginn des U-Boot-Krieges seine Wirkung beeinträchtigt und Tirpitz urteilt mit Recht: „Wir ließen die Kriegsgebietserklärung bestehen, behielten also die Amerika verstimmende Schale des U-Boot-Krieges bei, um der öffentlichen Meinung in Deutschland den Anschein von Haltung zu zeigen, höhlten aber durch die auf Veranlassung der politischen Leitung geänderten Befehle an die U-Bootskommandanten den militärischen Kern aus, handelten also stark mit dem Wort und schüchtern mit der Tat[3])."

Reichsleitung und zweite Oberste Heeresleitung waren sich hinsichtlich des U-Boot-Krieges zunächst einig. Beide sind, mit Rücksicht auf die Neutralen, Vertreter des eingeschränkten U-Boot-Krieges. Falkenhayn will den Eintritt Amerikas verhindern, solange England noch nicht niedergekämpft ist, zumal er befürchtet, daß sonst Bulgarien auf die Seite der Entente treten würde. Zu der Note Amerikas im Lusitania-Fall, die einer verkappten Kriegserklärung gleichkam, schreibt er: „Nach ihr bestand kein Zweifel mehr darüber, daß die Hoffnung, Amerika würde wenigstens amtlich den Schein von Neutralität wahren, aufgegeben werden mußte, und daß sein Übergang zu offener Feindseligkeit zu gewärtigen war, wenn Fälle wie der in Rede stehende sich wiederholten . . . . Es mußte daher auf die Fortführung des Unterseekrieges in der bisherigen Form bis auf weiteres verzichtet werden[4])" Ebenso wie Falkenhayn stand auch Bethmann-Hollweg dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg ablehnend gegenüber. Bei einer Besprechung in Pleß am 31. Mai 1915 trat der Kaiser auf die Seite des Admiralstabes; bereits am 5. Juni gab er jedoch dem Drängen des Kanzlers nach und verbot die Versenkung feindlicher Passagierdampfer, da der Kanzler die Verantwortung für den rücksichtslosen U-Boot-Krieg nicht übernehmen wollte[5]). Zu-

[2]) Tirpitz: Erinnerungen. S. 342.
[3]) Ebenda S. 349.
[4]) Falkenhayn: Die deutsche O. H. L. 1914—16. S. 133.
[5]) Tirpitz: a. a. O. S. 353.

sammenfassend ergibt sich für den Herbst 1915 folgendes Bild: Dem Admiralstab, der mit aller Macht für die Durchführung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges eintritt, stehen in gemeinsamer Front Reichsleitung und O. H. L. gegenüber. Beide fürchten den offenen Bruch mit Amerika und glauben nur durch eine entgegenkommende Haltung zum Frieden gelangen zu können.

Mit dem Jahre 1916 beginnt die zweite Phase in der Frage des U-Boot-Krieges. Die Marine will jetzt mit aller Energie ihren oben erwähnten Plan durchsetzen: danach sollten in einem Monat 200 000 To. feindlichen Schiffsraums versenkt werden. Dem Reichskanzler schien jedoch die Rechnung der Marine zu optimistisch zu sein, da große Durchbrechungen der deutschen Blockade durch feindliche Schiffe diese Rechnung zu ungunsten Deutschlands verändern mußten: „Trotz der staunenswerten Leistungen unserer U-Boote ist, es mir völlig ausgeschlossen erschienen, daß sie zahlreich genug seien, solche Durchbrüche zu verhindern. Damit fiel für mich die Rechnung der Marine zusammen[6])." Die Schiffsversenkungen dagegen wurden nach seinen Berechnungen durch den Neubau an Schiffen und die Beschlagnahme deutscher Handelsschiffe seitens der Feinde in den neutralen Häfen wettgemacht. Dagegen hat die O. H. L. einen Frontwechsel vollzogen. Infolge der allgemeinen Lage Deutschlands und der Erstarrung der Fronten, die eine für uns günstige Entscheidung des Krieges immer schwieriger erscheinen ließ, war die O. H. L. zu der Überzeugung gekommen, nicht auf den uneingeschränkten U-Boot-Krieg verzichten zu dürfen. Deshalb waren auf ihre Anregung am 30. Dezember 1915 und am 5. Januar 1916 Besprechungen[7]) mit der Marineleitung erfolgt. Eine Denkschrift aus Marinekreisen vom 7. Januar 1916 verstieg sich sogar zu dem Versprechen, innerhalb eines Jahres könne der Widerstand Englands gebrochen werden, bevor noch die amerikanische Hilfe auf dem europäischen Kriegsschauplatz wirksam würde. Ferner hatte im Februar Tirpitz der O. H. L. eine Denkschrift übersandt, in der er für die Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit des U-Boot-Krieges eintrat. Am 11. und 12. Februar fand eine Aussprache zwischen Falkenhayn und dem Vertreter des Admirals Tirpitz, Kapitän Wiedemann, im Großen Hauptquartier statt, in der Falkenhayn sagte: „Wir sind alle dar-

[6]) Bethmann-Hollweg: a. a. O. II, 118.

[7]) Tirpitz: a. a. O. S. 363.

über einig, daß England bis zur Entscheidung kämpfen will. Die Entscheidung liegt im Besitz Belgiens. Geben wir Belgien heraus, so sind wir verloren. Ich habe mich für den U-Boot-Krieg entschieden und rechne bestimmt auf seine Ausführung. Ich werde mich voll für ihn einsetzen und ihn durchsetzen[8])." Am 4. März 1916 fiel bei einer Beratung in Charleville die vorläufige Entscheidung. Der Kaiser stellte sich auf die Seite seines Kanzlers und formell wurde die Frage vertagt. Dazu schreibt der Kanzler: „Gegen das Votum der O. H. L. und des Admiralstabes schloß sich Seine Majestät dem von mir vertretenen Standpunkt an. Formal wurde zwar erneute Erörterung für den April vorgesehen. Materiell stand der Entschluß des Kaisers fest. Seine Überzeugung, daß mit unseren damaligen Seekräften der von der Marine in Aussicht gestellte Erfolg nicht erreicht werden könne, ist Grundlage der Entscheidung gewesen, welche Ende April unsere Beantwortung der amerikanischen Sussex-Note bestimmt hat[9])." Da Tirpitz zu der Beratung in Charleville nicht hinzugezogen wurde, meldete er sich krank und wurde nun aufgefordert, den Abschied einzureichen, der ihm am 17. März gewährt wurde[10]). Trotzdem die Reichsleitung durch das Zustandekommen dieses Beschlußes ihre Stellung gestärkt hatte, kam es zwischen ihr und der O. H. L. über die Beantwortung der Sussex-Note zu einem scharfen Zusammenstoß. Ende April drang Falkenhayn erneut in den Kaiser, den rücksichtslosen U-Boot-Krieg zwecks rascher Beendigung des Krieges durchzuführen. Gerade damals warf die O. H. L. alle nur verfügbaren Kräfte in die Hölle von Verdun, um an dieser Stelle den Durchbruch durch die französische Front zu erzwingen. Die Weiterführung der Operationen vor Verdun konnte aber nach Falkenhayns Ansicht nur dann von Erfolg begleitet sein, wenn sie in Verbindung mit dem rücksichtslosen U-Boot-Krieg den Feind einem baldigen Frieden geneigt machten. Unter diesen Umständen riskierte Falkenhayn sogar die Gegnerschaft Amerikas. Der Kanzler hingegen stellte sich wieder auf seinen schon bekannten Standpunkt. Da man die Antwort

[8]) Tirpitz: a. a. O. S. 364.

[9]) Bethmann-Hollweg: a. a. O. II, 119.

[10]) Hinsichtlich der Datierung der oben erwähnten Beratung stimmen Tirpitz und Bethmann nicht überein. Tirpitz setzt sie auf 6. März 1917, während ich mich an die Datierung Bethmanns gehalten habe.

auf die Sussex-Note ohne Hinzuziehung Falkenhayns abgefaßt hatte, fühlte sich dieser übergangen und reichte seinen Abschied[11]) ein; nur die Rücksicht auf die Kriegslage bestimmte ihn von seinem Vorhaben Abstand zu nehmen.

Mit der Übernahme der O. H. L. durch Hindenburg und Ludendorff beginnt der Entscheidungskampf um den U-Boot-Krieg. Nachdem am 12. Dezember 1916 das Friedensangebot des Deutschen Reiches an die Entente hinausgegangen und seine Ablehnung durch Lloyd George[12]) offenbar geworden war, gab Ludendorf folgendes Telegramm an Staatssekretär Zimmermann auf: „Nachdem Lloyd George unser Friedensangebot durch seine Erklärung im Unterhaus abgelehnt hat, bin ich auf Grund der Eindrücke, die ich an der Westfront empfangen habe, der Überzeugung, daß nunmehr der U-Boot-Krieg mit aller Schärfe einsetzen muß[13])." Damit war die U-Boot-Frage in ihr entscheidendes Stadium getreten. Am folgenden Tage (23. Dezember) teilte Hindenburg dem Reichskanzler mit, er halte das Angebot Wilsons[14]) für einen diplomatischen Schachzug Englands, um uns hinzuhalten. Er halte nunmehr die Durchführung des uneingeschränkten U-Boot-Krieges für unerläßlich. Im übrigen verwies er auf die Besprechung von Pleß Ende August, in der der Reichskanzler den Entschluß zum verschärften U-Boot-Krieg ganz von dem Urteil des Feldmarschalls abhängig gemacht habe. Die Antwort des Reichskanzlers an Hindenburg lautete: „Euer Exzellenz darf ich zunächst bezüglich der Bemerkung, ich hätte gelegentlich der Besprechung Ende August in Pleß den Entschluß zum verschärften U-Boot-Krieg abhängig gemacht von E. E. Erklärung, daß Sie nach der militärischen Lage den Augenblick für gekommen ansehen, auf mein Schreiben vom 6. Oktober ds. Js. verweisen. In diesem habe ich meine Stellungnahme dahin präzisiert, daß der uneingeschränkte U-Boot-Krieg, da er sich nicht nur gegen feindliche, sondern auch neutrale Schiffe richtet, unmittelbar in unser Verhältnis zu den neutralen Staaten eingreift, daher einen Akt der auswärtigen Politik darstellt, für

[11]) Falkenhayn: a. a. O. S. 186.

[12]) Wippermann: Geschichtskalender. V, 2. S. 1216ff.

[13]) Ludendorff: Urkunden. S. 312.

[14]) Der Präsident der U. S. A. hatte am 18. Dezember ein Friedensabgebot an alle kriegführenden Mächte ergehen lassen. Siehe Wippermann: a. a. O. S. 1312ff.

den ich die alleinige und nicht übertragbare verfassungsmäßige Verantwortung zu tragen habe, auch wenn für meine Stellungnahme im gegebenen Augenblick das Urteil E. E. selbstverständlich von besonderer Bedeutung sein wird“[15]).

Dem uneingeschränkten U-Boot-Krieg will der Kanzler des weiteren nur dann zustimmen, wenn seine Vorteile größer sind als der Nachteil des Eintritts von Amerika in den Weltkrieg. Bereits am 26. hatte der Reichskanzler die Antwort Hindenburgs, die an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließ. Es heißt darin: „.... Ich hatte in meinem Telegramm die Notwendigkeit baldigen energischen Handelns zur See betont, da ich darin das einzige Mittel erblicke, den Krieg zu einem schnelleren Ende zu führen. E. E. glauben diesen Weg noch nicht betreten zu können. Unsere militärische Lage erlaubt es aber nicht, daß irgendwelche Verhandlungen eine einmal als richtig erkannte militärische Maßnahme hinausschieben und so die Energie der Kriegführung lähmen ..... Da jetzt aber die Ansichten scharf auseinander zu gehen scheinen, muß ich es zur Wahrung der Stellung der O. H. L. aussprechen, daß E. E. als Reichskanzler zwar die ausschließliche Verantwortung beanspruchen, daß ich aber selbstverständlich auch weiter mit aller Kraft und im vollen Verantwortlichkeitsgefühl für den siegreichen Ausgang des Krieges dafür eintreten werde, daß militärisch das geschieht, was ich dazu für richtig halte“[16]).

Der Kanzler wußte nun, daß dieser Kampf bis zur Entscheidung durchgekämpft werden müsse, er wußte aber auch, daß er dabei der Besiegte sein werde, da die Mehrheit des Reichstages auf seiten der O. H. L. stand. Hatte sich doch im Oktober die einflußreiche Zentrumsfraktion bedingt für den uneingeschränkten U-Boot-Krieg ausgesprochen, indem sie sich der Entscheidung der O. H. L. anzuschließen erklärte: „Fällt die Entscheidung für die Führung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges aus, so darf der Reichskanzler des Einverständnisses des Reichstages sicher sein“[17]).

Der 9. Januar 1917 war der Tag der Entscheidung. Sofort bei seiner Ankunft in Pleß wurde dem Reichskanzler mitgeteilt, der Kaiser habe sich auf die Seite seiner Generale gestellt und halte den uneingeschränkten U-Boot-Krieg für unvermeidbar. In der

[15]) Ludendorff: Urkunden. S. 316.

[16]) Ebenda S. 318 f.

[17]) Helfferich: Der Weltkrieg. II, 390.

Unterredung mit den beiden Heerführern wies der Kanzler noch einmal auf die große Gefahr, die von Amerika drohe, hin und nannte den U-Boot-Krieg die „letzte Karte". Gegen seine eigene innere Überzeugung fügte sich der Kanzler nach mattem Protest der militärischen Auffassung. Niemals hätte Bethmann-Hollweg gegen seine Überzeugung seine Zustimmung geben dürfen; eine würdigere Antwort wäre sein Abschiedsgesuch gewesen. Wenn der Reichskanzler in seinen Betrachtungen schreibt, er habe es für seine Pflicht gehalten, auf seinem Posten auszuhalten, um eine unabwendbar gewordene Entscheidung nicht zu sabotieren, so ist dies wohl ein Beweis für seine vornehme Gesinnung, nicht aber für ein tieferes politisches Verständnis. Sein Schwanken in dieser militärpolitischen Angelegenheit zeigt uns, wie groß bereits damals das Übergewicht der militärischen Instanz über die oberste politische Leitung geworden war. Daraus schöpften wiederum die beiden Generale die Überzeugung, daß der Krieg mit einem willensschwachen Reichskanzler nicht glücklich beendet werden könne. Von diesem Zeitpunkt an hat sich die O. H. L. bemüht, einen neuen Kanzler zu finden und hat bei Bethmanns Sturz im Juli 1917 tatkräftig mitgewirkt; der Grund dafür ist in der Willensschwäche des Kanzlers zu suchen.

Als nach einem halben Jahre England noch nicht durch den U-Boot-Krieg bezwungen war, konnten gewisse dunkle Kräfte der O. H. L. nicht schnell genug die Schuld für den Mißerfolg zuschieben. Diese war sich indes bei der Beschlußfassung über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg vollkommen klar gewesen, welche Verantwortung sie auf sich lud. Sagte doch Ludendorff Anfang 1917 zu General v. Eisenhardt-Rothe: „Glauben Sie nicht, daß ich in einer Art Hurrastimmung an die Sache herangehe. Trotz aller Versprechungen der Marine gebe ich mich nicht der Hoffnung hin, durch den U-Boot-Krieg England auf die Knie zu zwingen. Ich hoffe aber bestimmt, daß die Frachtraumnot in England eine so große wird, daß es zu einem vernünftigen Frieden bereit ist"[18]). Wenn hinterher Erzberger[19]) in seinem Buch bei der Beurteilung der U-Boot-Frage Staatssekretär Capelle und Admiral Tirpitz wegen ihrer Stellungnahme in dieser Frage Landesverrätern gleichsetzte,

[18]) v. Eisenhardt-Rothe: Im Banne der Persönlichkeit. S. 86.

[19]) Erzberger: Erlebnisse im Weltkrieg. S. 228.

so zeigt sich in diesem Urteil nur das vorschnelle Wesen dieses ewigen Besserwissers. Heute liegen uns so viele Zeugnisse für die Wirkung des U-Boot-Krieges von feindlicher Seite vor, daß Erzbergers Ansicht endgültig widerlegt ist. Ich möchte hier nur eine Stelle aus dem Nachruf für den englischen Quartiermeister Cowans des Daily Telegraph vom 18. April 1921 anführen: „Der deutsche U-Boot-Krieg steigerte die an sich schon große Schwierigkeit des Nachschubes für das englische Heer ins Ungeheure dadurch, daß Ladung auf Ladung versenkt wurde, so daß der Generalquartiermeister hart am Rande seines Könnens war. In einem Zeitpunkt des Jahres 1917 — und das ist bisher niemals enthüllt worden — war hinter den Armeen an Verpflegung und sonstigem Nachschub nur ein Vorrat von nicht mehr als zwei Tagen vorhanden“[20]).

Schon dieses Zeugnis allein genügt zum Beweise, daß der U-Boot-Krieg den alliierten Mächten großen Schaden zugefügt hat. Es ist daher nicht angebracht, immer wieder das völlige Mißlingen dieser Aktion zu behaupten und den Entschluß der O. H. L. zur Durchführung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges als frivol hinzustellen.

Die eigentliche Tragik, die den Mißerfolg des U-Boot-Krieges für Deutschland herbeiführte, hat Wilhelm II. nach dem Kriege mit den Worten festgestellt: „Der Hauptfehler, den wir gemacht haben, war wohl der, daß wir zu früh und zu zögernd mit dem U-Boot-Krieg einsetzten, wir hätten ihn erst beginnen dürfen, nachdem wir genügend Boote erbaut hatten, um schlagartig eine entscheidende Wirkung auszuüben. Der Engländer läßt sich nicht einschüchtern, er muß vor unerbittliche Tatsachen gestellt werden“[21]).

[20]) Zitiert nach Felger: Was wir vom Weltkrieg nicht wissen. S. 46.
[21]) Niemann: Wanderungen. S. 86.

II. KAPITEL

GEGENSÄTZE IN DER KRIEGSZIEL- UND ANNEXIONSFRAGE MIT BESONDERER BERÜCKSICHTIGUNG DER BELGISCHEN UND POLNISCHEN FRAGE

I.

Keine Frage hat im Weltkrieg die Gemüter mehr erregt und nirgends sind die Ansichten und Meinungen stärker aufeinandergeprallt als bei der Erörterung der Kriegsziele. Ein Idealbild für die Lösung dieser Frage hat A. Ritthaler in einer Studie „Kriegsführung und Politik im Weltkrieg auf deutscher Seite" (erschienen in „Volk und Staat", Festschrift für K. A. v. Müller) gezeichnet. Ritthaler schreibt: „Begrifflich jenseits der Frage Kriegführung und Politik liegen eigentlich zwei Fälle, die in der Erörterung so gerne in den Vordergrund gerückt werden: der Streit um die Kriegsziele und um den Kriegsgrundgedanken. Natürlich kann niemand dem Soldaten verbieten seine eigene Meinung darüber zu haben und sie geltend zu machen. Aber er ist dabei nichts anderes als ein Sachverständiger, der sich mit dem Gewicht seiner persönlichen Stimme begnügen muß, sein Amt verleiht ihm hier nicht Kampfrecht und Kampfpflicht. Nicht Kriegführung und Politik stehen sich gegenüber, sondern eine politische Auffassung streitet gegen die andere, und der Soldat, der die seine durchsetzen will, muß sich dazu selber auf die politische Ebene begeben"[1]).

Deutschland hatte, als der Krieg begann, überhaupt keine Kriegsziele. Einziges Ziel war die Verteidigung des Vaterlandes. Als dann nach den großen Siegen, wie natürlich, weitergehende Forderungen erhoben wurden, geschah dies seitens der Parteien, nicht aber seitens des Reichskanzlers. Bethmann-Hollweg hat während seiner Leitung der deutschen Politik immer nur den Standpunkt vertreten, daß Deutschland froh sein müsse, wenn es seine Macht-

[1]) Ritthaler: Über Kriegführung und Politik. „Staat und Volkstum" S. 218 ff.

stellung und seine Grenzen behaupte. Er hat sich aber nicht offen zu diesem Kriegszielprogramm bekannt und hat durch sein Verbot der Erörterung dieser Fragen erst recht ein gewisses Mißtrauen gegen die Politik der Reichsleitung im Volk hochgezüchtet. Es trat jener Zustand ein, den Generalleutnant v. Moser mit den Worten schildert: „Was Deutschland allein anbelangt, so war dort für lange Zeit der Kriegszielstreit im Volk selbst auf unterirdische Kanäle verwiesen; bei den obersten Gewalten schwankten von jetzt ab die leitenden Persönlichkeiten, vom Kaiser angefangen, in dieser Frage je nach der Anschauung über die Kriegslage hin und her; die deutsche O. H. L. aber entbehrte jedes staatsmännischen Winkes und Zügels in Bezug auf die Ausdehnungsnotwendigkeit und Zweckmäßigkeit der deutschen militärischen Operationen im feindlichen Gebiet“[2]).

Nach dem Sturze Bethmann-Hollwegs war aber die politische Macht der O. H. L. derart erstarkt, daß seine Nachfolger im Kanzleramt nicht mehr den Primat der Politik gegenüber der Kriegführung durchsetzen konnten, obwohl bei dem Reichskanzler Grafen Hertling der Wille dazu vorhanden war. Es fehlte eben Bethmann-Hollweg — um mit Ritthaler zu sprechen — „das Fingerspitzengefühl dafür, daß sich der Staatsmann vom ersten Kanonenschuß an bewußt sein muß, daß er sich nunmehr in einer andern Welt befindet, in der er nicht mit den bisherigen Größen rechnen darf.“ Bethmann-Hollweg mußte sich „zur Fortsetzung seiner Politik mit Kanonen statt mit Noten entschließen und wunderte sich dann, daß nicht mit Papier geschossen wurde. Und dies ist der Hauptfall, wo der Führungsanspruch der politischen Leitung gegenüber der militärischen ernsthaft erschüttert ist“[3]).

Wenn wir in unser Thema die Erörterung der Kriegszielfrage aufgenommen haben, dann deshalb, weil wir die Meinung vertreten, der Führungsanspruch der politischen Leitung sei gerade durch ihre Haltung in der Kriegszielfrage erschüttert worden.

Deutschland war — nach dem bekannten Ausspruch Bismarcks — saturiert, d. h. es hat in Europa den ihm gebührenden Raum eingenommen und mußte sich nach dem Kriege von 1870/71 seinen inneren Verhältnissen zuwenden. Eine große Zahl seiner Bevölke-

[2]) v. Moser: Die obersten Gewalten im Weltkrieg. S. 176.
[3]) Ritthaler: a. a. O. S. 223.

rung konnte es nicht im eigenen Lande erhalten und ernähren, denn das Aufblühen der Industrie bedeutete den Niedergang des deutschen Bauerntums. Wir waren eben trotz unserer Kolonien ein „Volk ohne Raum". Der gewaltige Aufschwung des deutschen Handels und Gewerbes bildete für Frankreich und England eine Gefahrenquelle. Diese beiden Länder hatten den neu erschlossenen schwarzen Erdteil unter sich geteilt und schlossen sich nunmehr sofort gegen den neuen Konkurrenten zusammen. Für Frankreich war das Kriegsziel gegeben: Elsaß-Lothringen und — in Verfolgung der alten französischen Politik — das linke Rheinufer. Mit der Propagierung dieser Ziele hatte die französische Regierung das ganze Volk hinter sich; nicht umsonst war den Franzosen seit 40 Jahren dieses Kriegsziel täglich vor Augen gehalten worden. Dem Engländer war die Hauptsache, den unerwünschten deutschen Konkurrenten vom Weltmarkt fernzuhalten. Rußland aber schloß sich diesen beiden Mächten an in der Hoffnung, am Bosporus das zu erringen, was ihm im russisch-japanischen Krieg nicht gelungen war: den Zugang zum Meer durch einen eisfreien Hafen. Deutschland mußte bei Beginn des Weltkrieges mit derartigen Absichten der Alliierten rechnen; unbekannt war ihm jedoch der Plan einer vollen politischen und wirtschaftlichen Vernichtung Deutschlands, wie er schon Mitte Oktober 1914 von den Feindmächten ausgearbeitet wurde. In einem Telegramm Iswolskis vom 13. Oktober 1914 an Sasonow heißt es: „.... Ferner sei das Hauptziel Frankreichs — und darin seien alle drei verbündeten Mächte vollkommen solitarisch — die Vernichtung des Deutschen Reiches und die möglichste Schwächung der militärischen und politischen Macht Preußens. Es sei notwendig es so einzurichten, daß die einzelnen deutschen Staaten daran selbst interessiert sein werden. Über die Einzelheiten der künftigen Gestaltung Deutschland zu reden, sei noch zu früh"[4]).

In Deutschland hat die Entwicklung des Annexionsgedankens ganz andere Wurzeln. Zunächst herrscht nur Empörung über den Überfall und vorherrschend ist der Verteidigungsgedanke. In der Thronrede Kaiser Wilhelms stehen die bekannten Sätze: „Uns treibt nicht Eroberungslust, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz

[4]) Iswolski-Dokumente Nr. 224/25. Zit. nach Volkmann: Die Annexionsfragen des Weltkrieges. Ursachen XII, 1. S. 27 u. S. 178, Anl. 2.

zu wahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter“[5]). Noch schärfer stellt Bethmann-Hollweg den Verteidigungscharakter dieses Krieges heraus mit den Worten: „... Nur zur Verteidigung soll unser Schwert aus der Scheide fliegen. Der Tag, wo wir es ziehen müssen, ist erschienen — gegen unsern Willen, gegen unser Bemühen .... So waren wir gezwungen uns über den berechtigten Protest der Luxemburgischen und Belgischen Regierung hinwegzusetzen. Das Unrecht — ich spreche offen — das wir damit tun, werden wir wieder gutzumachen suchen, sobald unser militärisches Ziel erreicht ist“[6]). Mit klareren Worten kann man wohl nicht die Ablehnung jeder Art von Annexion ausdrücken. Und doch hat der Kanzler hier das Problem berührt, das vier harte Kriegsjahre lang den Ausgangspunkt für alle Streitigkeiten innerhalb der militärischen und politischen Stellen bildete: Belgien. Durch diese Worte hat der Leiter der deutschen Politik bei Beginn des Krieges den Feinden Deutschlands eine Waffe in die Hand gedrückt, die durch die geschickte Ausnutzung der feindlichen Propaganda, immer von neuem geschärft, zum Stoß gegen Deutschland erhoben wurde und nicht wenig zum Untergang Deutschlands beigetragen hat. Belgien und Polen waren das A und O im Streit um die Kriegsziele.

Nach dem siegreichen deutschen Vormarsch im Westen konnte natürlich nicht allzulange dieser Streit unterbunden werden. Wenn auch die Zensur bis Ende 1916 eine offene Debatte über die Kriegsziele nicht zuließ, so wuchs doch bei jedem Sieg das Vertrauen des Volkes auf die Stärke des deutschen Heeres und damit wuchs auch in weiten Volksschichten der Wunsch, die vielen Opfer nicht nur zur Verteidigung des Vaterlandes gebracht zu haben, sondern auch territorialen Gewinn zu erringen. Man sah es als Verrat gegenüber den Gefallenen an, ohne weiteres auf Eroberungen Verzicht zu leisten. Man erkannte, daß der Krieg mit all seinen Greueln nur durch die Politik Englands möglich geworden war und suchte jetzt in Belgien gegen diesen Feind Sicherungen zu gewinnen. Bis Mitte des Jahres 1917 hielt eine große Reichstagsmajorität an diesem Gedanken fest.

Ähnlich wie mit den westlichen Kriegszielen verhielt es sich auch mit den östlichen. Erst nach den großen Schlachten von Tannen-

[5]) Wippermann: a. a. O. I, 47.

[6]) Ebenda S. 58.

berg und den Masurischen Seen trat Anfang 1915 der Plan hervor, Russisch-Polen vom Zarenreiche loszulösen, um so einen Pufferstaat zwischen Rußland und Deutschland zu schaffen.

Bethmann-Hollweg hat auch nach dem großen deutschen Vormarsch im Westen an der unbedingten Integrität Belgiens festgehalten. Sein Interesse galt vor allem den französisch-elsässischen Gebieten. Bereits im September 1914 faßte er auf Vorschlag des Statthalters der Reichslande v. Dallwitz eine Grenzerweiterung nach Westen und die eventuelle Erwerbung der Erzgruben von Briey-Longwy ins Auge. Mit diesen geringen Grenzkorrekturen und dem Erwerb dieses Erzbeckens zeigt sich der Reichskanzler vollständig zufrieden[7]). Wie wenig er an eine Annexion Belgiens dachte, geht aus seiner Antwort auf einem Brief Hertlings im November dieses Jahres hervor, worin letzterer die Annexionspläne des Großherzogs von Oldenburg bezüglich Belgiens erwähnte[8]). Bethmann-Hollweg wendet sich in seiner Antwort schroff gegen diese Gedanken, da dies zu äußerst schwerwiegenden Konflikten führen müsse. Auf die Dauer konnte der Kanzler aber der Lösung der belgischen Frage nicht ausweichen. Nicht nur führende Politiker wie Naumann und Erzberger traten für eine Annexion oder Aufteilung Belgiens ein, auch bekannte Wirtschaftsgrößen wie Ballin und Warburg zeigten ihr Interesse an Belgien. Beide wünschten keine Annexion, doch weitgehende Wirtschaftsverbindung zwischen Belgien und Deutschland. Um eine feste Basis für spätere Verhandlungen zu gewinnen, erbat der Reichskanzler von den zuständigen Stellen Bericht, inwieweit eine wirtschaftliche und militärische Sicherung zugunsten Deutschlands möglich sei. In einem Bericht vom 31. Dezember 1914 haben die Staatssekretäre Dr. Delbrück und Zimmermann in der Belgischen Frage folgende Gesichtspunkte ausgearbeitet[9]): Zur militärischen Sicherung Deutschlands sei es unbedingt notwendig, daß Belgien in einem Zukunftskrieg den Feinden Deutschlands nicht mehr als Sprungbrett und Stützpunkt für ihre Operationen dienen könne. Deshalb müsse Deutschland die Küste und alle Verkehrslinien in seine Hand bekommen. Diese Sicherung könne aber

[7]) Bethmann-Hollweg: a. a. O. II, 16.
[8]) Volkmann: a. a. O. S. 36.
[9]) Ebenda, Anl. 12, S. 193 ff.

nur dann durchgeführt werden, wenn Belgien der Auflösung seines Heeres zustimmen, oder eine Militärkonvention mit Preußen-Deutschland abschließen würde, wenn das Heer nach deutschem Muster organisiert und die Dienstpflicht in deutschen Kasernen erfüllt werden müsse. Eine derartige Ausübung des Besatzungsrechtes könne aber nur möglich sein, wenn deutsches Recht und deutsche Verwaltung an Stelle der belgischen Einrichtungen treten würden; es müßte also der belgische Staat überhaupt auf seine Eigenstaatlichkeit verzichten und die Reichsregierung mit seiner außenpolitischen Vertretung betrauen.

Neben diesen militärischen und politischen Maßnahmen müsse aber auch auf eine wirtschaftliche Durchdringung hingearbeitet werden. Zu diesem Zweck müsse Belgien dem deutschen Zollverband beitreten und sein Eisenbahn- und Wasserstraßennetz dem deutschen angleichen. Auch könnte von der Forderung nach Einführung der Markwährung nicht Abstand genommen werden. Ebenso sei zum Schutze der Industrie die größtmöglichste Angleichung auf dem Gebiete der sozialen und der Steuergesetzgebung zu fordern.

Es ist selbstverständlich, daß dieser Plan sich nur bei einem vollständigen Siege der Mittelmächte hätte durchführen lassen, wobei nicht nur Frankreich, sondern auch England einen vollkommenen Zusammenbruch hätten erleiden müssen. Niemals hätte ein freies England das deutsche Reich an der Nachbarküste geduldet. Es ist natürlich, daß auch der Reichskanzler mit diesem Plan nicht einverstanden war, da er zwar „reale Garantien", aber keine Annexionen wünschte. Unter „realen Garantien" verstand er eine möglichst weitgehende Kontrolle in militärischen, politischen und wirtschaftlichen Dingen, ähnlich der Einrichtung der interalliierten Kontrollkommission im „Friedensvertrag" von Versailles. In der Ablehnung jeglicher Annexion wußte sich Bethmann-Hollweg mit dem Generalgouverneur von Belgien einig, der in einer Denkschrift an Kronprinz Rupprecht von Bayern, dem Leiter dieses Frontabschnittes, die Meinung vertrat, „daß das Deutsche Reich Belgien zwar nicht wieder gänzlich aufgeben, aber es sich auch nicht unmittelbar angliedern dürfe"[10]).

[10]) Rupprecht, Kronprinz: Mein Kriegstagebuch. I, 331.

Bemerkenswert ist vor allem, daß der Generalstabschef von Falkenhayn in der Annexionsfrage nicht entscheidend hervorgetreten ist. Man findet in dieser Zeit weder ein Annexionsprogramm der O. H. L., noch Versuche die Reichsleitung irgendwie in ihrer Stellungnahme zu beeinflussen. Während der Ära Falkenhayn hat sich die O. H. L. kaum mit Kriegszielfragen befaßt und war die Reichsleitung allein maßgebend.

Wie Belgien so bildete auch die polnische Frage einen Hauptpunkt im Komplex der Kriegszielfragen. Polenfrage und Randstaatenpolitik sind aber nicht voneinander zu trennen und beide haben den politischen Verhältnissen ihren Stempel aufgedrückt. Der Stein kam ins Rollen durch die gemeinsame deutsch-österreichische Offensive im Frühsommer 1915, die die russische Stellung überrannt und mächtige Fortschritte erzielt hatte. Ende August dieses Jahres waren die Verbündeten 200 km vorgerückt und hatten mit der Bug-Njemen-Linie auch die Ostgrenze Kongreßpolens erreicht. Damit hatte Deutschland genügend feindliches Gebiet in der Hand, um im Falle von Friedensverhandlungen mit diesem Faustpfand einen gewissen Druck ausüben zu können.

Die endgültigen Maßnahmen hatte der Reichskanzler zu treffen, denn es galt jetzt den Entscheid zu fällen, ob ein weiteres Vorrücken Deutschlands nach Osten den Verdacht erwecken könnte, auch rein russische Gebiete erobern zu wollen, oder ob Deutschland davon Abstand nehmen und dafür an die Lösung der polnischen Frage herantreten sollte. Bethmann-Hollweg hätte erkennen müssen, daß ein weiteres Vordringen nach Osten Deutschland einem Frieden entfernen und der Kriegspartei in Petersburg dadurch neue Nahrung geben mußte. Es bedeutete aber auch eine ungeheuere wirtschaftliche und militärisch-technische Belastung in ein Gebiet, das von den Russen bei ihrem Rückzug vollkommen zerstört worden war, vorzurücken und so eine Gefährdung des Nachschubes in Kauf zu nehmen. Pflicht des Reichskanzlers wäre es gewesen, diese ganzen Fragen[11]) mit der O. H. L. zu besprechen,

[11]) Es handelt sich hier um die austro-polnische und die germano-polnische Lösung. Die Polenfrage hat bereits im Verlauf des 19. Jahrhunderts die preußische Regierung beschäftigt. Entscheidend wurde die Frage im Jahre 1863, als sich die Polen gegen Rußland empörten. Bismarck schrieb damals an Rechen-

da es sich hier um Probleme von ungeheuerer Tragweite handelte; leider hat der Kanzler nicht sofort mit der O. H. L. Fühlung genommen, sondern erst zu einem Zeitpunkt, da der militärische Utilitätsgedanke bei der O. H. L. vorherrschend war.

Der Reichskanzler warf seine ganze Arbeitskraft auf die Lösung der polnischen Frage und erklärte am 15. August 1915 im Reichstag: „daß die Besetzung der polnischen Grenzen nach Osten den Beginn einer Entwicklung darstelle, die die alten Gegensätze zwischen Deutschland und Polen aus der Welt schaffen und das vom russischen Joch befreite Land einer glücklichen Zukunft entgegenführen werde, in der es die Eigenart seines nationalen Lebens pflegen und entwickeln könne“[11a]). Welche Stellung der Kanzler zu diesem Problem nahm, zeigen seine Worte: „Wie ungleich auch die Polenpolitik der einstigen Dreiteilungsmächte war, so hatte doch keine von ihnen mit der polnischen Frage fertig werden können. Mochten sich die nationalen Bestrebungen des Polentums in den Autonomiewünschen Kongreßpolens, in der Irridenta der preußischen Anteile, in dem Trachten Galiziens nach politischer Präponderanz innerhalb der Donaumonarchie noch so verschieden äußern, — überall ging es um die Wiederherstellung eines einheitlichen Polenreiches. Gebunden blieb die polnische Frage nur, so lange und insofern sich das Machtverhältnis zwischen den drei Kaiserreichen nicht von Grund auf verschob ..... Jedes andere Ende verwirklichte die polnischen Selbständigkeitsbestrebungen zu Lasten des geschlagenen Teils“[12]).

Mit der Besetzung von Litauen und Kurland kam auch die Randstaatenfrage ins Rollen; hier handelte es sich um die Erweiterung des Schutzwallplanes d. h. man wollte außer Polen auch noch eine Reihe anderer kleiner Staaten zwischen Deutschland und dem östlichen Nachbar einschieben. Da sich in diesen Ländern eine geringe deutsche Oberschicht noch aus der Zeit der Ritterorden erhalten

berg, den preußischen Generalkonsul in Warschau: „Preußen wird stets ein natürlicher Gegner der autonomen nationalen Entwicklung des Königreichs Polen bleiben müssen ... Die Berücksichtigung nationaler Wünsche der Polen darf diesseits nur in solchen Grenzen und in solcher Weise zugegeben werden: daß ihre deutschen Mitbürger keine nachteiligen Folgen dadurch erleiden.“ Siehe „Die auswärtige Politik Preußens 1850—1871“ III, 189 u. vgl. Bismarck, a. a. O. I, 275 ff.

[11a] Wippermann: a. a. O. III, 252 ff.

[12]) Bethmann-Hollweg: a. a. O. II, 87 ff.

hatte, so lag der Gedanke nicht fern, durch diese Kulturschicht die jahrhundertelang unterbrochene Ostkolonisation wieder aufzunehmen und zugleich Siedlungsland für die zurückkehrenden Krieger zu gewinnen[13]). Jedenfalls hat sich damals schon die Leitung von Ober-Ost mit diesen Gedanken getragen, konnte aber durch ihr Zerwürfnis mit Falkenhayn diese Pläne noch nicht zur Durchführung bringen.

Ende 1915 war sich der Reichskanzler noch nicht klar hinsichtlich seiner Pläne mit Polen, das den Hauptgegenstand in dem Streit um die austro-polnische Lösung[14]) bildete. Am 13. Oktober erklärte der Kanzler gegenüber Kronprinz Rupprecht von Bayern: „..... Hinsichtlich Polens bestehe nur darüber Klarheit, daß es nicht wieder russisch werden, aber auch nicht zu Deutschland kommen dürfe. Baron Burian sowie Graf Julius Andrassy seien für die Umgestaltung des Habsburger Reiches in eine durch Personalunion verbundene, aus Österreich, Ungarn und Polen bestehende Trias; Graf Tisza hingegen wünsche, daß Polen in ein Verhältnis gebracht werde, das etwa jenem Kroatiens zu Ungarn entspreche." Der bayerische Kronprinz fügt daran folgende Worte, die ein Bild vom Charakter des Kanzlers geben: „Was mir am meisten auffiel, waren die steten Zweifel, die fast bei jeder Redewendung des Kanzlers sich offenbarten, und ich gewann den Eindruck, daß er vor lauter Bedenken sich zu irgendeinem positiven Resultat kaum durchzuringen vermag"[15]). In der Folgezeit schwankte Bethmann-Hollweg in seinen Entschlüssen hin und her; einer austro-polnischen Lösung, der Wien mit allen Kräften zustrebte, mußte er seine Zustimmung versagen, da er bei einem möglichen Friedensschluß den Österreichern nicht den Löwenanteil überlassen wollte. Da Österreich durch seine Besatzungsbehörden diese Lösung vorbereitete und bei den Polen infolge des Besitzes von Galizien und seiner polenfreundlichen Haltung in der Vergangenheit viel mehr Zuneigung fand als Preußen-Deutschland, das durch seine Polenpolitik schwer belastet war, so wurden anderseits die deutschen Besatzungsstellen nervös und verlangten, durch den Druck des Bundesgenossen angeregt, die Ver-

[13]) Diesen Siedlungsgedanken bringt schon Paul de Lagarde in seinen „Deutschen Schriften" S. 520.

[14]) Unter der austro-polnischen Lösung verstand man die Angliederung von Russisch-Polen an den österreich-ungarischen Staat.

[15]) Rupprecht, Kronprinz: a. a. O. I, 395.

bindung Polens mit Deutschland. In Deutschland drängten schon lange die Annexionsparteien wie Alldeutsche, Nationalliberale und auch das Zentrum, unter Erzbergers Führung, den Kanzler, obwohl dieser den „Scharfmachern" feind war. Am 5. April 1916 nahm der Kanzler im Reichstag zu diesen Fragen Stellung und erklärte, Deutschland und Österreich werde die vom Schicksal aufgerollte polnische Frage lösen, ohne dabei den status quo ante herzustellen[16]). Damit hatte sich der Reichskanzler doch auf ein bestimmtes Programm festgelegt, das er auch einhielt, als das Militär in diese Fragen eingriff.

Infolge der großen Menschenverluste im Sommer 1916 wurde der Versuch unternommen Polen zu rekrutieren, um deutsche Polenlegionen zu errichten[17]). Vorbedingung für die Durchführung jener Vorschläge war allerdings die Einigung über Polen mit unserem Bundesgenossen. Durch den Bericht des Generals Beseler, des Generalgouverneurs von Polen, vom 23. Juli, der sich äußerst optimistisch über die Aufstellung dieser Legionen äußerte und bis Frühjahr 1917 fünf Freiwilligen-Divisionen in Aussicht stellte, wurde vor allem Ludendorff für dieses Polenproblem eingenommen. Bethmann-Hollweg dagegen wollte gerade zu dieser Zeit nichts unternehmen, da er auf einen Friedensschritt Rußlands hoffte; hier war nämlich Störmer Außenminister geworden und der Vizepräsident der Duma Protopopow hatte in Stockholm über Friedensaussichten sondiert. Als sich aber zeigte, daß dieser nicht im Auftrag seiner Regierung handelte, — er wurde sogar vom Zaren wegen dieser Versuche zurechtgewiesen — konnte der Reichskanzler dem Drängen nicht länger widerstehen und es kam zu den Wiener Abmachungen[18]) vom 11. und 12. August 1916. In diesen wurde der Beschluß zur Gründung eines selbständigen Königreiches Polen mit konstitutioneller Verfassung und Erbmonarchie gefaßt. Zur Sicherung der deutschen Grenze sollte ein Grenzstreifen an Deutschland abgegeben werden; ferner sollte die Oberaufsicht über die polnische Armee in die Hände Deutschlands gelegt werden. In wirtschaftlicher Beziehung wurde keine Einigung erreicht, denn Bethmann-Hollweg wollte den neuen Staat in das deutsche Zollgebiet

[16]) Wippermann: a. a. O. IV, 2 S. 711 ff.

[17]) Falkenhayn: a. a. O. S. 232 ff.

[18]) Volkmann: a. a. O. S. 45 ff.

eingliedern, Burian dagegen verlangte das gleiche Recht für Österreich-Ungarn. Die Proklamierung des neuen Staates sollte zu einem späteren Zeitpunkt, nach Beendigung des Krieges, stattfinden. Welche Gründe die beiden Staaten dann bewogen die Proklamation schon im November dieses Jahres vorzunehmen und wie sich die polnische Frage weiterentwickelte, werden wir im folgenden Abschnitt darlegen.

Zunächst sei noch ein kurzer Rückblick über die Entwicklung der Kriegszielfrage in Ost und West bis zum Auftreten der dritten O. H. L. gegeben.

Aus dem oben Angeführten sahen wir, daß Bethmann-Hollweg in Verfolgung seiner Politik jede größere Einverleibung fremden Landes ablehnte, soweit er sie nicht zum Zwecke der militärischen Sicherheit für geboten hielt. Eine Erweiterung der politischen Interessensphäre lehnte er jedoch nicht ab, er versuchte vielmehr Belgien und die Oststaaten möglichst unter die politisch-militärische und wirtschaftliche Kontrolle Deutschlands zu stellen. Die O. H. L., vertreten durch Falkenhayn, ist in keiner Weise irgendwie führend in diesen Fragen hervorgetreten und hat niemals ein Annexionsprogramm vorgelegt oder gutgeheißen. Falkenhayn war schon zu Beginn des Krieges zu pessimistisch, um von Deutschland unbedingtem Siege überzeugt zu sein. Ein schwerer Fehler scheint uns allerdings darin gelegen zu sein, daß der Reichskanzler sich niemals entschlossen zu seinen Plänen bekannte. Vor lauter Bedenken kam er zu keinem endgültigen Ergebnis und setzte Deutschland dadurch in schlechtes Licht bei den Alliierten, die den Beteuerungen des Kanzlers zur Friedensgeneigtheit keinen Glauben schenken wollten. In Deutschland hat er aber durch sein Verbot der Erörterung der Kriegsziele erst recht Mißstimmung geschaffen, da in dem Teile des Volkes, der sich zu den „Scharfmachern" bekannte, die Hoffnungen und Ziele bis ins Phantastische stiegen, der andere Teil aber, der eine Verständigung wünschte, an einem solchen Treiben erst recht Anstoß nahm und sich von der Regierung entfernte. Dieser Zwiespalt im Volke und in Bethmanns eigener Seele ist auch der bestimmende Faktor zu seinem Sturze geworden, der gerade in dem Augenblick erfolgte, in dem der Reichskanzler endgültig auf die Seite der Anhänger des Verständigungsfriedens treten wollte.

II.

Man darf nicht glauben, daß mit der Übernahme der O. H. L. durch Hindenburg und Ludendorff die Politik des Reichskanzlers sogleich von dieser Seite angegriffen oder daß die O. H. L. eine sofortige Umkehr dieser Politik verlangt hätte. Die Gegensätze haben sich vielmehr erst im Laufe der Zeit herausgeschält. Wir dürfen nicht vergessen, wie sehr der Reichskanzler beim Kaiser für die Berufung der beiden Generale eingetreten ist.

Zunächst mußte die neue O. H. L. ihre ganze Kraft einsetzen, um an der Somme dem Ansturm der vereinigten Franzosen und Engländer Widerstand zu leisten und zugleich auch schleunigst den vordringenden Rumänen entgegenzutreten. Nach dem Sieg über die letzteren und dem Halten der Sommefront wandte die militärische Leitung natürlich ihr Interesse auch den politischen Plänen zu, wobei zunächst die Polenfrage in Fluß geriet, die ja gerade damals in ihrem entscheidenden Stadium stand. Durch die Verhandlungen des Reichskanzlers mit Baron Burian war bereits das Fundament zum Bau eines Polenreiches gelegt und die O. H. L. konnte ohne weiteres in die Untersuchung eintreten, ob tatsächlich durch die Proklamation eines Polenreiches eine Heeresvermehrung möglich würde. Auf Antrag der Heeresleitung trafen am 18. Oktober 1916 im Großen Hauptquartier in Pleß die Vertreter der deutschen und der österreichisch-ungarischen Regierungen und der Heere zu Besprechungen ein. Während der österreichische Oberstkommandierende, General v. Conrad Hötzendorf, General Beseler vor allzu großem Optimismus in der Frage der Polenlegion warnte, glaubte dieser doch seinen Plan durchsetzen zu können, obwohl der österreichische Außenminister, Graf Burian, eine Unterstellung des österreichischen Generalgouvernements Lublin unter Deutschland ablehnte. Für Ludendorff war diese Frage eine „Menschenfrage", wie er ja auch in seinen Urkunden schreibt: „.... Jeder nur mögliche Kräftezuwachs mußte angenommen werden. Die Kriegslage gebot auf die Vorschläge des Generals v. Beseler einzugehen"[19]). Hindenburg und General v. Hoffmann als Vertreter von Ober-Ost standen dagegen beide der „polnischen Legion" von vornherein skeptisch gegenüber und verkannten nicht die Schwierigkeit der

[19]) Ludendorff: Urkunden. S. 316.

Verhältnisse. Beide bedauern in ihren Werken[20]) die Aufrollung der Polenfrage und die Schaffung eines polnischen Reiches. General v. Hoffmann nennt diesen Plan sogar eine „dumme Idee". Nachdem nun einmal der Entschluß zum Polenmanifest gefaßt war, galt es dies möglichst schnell zu veröffentlichen, um den Russen zuvorzukommen. Diese wollten nämlich, auf Drängen der Entente, den Polen ebenfalls die volle Autonomie zusichern. Am 5. November wurde der Aufruf zur Gründung des Königreiches Polen veröffentlicht und die Werbelisten für die Legionäre aufgelegt. Der Erfolg war äußerst gering[21]). Dazu kam noch, daß die Mittelmächte durch ihr Vorgehen die Pläne des zaristischen Rußlands durchkreuzt und sich selbst jede Möglichkeit zu einem Sonderfrieden genommen hatten. Wie ungünstig das Vorgehen der Mittelmächte gewirkt hat, geht aus den Äußerungen Ludendorffs zu Kronprinz Rupprecht von Bayern hervor. Der Kronprinz berichtet darüber in seinem Tagebuch: „Abends kam General Ludendorff .... Daß man auf die Versicherung des Generalgouverneurs v. Beseler hereingefallen, der für den Fall der Autonomieerklärung Polens die Bildung einer Anzahl aus polnischen Freiwilligen bestehenden Divisionen in Aussicht gestellt hatte, bedauerte er lebhaft und Herren seines Stabes erzählten, es wäre durch die Autonomieerklärung Polens tatsächlich eine damals im Werden begriffene Aussöhnung mit Rußland vereitelt worden"[22]). Die O. H. L. hatte begreiflicherweise nach diesem Fehlschlag kein großes Interesse mehr an dieser Frage, doch mußte sie wegen der austro-polnischen Lösung auf der Hut sein.

Bald nach Veröffentlichung des Manifestes, am 21. November 1916, starb Kaiser Franz Joseph. Sein Nachfolger Kaiser Karl und dessen Außenminster Graf Czernin versuchten immer wieder Polen an Österreich anzugliedern[23]). Czernin beabsichtigte sogar dem Erzherzog Karl Stephan die Königskrone anzubieten, um Polen in Personal- und Zollunion mit der österreichischen Monarchie zu bringen. Deutschland war zu der bitteren Erkenntnis gekommen, daß Polen nichts weiter als ein Kriegsgewinnler sein wollte und

[20]) Vgl. Hindenburg: Aus meinem Leben. S. 203 f.; Hoffmann: Der Krieg der versäumten Gelegenheiten. S. 151.

[21]) v. Crammon: Unser österreichisch-ungarischer Bundesgenosse im Weltkrieg. S. 122.

[22]) Rupprecht, Kronprinz: a. a. O. II, 85.

[23]) Czernin: Im Weltkrieg. S. 273 ff.

daß ein selbständiger Polenstaat nicht nur für die Etappen des Heeres, sondern auch für sein oberschlesisches Industriegebiet einen Gefahrenherd bildete. Von jetzt an galt es Vorsicht gegen Polen zu üben, da die großpolnische Agitation ihr Haupt frei erheben konnte und Litauen dem neuen Staatsgebiet eingliedern wollte. So galt es jetzt auch die Frage der Randstaaten ins Auge zu fassen. Die O. H. L. bemerkte mit Freuden den Widerstand der Litauer gegen Polen, denn nunmehr fand das deutsche Heer bei den Litauern und Weißrussen eine sichere Stütze. Als im März, mit Beginn der russischen Revolution, die Litauer in einer Eingabe ihre Absichten und Wünsche dem Oberbefehlshaber-Ost darlegten, hielt dieser und die O. H. L. die Zeit für gekommen ihre Anschluß- und Schutzstreifenpläne zu verwirklichen. Am 5. April 1917 fand in Bingen zwischen den Vertretern des Reichskanzlers und der O. H. L. unter dem Vorsitz des Generals Hahndorff eine Vorbesprechung statt. Hindenburg und Ludendorff legten als Endziel folgenden Plan vor: Kurland und Litauen sollen als Herzogtum bzw. Großfürstentum durch Personalunion mit Preußen an Deutschland angeschlossen werden. Dadurch sollte ein neuer, diesmal verlässiger Pufferstaat gegen Rußland, anderseits auch, wie schon oben bemerkt, neues Siedlungsland für die heimkehrenden Soldaten gewonnen werden. Der Vorberatung zu Bingen folgten am 23. April 1917 die Kreuznacher Besprechungen, in denen von den beiden obersten Gewalten folgende Kriegsziele im Osten festgelegt wurden: Kurland und Litauen seien bis zu der von der O. H. L. bezeichneten Linie für das Deutsche Reich zu gewinnen. Sollte sich der Erwerb „von Teilen der übrigen Ostseeprovinzen einschließlich der Inseln vor dem Rigaer Busen erreichen lassen, so ist er anzustreben .... Im Süden wird die O. H. L. sich damit begnügen, daß hier etwa die Linien Bjelostock-Njemen südlich Lida die Grenze bildet. Der Wald von Bjelowjesch soll als Staatsdomäne erworben werden." — Die deutsche Grenze in Polen sei abhängig von der zukünftigen Lösung der polnischen Frage, die bald gefunden werden müsse. Bei voller deutscher Vorherrschaft in Polen werde die O. H. L. von einem Teil der geforderten Grenzlinien abstehen. Unbedingt müsse als Grenze die Linie Ostrolenka-Marwa, Vorgelände für Thorn, der Zipfel bei Kalisch und Sicherungsgelände für das Industriegebiet in Oberschlesien gefordert werden. Einer Ausdehnung Polens stehe, wenn es die Integrität Kurlands und Litauens anerkenne, nichts im

Wege[24]). Die weiteren Punkte der Abmachungen betreffend die Entschädigung gegenüber Österreich und Rußland sind für unser Thema nicht von Interesse.

Zum erstenmal wird hier ein Kriegszielprogramm aufgestellt, das Maximalforderungen bei einem entscheidenden Sieg Deutschlands enthält. Wenn uns heute diese Ziele weit gespannt erscheinen, so dürfen wir nicht vergessen, daß sie im Vergleich zu denen der Alliierten nicht exorbitant waren. Deutschland war immer bereit mit der Entente zu verhandeln, während diese Deutschland jede Gleichberechtigung bei Verhandlungen abgesprochen hat. Vergessen darf man ferner nicht, daß diese Forderungen erst nach Ablehnung des deutschen Friedensangebotes vom Dezember 1916 entstanden sind. Das Programm der Kreuznacher Verhandlungen zeigt die Unterschriften von Hindenburg und Ludendorff, des Admirals Holtzendorff, des Staatssekretärs Zimmermann und des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg. Damit hat sich der Reichskanzler zum erstenmal seit drei Jahren, wenn auch ungern, zu einem klaren Kriegsziel bekannt. Er schreibt darüber später an Graf Hertling in einem Brief vom 26. Januar 1918: „.... Niemals während des ganzen Krieges habe ich der O. H. L., weder der jetzigen noch der früheren, ein allgemeines Kriegszielprogramm vorgelegt, bis zu dessen Erreichung der Krieg fortgeführt werden müsse .... Nach Ablehnung unseres Friedensangebotes und nach Eröffnung des unbeschränkten U-Boot-Krieges war es die O. H. L., welche fortgesetzt auf eine Festlegung des Kriegszielprogramms im einzelnen drängte. Da der Wunsch der O. H. L. nach Festlegung eines Kriegszielprogramms von Seiner Majestät zum Befehl erhoben wurde, habe ich mich schließlich gefügt, wiewohl ich die praktische Bedeutung nicht anerkennen konnte. So ist es Ende April 1917 zu zweitägigen Verhandlungen in Kreuznach gekommen, in deren Anschluß das Protokoll vom 23. April vollzogen wurde. Die darin enthaltenen Friedensforderungen sind nicht von mir als mein Kriegszielprogramm, sondern von der O. H. L. als militärische Notwendigkeit formuliert worden und gingen im Beginn der Verhandlungen sowohl im Westen als im Osten sehr viel weiter als beim Abschluß festgelegt wurde .... Das Kreuznacher Protokoll ist nichts als ein Internum zwischen der militärischen und politschen Leitung, das

[24]) Volkmann: a. a. O., Anl. 14, S. 200.

schon mich nicht band, wenn es zu tatsächlichen Friedensverhandlungen kam, geschweige denn, daß sich daraus irgendwelche Verpflichtungen für meine Nachfolger herleiten ließen“[25]).

Besser als in dem Brief konnte sich Bethmann-Hollweg selbst nicht charakterisieren. Während er am Beginn seines Briefes bezüglich der Belgischen Frage erklärt, man müsse verhüten, daß Belgien künftig als feindliches Einfalltor dienen könne, und nur den Erwerb von Longwy Briey anstreben, proklamiert er als Ziel der Ostpolitik ein Königreich Polen und die Bildung von Randstaaten. Weiterhin gesteht er, daß er die praktische Bedeutung eines Kriegszielprogramms nicht anerkennen könne und erklärt, daß er sich an die mit eigener Hand unterschriebenen Entwürfe von Kreuznach nicht gebunden fühle. Diese Erklärung sowie das zwischen dem Reichskanzler und Graf Czernin vereinbarte Resumé vom 23. März 1917, in dem als Minimalprogramm der status quo festgelegt wurde und von dessen Vorhandensein die O. H. L. erst später Kenntnis erhielt, sind ein Beweis, wie ungern sich Bethmann dem Kurs der O. H. L. gefügt hat. Es wäre wohl besser gewesen bei Beginn der Kreuznacher Verhandlungen auf das oben erwähnte Resumé hinzuweisen und das Kreuznacher Programm nicht zu unterschreiben. Andernfalls hätte Bethmann ein im Sinne des Resumés abgefaßtes Programm dem Kaiser und der O. H. L. vorlegen und sich um ihre Einwilligung bemühen sollen. Nachdem der Kanzler sich aber einmal zum Programm der „militärischen Notwendigkeit“ bekannt hatte, mußte er auch mit seiner ganzen Kraft dafür eintreten und durfte nicht mehr in seinen Entschlüssen schwanken.

Durch seine oben angedeutete Stellungnahme hat der Kanzler Reich und Volk keinen Dienst erwiesen, sondern die Kluft zwischen den beiden obersten Gewalten erweitert und Mißtrauen gesät. Kaum hat man in Österreich von den Kreuznacher Verhandlungen erfahren, so versuchte Graf Czernin durch ein gemeinsames Kriegszielprogramm die Bundesgenossen gegenseitig festzulegen. Nach einer Reihe von Vorbesprechungen wird am 18. Mai ein neues Kriegszielprogramm[26]) unter Hinzuziehung Österreichs ausgearbeitet, in dem die vollständige Integrität der Donaumonarchie anerkannt wird. Der Angliederung von Kurland, Litauen und der An-

[25]) Schwertfeger: Die politischen und militärischen Verantwortlichkeiten. Ursachen II, 142 f.

[26]) Volkmann: a. a. O., Anl. 15, S. 202 ff.

lehnung Polens an Deutschland stimmt Österreich zu, erklärt seine Uninteressiertheit am polnischen Staat und wird dafür mit Rumänien abgefunden.

Bei einem Rückblick über die Polen- und Randstaatenfrage während der Kanzlerschaft Bethmann-Hollwegs ergibt sich folgendes: Der Kanzler hat, bevor noch die dritte Oberste Heeresleitung ernannt war, durch die Übereinkunft mit Baron Burian in Wien bereits in die Ostfragen eingegriffen; doch scheute er sich dann auf dem bestrittenen Wege weiterzugehen und bekennt sich — wenn auch ungern — zum Polenmanifest. Der Gegensatz zwischen den führenden Männern liegt wohl mehr in ihrem Temperament als in der Art und Auffassung der Kriegsziele. Als Soldaten erklären die beiden Feldherren, daß ihre Kriegsziele nur auf dem Wege der Annexion erreicht werden können. Ein Volk, dem man nicht große Ziele vorhält, erlahmt in seinem Kriegseifer: so die militärische Auffassung. Der Kanzler dagegen fürchtet diese Energie und ist innerlich ein Vertreter des Verständigungsfriedens. Weil er jedoch seine Meinung nicht offen kundgeben will, gibt er sich als Vertreter einer gemäßigten Kontrollpolitik, die die besetzten Gebiete nicht annektieren, wohl aber unter die militärische, politische und wirtschaftliche Kontrolle Deutschlands bringen will. Mit dieser zaghaften Politik hat er sich O. H. L. und Volk zum Gegner gemacht. Die O. H. L. wollte nicht länger mit einem schlappen Kanzler arbeiten, der größere Teil des Volkes aber wandte sich von ihm, weil er damals noch für den Machtgedanken eingenommen war und die bloße Erhaltung des status quo, der der Kanzler zuneigte, ablehnte. Die Feindmächte schließlich mißtrauten dem Kanzler noch mehr, da sie seine Schaukelpolitik nicht verstehen konnten. Tragisch ist, daß der Kanzler, der sich gegen die emporsteigende Macht der O. H. L. wehrte, gerade durch sein Nachgeben bei der Kreuznacher Verhandlung diesem Faktor die Übermacht für die Zukunft gesichert hat.

Unter der kurzen Kanzlerschaft des Herrn v. Michaelis hat sich in dieser Frage nicht mehr viel geändert. Lediglich sichert sich die O. H. L. in einer abermaligen Besprechung in Kreuznach das Einverständnis des neuen Reichskanzlers zu ihrer bisherigen Politik. Sie verlangt aber jetzt energisch die germano-polnische Lösung[27])

[27]) Die germano-polnische Lösung ist die Angliederung von Russisch-Polen an Preußen-Deutschland.

und den Verzicht Österreichs auf Lublin. Czernin, von der Friedensresolution des Deutschen Reichstags angeregt, verbindet Friedens- und Polenfrage[28]). Er lehnt für Österreich jede Annexion ab, verzichtet auf ganz Polen und Galizien, wenn Deutschland elsaß-lothringische Landesteile an Frankreich abtreten werde. In einem Brief an den Grafen nimmt der deutsche Reichskanzler Michaelis folgende Stellung zum Ostproblem ein, nachdem er vorher jede Art von Abtretung an Frankreich abgelehnt hat: „Die Entwicklung Polens zum selbständigen Reich muß sich im Rahmen der Proklamation vom 5. November 1916 vollziehen. Ob diese Entwicklung sich zu einem wirklichen Vorteil für Deutschland gestalten wird oder sich zu einer großen Gefahr für die Zukunft auswachsen kann, wofür bereits mehrfach Anzeichen vorliegen und was besonders für den Fall zu befürchten ist, daß uns die österreichisch-ungarische Regierung nicht schon alsbald, während des Krieges, ihre volle Uninteressiertheit an Polen aussprechen und uns freie Hand in der Verwaltung ganz Polens lassen kann, darf der weiteren Prüfung vorbehalten bleiben“[29]). Weiterhin verfolgt er den Gedanken, ob man nicht, nachdem zum Schutz der deutschen Grenze einzelne polnische Gebiete zurückbehalten werden sollen, dem neuen polnischen Staat das volle Selbstbestimmungsrecht gewähren solle, um dadurch einem deutsch-österreichischen Zwist aus dem Wege zu gehen.

Seine Ansicht hinsichtlich der Randstaatenfrage hat Michaelis in einem Programm, das er einem Führer einer der Mehrheitsparteien vorlegte, wie folgt, festgelegt: „Angliederung von bisher feindlichen Gebietsteilen, die autonom werden und sich an uns anzuschließen wünschen, als militärisch und wirtschaftlich an uns angeschlossene, sonst selbständige Gemeinwesen“[30]). Die Bedenken gegen eine germano-polnische Lösung verstärkten sich, da die preußische Regierung sich energisch derartigen Absichten widersetzte und einen weiteren Zuwachs von polnischer Bevölkerung ablehnte. Diese Haltung löst wiederum bei der O. H. L. Empörung aus, die erklärt, sie könne nur dann auf eine deutsch-polnische Lösung verzichten und eine austro-polnische Lösung befürworten, wenn für Deutschland dabei genügend reale Garantien geschaffen würden.

---

[28]) Czernin: a. a. O. S. 214 ff. Vgl. v. Glaise-Horstenau: Die Katastrophe. S. 121.

[29]) Michaelis: Für Volk und Staat. S. 333 f.

[30]) Ebenda S. 335.

Am 2. November 1917 wird der Reichskanzler Michaelis durch Graf Hertling ersetzt und es beginnt neuerdings der Kampf um Polen. Graf Czernin fordert jetzt Revidierung der Kreuznacher Abmachungen und verlangt die Angliederung Polens an Österreich. Der deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, glaubte darauf eingehen zu können, wenn für Deutschland die Militärkonvention und Zollunion in Polen gesichert würde; auch der deutsche Kaiser lehnte diesen Ausweg nicht ab, verlangte dafür aber Rumänien als deutsches Wirtschaftsgebiet. Der Grund zu dem Umschwung Czernins lag in Vorschlägen der Entente, die dadurch den Zweibund zerreißen wollte und denen der Graf nicht ganz abgeneigt war. Die Gefahr, in der damals Deutschland schwebte, haben nicht die Staatsmänner wohl aber die Feldherrn erkannt und sie forderten sofort große Grenzsicherungen. Als man von der Verbindung der polnischen mit der habsburgischen Krone sprach, erklärt Ludendorff rund heraus: „Bei der deutsch-polnischen Lösung lag der Schutz der Ostgrenze in der Hand Preußen-Deutschlands, jetzt soll der Schutz in österreichisch-ungarische Hände übergehen. Es ist immer besser, den Grenzschutz in eigner Hand zu haben, als in der auch des besten Freundes." Und als Graf Czernin die Bemerkung macht, es sei ein Unterschied, ob der Nachbar Feind oder zuverlässiger Freund sei, lautet die Antwort des Generals: „Aus Warschau blickt man verlangend nach Danzig, Posen und Wilna. Dadurch kommt die Krone Polens in den schärfsten Gegensatz zu Preußen-Deutschland." Hindenburg aber schließt die Beweiskette mit den Worten: „Jetzt müssen wir erst recht verlangen unsere Grenzen zu schützen. Bei bestem Willen kann der österreichische Herrscher, der die polnische Krone trägt, durch die politsche Lage so beeinflußt werden, daß eine Gefahr für Deutschland ersteht. Der Krieg hat gelehrt, daß man immer am besten auf eigenen Füßen steht"[31]). Ludendorff legte bei dieser Besprechung am 6. November 1917 eine Karte vor, in die der Verlauf der projektierten Grenze eingezeichnet war; doch gelangten die Verhandlungen an diesem Tag zu keinem endgültigen Abschluß. Am nächsten Tage standen die Politiker vor einer ganz neuen Lage; die Bolschewisten hatten sich in Rußland durchgesetzt und forderten in einem Funkspruch „An Alle" einen Frieden ohne Annexion und Kontribution. Hier

[31]) Volkmann: a. a. O. Anl. 19, S. 211ff.

möge gleich das Ergebnis der Brester Friedensverhandlungen vorweggenommen sein: Dort wurde nur die staatliche Loslösung Polens und der Randstaaten festgelegt, alles andere blieb in Schwebe. Noch einmal erklärte am 24. Januar 1918 Graf Hertling bei seiner Stellungnahme[32]) zu den 14 Punkten Wilsons, Deutschland werde als Befreier Polens die Gestaltung dieses Landes selbst in die Hand nehmen und lehne jeden Einspruch der Entente ab. Im Februar endlich gelangten die beiden Kaiser zu einer Einigung in der Polenfrage, indem sie das Land einem beiden Mächten genehmen König übertragen wollten. Auch die O. H. L. zeigte sich mit diesem Plane einverstanden, aber diesmal waren es die Staatsmänner, die die Durchführung dieses Beschlusses verhinderten. Sowohl der deutsche Staatssekretär des Äußeren, Herr v. Kühlmann, wie Graf Czernin ignorieren diese Vorschläge und brüten weiter über der austropolnischen Lösung. Als dann Graf Burian, nach Czernins Abgang, im Sommer 1918 abermals einen kräftigen Vorstoß[33]) in diesem Sinne unternimmt, stößt er wieder auf die Gegnerschaft der O. H. L. Jetzt endlich denken die Staatsmänner daran, den Plan der beiden Kaiser durchzuführen; aber die Verhältnisse hatten sich geändert. Die Kriegslage hatte sich zugunsten der Entente verschoben und die polnische Frage fand dadurch nie ihre Lösung im Sinne der Mittelmächte.

Schneller als die polnische Frage fand die Randstaatenfrage ihre Entscheidung. Schon im September 1917 hatte der neugebildete Landesrat von Kurland den Kaiser gebeten die Herzogswürde anzunehmen. Durch den deutschen Vormarsch in Rußland waren dann auch noch Livland und Estland in das Randstaatenproblem eingegliedert worden. Am 1. August 1918 wurde, nach Wiedererrichtung der Universität Dorpat, eine Militärverwaltung für die drei baltischen Lande geschaffen; man ging daran den letzten Stein in das Gebäude einzufügen und diese Länder durch Personalunion mit Preußen an das Reich zu ketten[34]). Doch auch hier sollte es der Entente vorbehalten bleiben, die reifen Früchte zu pflücken.

Nicht so einfach lagen die Dinge in Litauen, das mehr demokratisch eingestellt war. Im August 1917 hatte sich hier ein Nationalrat gebildet, die Taryba, die bald genug mit den deutschen

[32]) Wippermann: a. a. O. VIII, 1, S. 240ff.
[33]) Volkmann: a. a. O. S. 116.
[34]) Volkmann: a. a. O. S. 117.

Stellen in Streit geriet, weil letztere nicht die Unabhängigkeit Litauens „von allen staatlichen Bindungen, die mit anderen Staaten bestanden haben“[35]), anerkennen wollten. Schließlich kam es zu einer Einigung und am 12. August 1918 wurde der Herzog von Urach zum König von Litauen gewählt. Auch hier hat der Ausgang des Krieges die weitere Entwicklung verhindert und der Randstaatenpolitik ein Ziel gesetzt.

Die Befreiung der Randstaaten, von Deutschland eingeleitet, ist schließlich von unseren Gegnern auf anderer Grundlage zu Ungunsten Deutschlands durchgeführt worden. Dank Versailles haben sich heute fast 2 Millionen Deutsche der Willkür Polens und Litauens zu beugen, ohne daß das Selbstbestimmungsrecht der Völker für sie Geltung besitzt.

Nunmehr wenden wir uns nach Westen, um den Verlauf der belgischen Frage unter der dritten Obersten Heeresleitung zu betrachten. Schon vom Beginn des Krieges an waren alle Staaten an Belgien interessiert. Zur Verteidigung Belgiens trat angeblich England in den Krieg ein, die Lösung der belgischen Frage bildete den Hauptpunkt der päpstlichen Friedensaktion und auch in allen Erklärungen Wilsons stand die Sorge um Belgien im Vordergrund. Belgien als Vorgelände für einen Krieg der Zukunft dem Deutschen Reiche zu erhalten, war endlich auch Absicht und Ziel der O. H. L. Wie schon früher dargelegt, war es in der belgischen Frage zu keiner endgültigen Entscheidung gekommen. Durch die Ablehnung des deutschen Friedensangebotes und die scharfe Zurückweisung der Wilsonschen Friedensvermittlung von seiten der Alliierten hatte sich die belgische Frage noch verschärft. Nun hielten Hindenburg und Ludendorff es erst recht für unumgänglich notwendig durch die Waffen die Entscheidung des Krieges herbeizuführen. Schon Schlieffens[36]) Plan zeigte, daß die Entscheidung im Westen gesucht werden müsse, und Belgien war gleichbedeutend mit der Entscheidung. Belgien in deutschen Händen, der Kanal unter der Mündung deutscher Kanonen — das bedeutete die Zerstörung der britischen Seemacht. Es trat dann jener Fall ein, den Napoleon einmal mit den Worten ausgesprochen hat: „Belgien ist die Pistole, die auf das Herz Englands gerichtet ist.“ Umgekehrt mußte Deutschland

[35]) Ebenda. Vgl. Erzberger: a. a. O. S. 187ff.

[36]) v. Moser: Kurzer strategischer Überblick über den Weltkrieg. S. 38.

möglichst großen Einfluß in diesem Gebiet gewinnen, um vor einer Bedrohung von der Flanke aus sicher zu sein. Der Festungsgürtel, der sich heute an Deutschlands Westgrenze entlangzieht, zeigt nur zu deutlich die Gefahren, die der deutschen Industrie am Rhein und Ruhr drohen. Bis Sommer 1918 waren die deutschen Heerführer von der Möglichkeit eines Sieges überzeugt und haben deshalb auch Ansprüche auf Machterweiterung erhoben, ähnlich, wie es die Entente in ihren Erklärungen tat. Immer aber wollen wir uns vor Augen halten: an einen derartigen Gewaltfrieden wie den von Versailles hat die deutsche O. H. L. und das deutsche Volk nie gedacht.

Wenn auch der Reichskanzler durch Schaffung der flämischen Universität Gent, der Ende 1916 durchgeführten Trennung von Flandern und Wallonien, den Wünschen der O. H. L. nachgekommen war, war diese doch nicht davon überzeugt, daß Bethmann-Hollweg noch zu seinen im April 1916 gesprochenen Worten stehe: „Das Belgien nach dem Kriege wird nicht mehr das alte vor dem Kriege sein .... Auch hier gibt es keinen status quo ante. Auch hier macht das Schicksal keinen Schritt zurück. Auch hier kann Deutschland den lange niedergehaltenen flämischen Volksstamm nicht wieder der Verwelschung preisgeben“[37]). Hindenburg forderte also in einem Schreiben vom 23. Dezember 1916 das ganze Erz becken um Longwy-Briey, Lüttich und die völlige Abhängigkeit des belgischen Territoriums von Deutschland; die Marine schloß sich diesen Forderungen an und verlangte die Herrschaft über die belgische Küste. Wenn über die weitgehenden Kriegsziele der deutschen Führung gesprochen wird, so scheint es uns unbedingt nötig zu sein, festzustellen, daß die O. H. L. nicht durch eigenen Ehrgeiz sondern durch die Unnachgiebigkeit und Brutalität der Alliierten zu diesen Forderungen getrieben wurde. Dagegen wirkte der Haß der Feinde auf den Reichskanzler Bethmann-Hollweg gerade umgekehrt; angesichts ihrer unversönlichen Einstellung glaubte er nur durch Verständigungswillen die Brücke zum Frieden schlagen zu können, wagte es aber wiederum nicht, diese Ansicht der O. H. L. mitzuteilen und durch gegenseitige Besprechungen vor überspannten Kriegszielen zu warnen; so konnte nie ein gesunder Ausgleich herbeigeführt werden. In den Kreuznacher Besprechungen wurden

[37]) Bredt: a. a. O. S. 297.

für Belgien folgende wichtige Punkte festgelegt: „Belgien bleibt bestehen und wird in deutsche militärische Kontrolle genommen, solange bis es für ein Schutz- und Trutzbündnis mit Deutschland politsch und wirtschaftlich reif ist . . . .“ Dauernd in deutschem Besitz verbleiben: „Lüttich und die flandrische Küste mit Brügge . . . . Die Kontrolle umfaßt allgemein das Besatzungs- und Wegerecht einschließlich der Eisenbahn.

Durch die Besatzung muß der Aufmarsch des deutschen Heeres gegen Frankreich an der belgisch-französischen Grenze gesichert sein. Belgien hält während des Übergangszustandes kein Heer, sondern nur eine Gendarmerie. Die belgischen Eisenbahnen treten in eine Eisenbahngemeinschaft zu den deutschen Bahnen“[38]). Weiterhin wird noch die Abtretung von Erzlagern und die Aufnahme Luxemburgs in den deutschen Zollverband gefordert.

Damit war neben das Minimalprogramm des status quo, wie es Bethmann-Hollweg und Graf Czernin vereinbart hatten, das Maximalprogramm der O. H. L. und der Marine getreten, die beide anerkannten, daß sie auf der Durchführung ihres Programms nur bei der völligen Niederlage von Deutschlands Gegnern bestehen könnten. Mit diesen Abmachungen war endlich nach 2½ Jahren die Frage der westlichen Kriegsziele geklärt und dem Reichskanzler eine klare Aufgabe zugewiesen. Er brauchte nur aus den beiden Programmen die Bedingungen für einen goldnen Mittelweg herauszuarbeiten und versuchen, die O. H. L. auf dieses neue Programm festzulegen. Die Durchführung dieser Aufgabe war nicht allzu schwer, da der Kaiser als oberster Kriegsherr nicht für allzu weitgehende Kriegsziele eintrat, wie sich aus einer Äußerung zu Graf Lerchenfeld, dem bayrischen Gesandten in Berlin, erkennen läßt: „Er sei für eine Wiederherstellung Belgiens, nur dürfe es nicht gewissermaßen zu einer englischen Kronkolonie werden[39]).“

Der Wille zur Tat fehlte dem Reichskanzler nicht, aber es war zu spät, seine, durch die eigene Schaukelpolitik stark untergrabene Autorität gegenüber Hindenburg und Ludendorff durchzusetzen. Im November 1916 hätte er die beiden Feldherren noch für seine Pläne gewinnen können, jetzt hatte er schon seit Jahreswechsel Ludendorff zum erbitterten Gegner. Dieser hatte damals über sein

---

[38]) Volkmann: a. a. O. Anl. 14, S. 201.

[39]) Kronprinz Rupprecht: a. a. O. II, 227.

Verhältnis zum Kanzler folgendes zum Generalquartiermeister v. Eisenhart-Rothe geäußert: „Ich kann nicht gegen ihn intrigieren. Ich habe ihm aber offen Fehde angesagt. Nichts ist schlimmer als Untätigkeit und Schleppenlassen[40])."

Ende Juni 1917 hat der neu ernannte Nuntius in München, Pacelli, dem Reichskanzler seinen Besuch gemacht und war zum Kaiser weitergefahren. Damals wurde auch in Berlin die Frage einer päpstlichen Friedensvermittlung gestreift, die vom Kanzler sehr befürwortet wurde. Vor allem zeigte der Kanzler in der belgischen und elsaß-lothringischen Frage großes Entgegenkommen, so daß der Nuntius, von der Möglichkeit einer baldigen Lösung überzeugt, befriedigt ins große Hauptquartier nach Kreuznach weiterreiste. Der Kaiser war Feuer und Flamme für eine Vermittlung durch den Vatikan und erklärte, es könne für den Papst ja nichts Herrlicheres geben als sich für die große Sache des Friedens einzusetzen[41]). Durch den Abgang des Kanzlers wurde dieses Vorhaben jäh unterbrochen und es blieb seinem Nachfolger vorbehalten, sich durch einen günstigen Friedensschluß zum großen Manne zu stempeln. Ende Juli besuchte der Nuntius den Nachfolger Bethmanns, Michaelis, um neuerdings mit der deutschen Regierung Fühlung zu nehmen. Mitte August erschien die Friedensnote des Papstes, die sich an alle kriegsführenden Staaten wandte. Sie wollte an Stelle der herrschenden Gewalt wieder Gerechtigkeit setzen, sprach von einem internationalen Schiedsgericht, proklamierte die Freiheit der Meere und den Verzicht auf die im Krieg besetzten Gebiete. Bevor Deutschlands Antwort abgegangen war, traf schon die englische Note im Vatikan ein, die ihre Zustimmung zur Papstnote von der Erklärung der Mittelmächte über ihre Kriegsziele abhängig machte und vor allem die belgische Frage in den Vordergrund rückte. In einem Brief am 30. August 1917 ersuchte der Nuntius die deutsche Regierung hinsichtlich ihrer Stellungnahme zu Belgien folgende Punkte für maßgebend zu betrachten: Die Regierung möge eine Erklärung abgeben, daß sie die volle Unabhängigkeit Belgiens anerkenne und an Belgien eine angemessene Entschädigung für die Zerstörungen entrichte. Ferner seien bestimmte Angaben der Garantieen für politische, ökono-

[40]) v. Eisenhardt-Rothe: a. a. O. S. 54.

[41]) Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten. S. 225ff.; vgl. Bethmann-Hollweg: a. a. O. II, 212ff. und Fester: Die Politik Kaiser Karls. S. 136ff.

mische und militärische Unabhängigkeit, welche Deutschland verlange, abzugeben. Würde diese Erklärung befriedigen, so hoffe der Nuntius einen bedeutenden Schritt zu weiteren Verhandlungen unternehmen zu können[42]).

Am 19. Juli 1917 hatte sich Michaelis mit folgenden Worten zur Friedensresolution des Reichstages bekannt: „. . . . Deutschland hat den Krieg nicht gewollt. Es strebte nicht nach Eroberungen, nicht nach gewaltsamer Vergrößerung seiner Macht — darum wird Deutschland nicht einen Tag länger Krieg führen, wenn ein ehrenvoller Friede zu haben ist, bloß darum um gewaltsame Eroberungen zu machen . . . Wenn wir Frieden machen, so müssen wir in erster Linie erreichen, daß die Grenzen des Deutschen Reiches für alle Zeiten sichergestellt sind. Wir müssen im Wege der Verständigung und des Ausgleichs die Lebensbedingungen des Deutschen Reiches auf dem Kontinent und Übersee garantieren. Der Friede muß die Grundlage für eine dauernde Versöhnung der Völker bilden"[43]). Diese Friedensworte des Kanzlers waren zweifellos ehrlich gemeint, denn er erklärte auch bei seinem Besuch in Wien, er wolle ehrlich versuchen noch vor dem Winter zum Frieden zu kommen und werde keine dargebotene Friedenshand zurückstoßen[44]). Daraus ersehen wir, daß Michaelis und Czernin in ihren Auffassungen nicht allzuweit auseinandergehen. Gerade damals machte auch Czernin den Vorschlag, Deutschland möge durch ein Entgegenkommen in Elsaß-Lothringen einen Friedensschluß anbahnen. Nach seiner Rückkehr aus Wien wurde der Reichskanzler zu Kriegszielbesprechungen in das Große Hauptquartier gebeten, wobei Abtretungen an Frankreich für unmöglich erklärt wurden. Bezüglich Belgiens vertritt die O. H. L. dieselben Anschauungen wie im Kreuznacher Programm und verlangt auf jeden Fall, daß Belgien in deutscher Hand bliebe. Sollte dies durch die Kriegslage unmöglich werden, so würde als Mindestforderung die Abtretung Lüttichs und seines nördlichen Vorlandes zum Schutze des Aachener Industriegebietes aufgestellt[45]).

Die Wirkung dieser Besprechung ist verblüffend. Der Reichskanzler kehrt ganz gewandelt von Kreuznach zurück und sieht auf

---

[42]) Ludendorff: Urkunden. S. 426.
[43]) Michaelis: a. a. O. S. 326f.
[44]) Fester: a. a. O. S. 172.
[45]) Volkmann: a. a. O. Anl. 16. S. 204.

einmal die militärische und wirtschaftliche Lage Deutschlands als gesichert an. Am 17. August schreibt er über die Belgische Frage dem Grafen Czernin: „Ich möchte für die Verhandlung freie Bahn dafür behalten, daß Belgien mit Deutschland militärisch und wirtschaftlich verbunden wird. Die von mir aus einer Aufzeichnung über die Kreuznacher Verhandlungen vorgelegetn Bedingungen ... sind Maximalforderungen der O. H. L. und der Marine. Die O. H. L. ist sich mit mir darüber klar, daß diese Bedingungen oder ihnen wesentlich angenäherte nur zu erreichen sind, wenn England der Friede aufgezwungen werden kann. Aber wir sind der Meinung, daß ein weitgehendes Maß von militärischem und wirtschaftlichem Einfluß auf Belgien im Wege der Verhandlungen erreicht werden muß“[46]). Czernin war darüber sehr erstaunt und machte kein Hehl daraus, daß dieser Standpunkt ein schweres Friedenshindernis sei und die Gedanken der Friedensresolution verwerfe. Interessant ist auch die Stellungnahme des Staatssekretärs v. Kühlmann zu dieser Frage; schon in dieser Zeit ist ihm Belgien das Faustpfand für einen günstigen Frieden, und dem deutschen Gesandten im Haag, Herrn v. Rosen, der für die unbedingte Herausgabe Belgiens plädierte, schrieb der Staatssekretär, er halte jetzt eine Erklärung über Belgien für inopportun, doch soll man etwaige Friedensbemühungen nicht abreißen lassen. So vertrat Herr v. Kühlmann schon damals dieselbe Politik wie dann im Juli 1918: dilatorische Behandlung der Belgischen Frage, da Belgien der höchste Trumpf in deutschen Händen zur Erzwingung eines günstigen Friedens sei[47]).

Inzwischen hatte Nuntius Pacelli das bereits oben erwähnte Telegramm der englischen Regierung dem Reichskanzler übergeben; bei diesem erhält wieder der Verständigungsgedanke die Oberhand. Am 31. August weilte Michaelis bei Kronprinz Rupprecht von Bayern zu Besuch und äußerte, daß wir uns endlich über unsere Minimalforderungen klar sein müßten und die Wiederherstellung Belgiens erfolgen müsse. Auf eine Bemerkung des Kronprinzen über die politsche Tätigkeit Ludendorffs erwiderte der Kanzler, Ludendorff sei froh in Zukunft nichts mehr mit der Politik zu tun zu haben. „Ob es dabei bleibt“ schreibt Kronprinz Rupprecht, „wird die Zukunft zeigen“[48]).

[46]) Michaelis: a. a. O. S. 334.
[47]) Volkmann: a. a. O. S. 100.
[48]) Rupprecht, Kronprinz: a. a. O. II. 253.

Mit dem Kronrat von Bellevue am 11. September 1917 tritt die Belgische Frage in ein neues entscheidendes Stadium. Bei dieser Besprechung waren neben dem Kaiser, der O. H. L. und dem Reichskanzler auch die Staatssekretäre v. Kühlmann, v. Capelle, Graf Rödern, der Vizekanzler Helfferich, der Chef des Admiralstabs v. Holtzendorff, der damalige Generalgouverneur von Belgien, sowie die Minister v. Breitenbach und v. Waldow anwesend. Reichskanzler Michaelis und sein Staatssekretär verlangten als Voraussetzung für Friedensverhandlungen den völligen und unbedingten Verzicht auf Belgien. Diese Forderung ruft sofort den Chef des Admiralstabes auf den Plan, der die Sicherung des Friedens nur durch den Besitz der flandrischen Küste gewährleistet sieht. Dagegen will die O.H.L. auf die Küste Verzicht leisten, wenn England sich nicht in Calais festsetzt; ihr ist es vor allem um die Sicherung unserer westlichen Industriezentren zu tun, da dies eine Lebensfrage für Deutschland bilde. Ludendorff sagt darüber: „Wir müssen das Gebiet zu beiden Seiten der Maas und südwärts bis St. Vith fest in der Hand behalten. Was die flandrische Küste für Luftangriffe auf England für dieses Land, das ist die Maaslinie bei Lüttich in noch erhöhterem Maße für das Industriegebiet“[49]). Damit geht die O. H. L. nicht soweit wie die Marine, verlangt aber doch das Gebiet um Lüttich und den wirtschaftlichen Anschluß Belgiens an Deutschland. Die Stellungnahme des Kaisers schildert Helfferich wie folgt: „Der Kaiser entschied schließlich im Sinne des Kanzlers mit dem Vorbehalt, daß die Belgische Frage erneut geprüft werden müsse, wenn der Verzicht auf Belgien bis zum Jahresende den Friedensschluß nicht ermögliche“[50]). Im Nachtrag zu seinem Werk, in dem sich Helfferich ausführlich mit der Friedensaktion im Jahre 1917 auseinandersetzt, weist er nochmals daraufhin, daß die Reichsleitung die Wiederherstellung der territorialen Integrität und Souveränität Belgiens zugestehen durfte, um einen Frieden zu erlangen. Ferner erwähnt er ein Gespräch des deutschen Kronprinzen, in dem dieser hervorhob, der Friede dürfe „an keiner noch so wichtigen Einzelforderung“[51]) scheitern.

Da bei dem Kriegsrat in Bellevue kein Protokoll geführt wurde, hat der Reichskanzler in drei Briefen an den Kaiser, Hindenburg

[49]) Ludendorff: Urkunden. S. 432.

[50]) Helfferich: a. a. O. III, 171 und Anhang S. 590f.

[51]) Ebenda. S. 172.

und den Chef des Admiralstabs die Entscheidung des Kaisers schriftlich niedergelegt. Aus gewichtigen Gründen, die im folgenden näher erörtert werden sollen, wollen wir den Wortlaut dieser Briefe, soweit sie zur Belgischen Frage Stellung nehmen, hierher setzen. Im Brief an den Kaiser erwähnt Michaelis, daß der Kaiser von dem Gedanken einer Annexion Belgiens bis zur Nordsee Abstand genommen habe, und die Veränderung der Lage anerkenne. Wörtlich fährt der Kanzler fort: „Seine Majestät habe weiterhin ausgeführt: Belgien könne wiederhergestellt werden, der König der Belgier könne wiederkommen . . . Die flandrische Küste sei nicht zu halten, wenn nicht Belgien annektiert werde." — Er sehe ein, daß diese nicht mglich sei; aber die Aufgabe müsse mit Kompensationen verknüpft sein, sonst sei die Politik unmöglich. Dazu rechne er neben völliger Ausschaltung des englischen Einflusses wirtschaftliche Kautelen und die Lösung der Flamenfrage. Das seien aber alles nach seiner Meinung rein belgisch-deutsche Fragen. Im Schreiben an den Generalfeldmarschall, das ebenfalls vom 12. September 1917 datiert ist, lesen wir: „Ich nehme als Forderungen der O. H. L., an denen unbedingt festgehalten werden muß, in unsere Verhandlungspläne auf, daß Sie beide zum Schutz unserer westlichen Industrie in erster Linie Lüttich und ein Sicherungsgelände fordern, daß Sie beide von einem möglich engen wirtschaftlichen Anschluß Belgiens an Deutschland einen Zustand erhoffen, der es den Belgiern in Zukunft aus rein egoistischen wirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen erscheinen lassen wird, mit uns in kriegerische Differenzen zu geraten, und daß daher, wenn Belgien alles getan haben wird, was zur Sicherung des wirtschaftlichen Anschlusses von uns gefordert wird — Was natürlich mehrere Jahre von den ersten Friedensverhandlungen ab dauern würde —, die militärischen Sicherungen fortfallen können. Lüttich pp. würde daher nur als Sicherungsfaktor und auf Zeit gefordert werden[52]). Fast denselben Text weist der Brief an Admiral v. Holtzendorff auf.

Den Wortlaut dieser Briefe anzuführen, erschien uns deshalb so wichtig, weil sich hier ein Widerspruch innerhalb der verschiedenen Auffassungen zeigt. Nach den oben angeführten Äußerungen Helfferichs und des deutschen Kronprinzen hat der Kronrat in Bellevue

[52]) Michaelis: a. a. O. S. 349ff.

den Beschluß zur vollkommenen Aufgabe des belgischen Kriegsziels ohne jede Art von Kompensation gefaßt und ihn auch gegen die Stimmen der O. H. L. und der Marineleitung durchgesetzt. Der Reichskanzler trat nach seinen Briefen ebenfalls für die Wiederherstellung Belgiens ein, gibt auch die Nordseeküste frei, verlangt aber Kompensationen. Ferner zeigt sich in seinem Schreiben eine bewußte Zweiteilung der Belgischen Frage, indem der Kanzler die Frage der Wiederherstellung vor aller Welt erörtern, die Wirtschafts- und Anschlußfragen aber gewissermaßen nur auf der Basis des gegenseitigen Gedankenaustausches verhandeln will und sie als rein deutsch-belgische Angelegenheit betrachtet.

Angesichts der Gegensätzlichkeit der Anschauungen der oben genannten politischen Stellen gibt es zwei Möglichkeiten. Entweder hat Helfferich und der deutsche Kronprinz die Stellungnahme des Kronrates in einem friedensfreundlicherem Sinn aufgefaßt, als sie es in Wahrheit war, oder man dachte am 11. September tatsächlich an eine unbedingte Freigabe Belgiens ohne Kompensationen. Die Schuld an den verschiedenen Auslegungen der Beschlüsse zu Bellevue, trifft aber nicht den Kaiser, sondern einzig und allein Michaelis, der durch seinen Brief den Kaiser wieder auf die Seite der Annexionisten gezogen hat. Der Kanzler hat eben den Passus mit den Kompensationen eingefügt, um sich neuerdings bei der O. H. L. in Gunst zu setzen. Dieser Auffassung kann man entgegenhalten, daß der Kanzler als Diplomat die reine Wahrheit, d. h. die Abtretung ohne Kompensation, nicht aussprechen durfte, da Deutschland sonst ins Hintertreffen geraten wäre. Es hätte sich aber wohl ein Ausweg finden lassen, wenn Michaelis erklärt hätte: Deutschland verzichtet auf Belgien unter Wahrung seiner vollen Integrität, verlangt aber dafür von den Alliierten, daß sie ihm an seiner Westgrenze den status quo ante zugestehen. — Michaelis scheint selbst diesen inneren Widerspruch gefühlt zu haben, da sonst die Worte, die er im Anschluß an die Betrachtung seines Briefes an Hindenburg niederschrieb, ihren Sinn verlieren würden: „Im zweiten Absatz wollte ich die O. H. L. auf das Maß festlegen, auf welches sich ihr Vertreter in der Kronratsitzung hat beschränken lassen. Es ist doch selbstverständlich, daß die Heeresleitung ihren Truppen, von denen sie unerhörte Anstrengungen und Opfer fordern mußte, stets weitergehende Ziele zeigen mußte, als wie in der Heimat erörtert,

verstanden und gefordert wurden“[53]). Hindenburg hat nur zu gerne die dargereichte Hand ergriffen und in seiner Antwort vom 15. September 1917 den Reichskanzler sofort wieder auf die Kriegsziele der O. H. L. festgelegt. Er erklärt, die wirtschaftliche Angliederung Belgiens könne nicht ohne mehrjährige Okkupation nach Friedensschluß vor sich gehen; ferner müsse er die Garantie für unser rheinisches Industriegebiet ablehnen, wenn wir nicht auf unabsehbare Zeit Lüttich in unserer Hand behielten. Im übrigen verweist Hindenburg auf eine Denkschrift des Generalquartiermeisters, in der seine, — hier bereits oben erwähnte Forderungen — im Detail ausgearbeitet und dargelegt sind. Für die Auffassung Ludendorffs in dieser Denkschrift ist charakteristisch, daß die Formulierung der Kriegsziele der O. H. L. auf den Erfordernissen eines zukünftigen Krieges aufgebaut ist und daß sein Programm nur bei völliger Niederlage unserer Feinde hätte durchgeführt werden können.

Ziehen wir den Schluß aus obiger Gegenüberstellung, so ergibt sich folgende interessante Lage, vorausgesetzt, daß der Bericht Helfferichs über den vollkommenen Verzicht auf Belgien keinem Irrtum unterworfen ist.

Der Brief des Reichskanzlers Michaelis hat die O. H. L. von schwerer Sorge befreit. Sie erkannte aus dem Brief ganz deutlich, wie schwankend und innerlich unfrei der Reichskanzler in seinen Handlungen war und wie sehr er sich bemühte, den Kontakt mit der Heeresleitung wiederherzustellen. Durch ihr persönliches Entgegenkommen gibt sie dem Kanzler nicht nur einen festen Halt, sondern sie legt ihn zugleich auf der Grundlage ihrer Kriegsziele fest und gewinnt wieder freie Hand. Vom militärischen wie vom diplomatischen Gesichtspunkt aus ist diese Stellungnahme der O. H. L. nicht zu verwerfen. Der Soldat darf, wie schon einmal erwähnt, niemals an Verzicht denken, sondern muß immer darnach trachten, möglichst viel für sein Land zu gewinnen; zugleich war es aber für die O. H. L. eine ideale Lösung, wenn der Leiter der Politik gerne mit ihr zusammenarbeitete. Während ihre Mithilfe beim Sturz des Reichskanzlers Bethmann-Hollweg als eine Überschreitung ihrer Kompetenzen angesehen werden muß, hat sie im vorliegenden Falle in kluger Weise die Schwäche des Reichskanzlers ausgenutzt, indem sie sich seiner Politik unterstellte und doch zu-

[53]) Michaelis: ebenda. S. 354.

gleich wieder diese Politik des Kanzlers von ihren Maßnahmen abhängig machte[54]).

Die päpstliche Friedensvermittlung und die Antwort der deutschen Regierung kann hier nur insoweit besprochen werden, als sie für die Stellung der Reichsregierung zu Belgien maßgebend erscheint. Es kann nicht auf den Versuch der neutralen Vermittlung durch den spanischen Gesandten Villadobar eingegangen werden, noch handelt es sich für uns darum, die größeren und geringeren Aussichten dieser Vermittlung zu besprechen, da beides die Grenzen des Themas überschreiten würde.

Bekanntlich war Deutschlands Antwort auf die Papstnote im Sinne einer Verständigung und eines Entgegenkommens abgefaßt. Doch möchten wir zur Note[55]) des Reichskanzlers Michaelis an Nuntius Pacelli kurz Stellung nehmen. Michaelis hat hier von einer bestimmten Erklärung über Belgien Abstand genommen, „weil gewisse Vorbedingungen, die eine unbedingte Voraussetzung für die Abgabe einer derartigen Erklärung bilden, noch nicht genügend geklärt zu sein schienen“[56]). Einwandfrei ist heute nachgewiesen, daß die englische Regierung kein Interesse an einem Frieden mit Deutschland hatte, nachdem ihr durch die Denkschrift Czernins[57]) die Lage der Mittelmächte bekannt geworden war. Wenn der Reichskanzler am 7. August 1919 festgestellt hat, er sei gegebenenfalls zur Erklärung der territorialen Integrität und Souveränität Belgiens ermächtigt gewesen, so dürften wohl folgende Gründe für sein Schweigen maßgebend gewesen sein: der Kanzler sah nicht nur die Aussichtslosigkeit einer derartigen Erklärung vor allem darin, daß die Alliierten durch den Bericht Czernins über unsere mißliche Lage unterrichtet waren und dadurch ihre Ausdauer nur noch bestärkt wurde, sondern er scheute sich auch durch eine, der O. H. L. unliebsame Erklärung über Belgien, das eben erst geknüpfte Band zwischen den beiden Gewalten zu zerreißen. Es war dies kein poli-

---

[54]) Volkmann: a. a. O. S. 102.

[55]) Bredt: a. a. O. S. 147.

[56]) Ludendorff: Urkunden. S. 438.

[57]) Czernin hatte bereits im März 1917 in einer Denkschrift Österreichs Lage in den schwärzesten Farben geschildert. Durch eine Indiskretion Erzbergers wurde diese Denkschrift der Tagung des Zentrums in Frankfurt und dadurch auch dem Ausland bekannt.

Vgl. Fester: a. a. O. S. 85ff.

tischer Fehler, wohl aber eine psychologische Schwäche. Allerdings wäre der Kanzler dem nicht verfallen, wenn irgendeine sichere Aussicht auf Frieden vorhanden gewesen wäre.

Vom militärischen Standpunkt gesehen, ist es nicht verwunderlich, daß die O. H. L. im Frühherbst 1917 einen Frieden nach dem status quo ablehnte. War es ihr doch gelungen im Westen jeden Fortschritt des Feindes zu verhindern und, was vor allem wichtig war, sie mußte nicht mehr mit der Kampfkraft Rußlands rechnen. Frankreich mußte gegen die Meutereien im eigenen Heer vorgehen, und durch den unbeschränkten U-Boot-Krieg litt auch England Mangel[58]). Die deutsche O. H. H. konnte im Herbst 1917 den Erfolg für sich buchen, das Vaterland vor einer schweren Katastrophe gerettet zu haben. Zugleich griff bei ihr der Gedanke Raum, die durch Rußlands Ausscheidung geschwächte Lage der Alliierten auszunützen, um mit aller Kraft auf die Entscheidung im Westen hinzuarbeiten. Hatte doch in den letzten Tagen des September Generalmajor Wetzell einen Plan über einen Zukunftsaufmarsch ausgearbeitet, dem er folgende Gedanken zugrunde legte: Die deutsche Armee muß in einem kommenden Krieg ihren Aufmarsch in der Linie Osende—Metz—Straßburg vollziehen können, um so Schlieffens Plan höchste Durchschlagskraft zu verleihen. Der Besitz Belgiens als Aufmarschgebiet ist unumgänglich notwendig. „Lieber durch und Belgien behalten, als verzichten auch auf eine deutsche Zukunft“[59]).

Leider ist dieser Plan den gegebenen Tatsachen nicht gerecht geworden, und die Absichten der O. H. L. gingen darauf aus, einen Frieden unter Erkämpfung möglichst guter Stellungen für einen kommenden Krieg abzuschließen. Sie hat gewissermaßen die Zukunft vor die Gegenwart gestellt und hat übersehen, wie wichtig es war, zunächst einmal den Krieg in einer für uns günstigen Form zu beenden[60]). Ein weitaus größerer Fehler war es jedoch, daß die O. H. L. glaubte, durch Vertretung weitgespannter Kriegsziele den Kampfeswillen des Volkes weiter anzustacheln. Hätte die O. H. L. zur rechten Zeit dem Volk unsere ernste Lage dargelegt und in den Kriegszielen Mäßigung gezeigt, so hätten die revolutionären Kräfte im deutschen Volke nicht so leicht Fuß fassen können. Vom Blick-

[58]) Fester: a. a. O. S. 123ff.

[59]) Schwertfeger: a. a. O. Ursachen. II, 109.

[60]) Delbrück: Die Offensive im Jahre 1918. Ursachen. III. Anl. S. 265f.

feld des Soldaten ist diese Stellungnahme der O. H. L. vollkommen zu verstehen, von der Warte des Politikers nicht.

Inzwischen war an Stelle von Michaelis Graf Hertling getreten, in gewissem Sinn der erste Kanzler des parlamentarischen Systems, der vor allem den Übergriffen der O. H. L. entgegentreten sollte. Hertling hat zunächst jede Äußerung über Kriegsziele vermieden, bis ihn der Druck der Lage zu einer Äußerung gezwungen hat. Am 11. Dezember 1917 schrieb Hindenburg über die Belgische Frage dem neuen Reichskanzler: „Die Grundlage für unsere Absichten in Belgien bildet die von Seiner Majestät dem Kaiser genehmigte Aufzeichnung über die Kreuznacher Besprechung vom 23. April 1917 ... Die Voraussetzung, die zu dem Kronratsbeschluß geführt hat, trifft nicht mehr zu. Da außerdem unsere militärische Lage sich besonders günstig gestaltet hat, so kann ich die Notwendigkeit eines teilweisen Verzichtes auf diese Forderungen nicht mehr anerkennen, sondern muß diese in ihrer ganzen Ausdehnung von neuem geltend machen, wie sie in den Besprechungen von Kreuznach vom 23. April und 9. August 1917 unter allseitiger Zustimmung festgelegt sind. Ich halte daher jetzt eine neue Entschließung in der Belgischen Frage für erforderlich“[61]). Die Folge dieser Intervention war die Besprechung vom 18. Dezember 1917, wobei festgelegt wurde, daß die Voraussetzung des Kronrats zu einem Frieden bis Jahresschluß nicht eingetreten sei und hinsichtlich Belgiens im wesentlichen nun wieder die Kreuznacher Beschlüsse maßgebend seien[62]).

So befindet sich also die Belgische Frage am Beginn des Jahres 1918 in derselben Stagnation wie zu Zeiten Bethmann-Hollwegs. Das Jahr 1917 und zwei neue Reichskanzler konnten die Unklarheiten in dieser Frage nicht aus dem Wege räumen. Noch immer spielen die realen Garantien, die militärischen und wirtschaftlichen Sicherungen die Hauptrolle; noch immer glaubte die Marine nicht auf die Küste, die O. H. L. nicht auf Lüttich Verzicht leisten zu dürfen.

Mit 1918, dem Jahre der Entscheidung, tritt die Belgische Frage gegenüber den Plänen für die große Offensive in den Hintergrund. Nur in wenigen, aber trotzdem wichtigen Äußerungen, wird auf Belgien Bezug genommen. Am 24. Januar 1918 erklärt der Reichs-

[61]) Bredt: a. a. O. S. 301f.
[62]) Volkmann: a. a. O. Anl. 21. S. 216.

kanzler in seiner Antwort auf die 14 Wilsonschen Punkte: Die Belgische Frage gehört zum Komplex der Fragen, deren Einzelheiten durch die Kriegs- und Friedensverhandlungen zu ordnen sein werden. Solange unsere Gegner sich nicht rückhaltlos auf dem Boden stellen, daß die Integrität des Gebietes der Verbündeten die einzig mögliche Grundlage für Friedensbesprechungen bieten kann, muß ich an dem bisher eingenommenen Standpunkt festhalten und Vorwegnahme der Belgischen Angelegenheit aus der Gesamtdiskussion ablehnen. Am 11. Februar 1918 forderten die Reichstagsabgeordnenten Naumann, Jäckh und Bosch von Ludendorff eine unzweideutige Erklärung über Belgien, um dadurch im englischen Volk den Friedenswillen übermächtig werden zu lassen und Lloyd George als Kriegstreiber zu entlarven. Bei der Beantwortung ihrer Denkschrift spricht nur der Soldat in Ludendorff, der Politiker aber schweigt. Im Reichstag weist der Kanzler noch einmal Ende Februar daraufhin, daß wir Belgien wohl nicht behalten, aber dieses auch nicht Aufmarschgebiet der feindlichen Mächte sein dürfe[63]). Es ist immer dasselbe Spiel: einmal ist die Reichsleitung nachgiebig und entgegenkommend, dann wieder gefällt man sich in der Pose des starken Mannes.

Monatelang ruhte nun der Streit um die Kriegszielfrage. Erst mit der Einstellung unseres Vormarsches im Westen und mit der Kühlmann-Krisis tritt die Belgische Frage wieder in den Vordergrund. Kühlmann hat zwar eine eindeutige Erklärung über Belgien nicht abgegeben, doch hat er die Aussichtslosigkeit eines durchschlagenden Erfolges zu stark betont und mußte deshalb sein Amt zur Verfügung stellen[64]). Am 2. und 3. Juli 1918 fanden in Spa noch einmal Besprechungen[65]) über Belgien statt, und man beschloß die Trennung von Flandern und Wallonien durchzuführen; man betonte, daß keineswegs der deutsche Einfluß preisgegeben werden dürfe. Im Zusammenhang damit stand die Rede des Reichskanzlers vom 11. Iuli, in der Graf Hertling erklärte, daß Belgien ein Faustpfand für kommende Friedensverhandlungen sei. In diesen seinen Worten ist kein neuer Gedanke enthalten, sondern es sind Anregungen, wie sie Bethmann-Hollweg schon drei Jahre früher gegeben hatte.

---

[63]) Wippermann: a. a. O. VIII, 1. S. 390ff.

[64]) Näheres siehe in Kap. IV.

[65]) Volkmann: a. a. O. S. 156.

Als im August 1918 — das Kriegsglück hatte bereits gegen Deutschland entschieden — Staatssekretär von Hintze der Amerikanischen Regierung erklärte, Deutschland beabsichtige keineswegs ein Abhängigkeits- und Annexionsverhältnis gegenüber Belgien, waren die Würfel schon gefallen und niemand kümmerte sich mehr um deutsche Vorschläge. Der Ausgang des Krieges hat alle Pläne und Hoffnungen zunichte gemacht.

Das war das Ende des zähen und heißen Kampfes um die Kriegsziele, der Volk und Führung in verschiedene Lager gespaltet und damit dem Eindringen revoluitonärer Ideen Vorschub geleistet hat.

Nach Beendigung des Krieges konnte man sich nicht genugtun die O. H. L. wegen ihrer Stellungnahme in den Kriegszielfragen zu tadeln und alle Schuld auf sie abzuwälzen. Das Hauptmoment der ganzen Kriegszielfragen liegt aber vor allem in der Unentschiedenheit, mit der dieser Kampf geführt wurde. Während die Staatsmänner der Entente unerschütterlich an dem Programm der Vernichtung Deutschlands festhielten und alle auftauchenden Regungen des Pazifismus rücksichtslos unterdrückten, ist in Deutschland die Entwicklung gerade umgekehrt vor sich gegangen.

Der Reichskanzler Bethmann-Hollweg, innerlich Vertreter eines Verständigungsfriedens, hat niemals seine wahre Ansicht dargelegt. Sowohl die polnische wie die belgische Frage ist unter seinem Regime in die Bahnen geleitet worden, in denen sie Hindenburg und Ludendorff bei Übernahme der O. H. L. antrafen. Gerade durch sein Schwanken hat der Reichskanzler den Kampf um die Kriegsziele angefacht und das Ansehen der Reichsleitung bei Volk und O. H. L. untergraben. Sein ewiges Vermitteln — Adolf Hitler nennt ihn den „mauschelnden Philosoph“[66]) — konnte ihm keine Freunde verschaffen; in den Worten des Generals Hoffmann über die Person des Reichskanzlers spiegelt sich wohl nicht nur die persönliche Auffassung des Generals, sondern auch diejenige aller Mitglieder der O. H. L.: „Ich bin absolut gegen Bethmann-Hollweg, und zwar hauptsächlich wegen seiner Unentschlossenheit. Irgendetwas muß er machen; was, das ist weniger wichtig, als daß überhaupt etwas geschieht, und daran fehlt es. Will er Belgien nicht, so soll ers sagen, will ers, desgleichen. Er hat aber in jedem Fall vor irgendeiner Partei Angst und will deshalb auf keinen Fall mit der Sprache

[66]) Hitler: Reden. I, 70ff.

heraus“[67]). Einen solchen Staatsmann mußte die O. H. L. ablehnen, denn nur eine starke Hand und ein energisches Wollen können einen Krieg gewinnen. Der Nachfolger Bethmann-Hollwegs war nach eigener Aussage[68]) bisher nur ein Mitläufer am Wagen der Politik gewesen und blieb auch während seiner Amtszeit Dilletant. Krampfhaft bemüht der O. H. L. gefällig zu sein, war er im Reichstag ein Spielball der Parteien und fiel ihren Intriguen allzuschnell zum Opfer.

Graf Hertling, der aristokratische, vornehme Zentrumsführer, war auf Grund langjähriger Erfahrung ein hervorragender Leiter politischer Debatten. Er hat zwar in der Frage der Verantwortlichkeit einen moralischen Sieg über die O. H. L. davongetragen, aber sein hohes Alter ließ es nicht mehr zu, daß er die Zügel der Politik in den Händen behielt und als politischer Diktator das deutsche Volk beherrschte.

Der Kaiser, die höchste Spitze des Reiches, hatte sich immer mehr zurückgezogen. Wohl deckte er wichtige Entschlüsse mit seinem Namen, aber sein großes Verantwortlichkeitsgefühl und seine „Empfindsamkeit“[69]) ließen es ihm geraten erscheinen, die Führung des Reiches den vom Volk bewunderten Heerführern zu überlassen. Dadurch fehlte leider die energische Führung seitens der monarchischen Spitze und die O. H. L. sah sich gezwungen, da die politische Führung zu schwach war, auch auf diesem Gebiet die Macht an sich zu reißen. Damit kommen wir nun zur entscheidenden Frage: Hatte die O. H. L. überhaupt ein moralisches Recht in die Krieszielfragen einzugreifen und hat sie dabei die Grenze ihrer Zuständigkeit überschritten?

Da die Kriegsziele eine Frage der äußeren Politik sind, kann die O. H. L. eigentlich nur Vorschläge einreichen, deren Beurteilung dem leitenden Staatsmann überlassen bleibt. Wir dürfen jedoch dabei nicht übersehen, daß der Chef des Generalstabes auch für die Landesverteidigung verantwortlich ist und deshalb für einen möglichst günstigen Verlauf der Grenzen Sorge tragen muß. Vom militärischen Gesichtspunkt aus wird er deshalb nach Umständen bestimmte für den Schutz des Landes unbedingt notwendige An-

[67]) Hoffmann: Aufzeichnungen. Zitiert nach Schneider und Haacke: „Das Buch vom Kriege“. S. 336.

[68]) Scheidemann: Memoiren eines Sozialdemokraten. II, 43ff.

[69]) Wilhelm Kronprinz: Erinnerungen. S. 94.

nexionsforderungen aufstellen müssen. Da unsere Hauptindustriegebiete in unmittelbarer Nähe der feindlichen Grenzen liegen, sind die Forderungen zur Schaffung eines Schutzstreifens oder die eines Vorlandes mit Lüttich als deutschen Stützpunkt leicht zu verstehen. Die Forderung von Marinestützpunkten an der flandrischen Küste war dagegen unnötig, denn ohne deutsches Hinterland hatten sie keinen Zweck. Wollte man darauf nicht Verzicht leisten, so mußte eben, wie es tatsächlich geschah, ganz Belgien in das Sicherungsproblem einbezogen werden. Auch in vielen wirtschaftlichen Forderungen war man entschieden zu weit gegangen. Wir dürfen aber bei der Betrachtung dieser Frage niemals den Hauptbeweggrund der O. H. L. vergessen, der auf eine kurze Formel gebracht, hieß: Nur große Kriegsziele sind imstande das Volk mitfortzureißen und zum Aushalten zu zwingen.

Die Erledigung dieses ganzen Fragenkomplexes wäre an sich Sache der Reichsleitung gewesen. Nachdem aber Bethmann in diesen Fragen versagt hatte, war es nur natürlich, daß die O. H. L. eingriff, um ihre Pläne nicht zunichtemachen zu lassen. Gerade das Zaudern Bethmanns hat das Volk zur O. H. L. hingedrängt und sein Vertrauen war so groß, daß kein Nachfolger im Reichskanzleramt es wagen konnte gegen die Übergriffe der O. H. L. Front zu machen. Dazu hätte es vor allem energischer und zielbewußter Kanzler bedurft, die echte Volksführer waren. Parteiführer hatte Deutschland seit Bismarcks Tod viele, Volksführer keine. Die O. H. L. hatte also nicht nur das moralische Recht, in die Politik einzugreifen, sondern es war ihre Pflicht in der Frage der Kriegsziele Klarheit zu schaffen. Ihr Fehler lag nur darin, daß sie nicht zur rechten Zeit erkannte, daß die Massen des Volkes kein Verständnis mehr für weitgesteckte Kriegsziele aufbrachten und deshalb über kurz oder lang der Verhetzung zum Opfer fallen mußten. Vom Ehrenstandpunkt des Soldaten kann man das Festhalten an weitgesteckten Kriegszielen verstehen; politisch aber bleibt es ein schwerer Fehler, der zeigt, daß man die Psychologie des Volkes nicht verstanden hat.

III. KAPITEL

BETHMANNS STURZ UND DIE FRIEDENSRESOLUTION DES REICHSTAGES IM JULI 1917

Bethmann-Hollwegs Verhalten während des deutschen Friedensangebotes und während der Entscheidung über den uneingeschränkten U-Boot-Krieg hatte der Heeresleitung gezeigt, daß zwischen ihr und der Reichsleitung eine unüberbrückbare Kluft bestand. Hindenburg wie Ludendorff machten aus ihrer wahren Gesinnung kein Hehl, doch widerstrebte es der Natur Hindenburgs sich in rein politische Dinge einzumischen und einen Kanzlersturz vorzubereiten. Durch den Ausbruch der russischen Revolution erhielt der Reichskanzler noch einmal die Möglichkeit bei O. H. L. und Volk Ansehen und Autorität zurückzugewinnen. Hätte er jetzt mit starker Hand durchgegriffen, einen günstigen und schnellen Frieden mit Rußland geschlossen, hätte er von der O. H. L. verlangt, die endgültige Entscheidung noch in diesem Jahr im Westen zu suchen, so würde er zweifellos alles für sich gewonnen haben. Statt dessen gab er die Parole: Gewehr bei Fuß, und wartete die weitere Entwicklung der russischen Verhältnisse ruhig ab. Dadurch gelang es den Alliierten noch einmal auf kurze Zeit den Ring um die Mittelmächte zu schließen.

Während im Juni und Juli im Westen die schweren Schlachten bei Arras und in der Champagne geschlagen wurden, bereiteten sich auch im Innern Deutschlands schwere politische Erschütterungen vor. Durch die Osterbotschaft mit der Ankündigung des Allgemeinen Wahlrechtes waren die letzten Reste des sogenannten Burgfriedens hinweggefegt worden und die inneren Gegensätze verstärkten sich immer mehr. Leidenschaftlich kämpften die Konservativen gegen die Ausführung dieses Versprechens; zur Freude seiner Gegner zeigte Deutschland wieder einmal das typische Bild der Uneinigkeit. Noch schlimmer war der Stimmungsniedergang im Volk, der vor allem aus den wachsenden Ernährungsschwierigkeiten

und dem Zweifel am Erfolg des U-Boot-Krieges zu erklären ist. Schon am 19. Juni 1917 schrieb der Generalfeldmarschall an den Kanzler, er möge Gerüchten in der Heimat entgegentreten, die von einer Beendigung des Krieges im Herbst sprächen. Der Kanzler möge das Volk wieder emporreißen, da nur eine Erstarkung unserer inneren Kraft den baldigen Frieden gewährleiste[1]). Die Antwort des Reichskanzlers[2]) konnte Hindenburg absolut nicht beruhigen, da aus dessen Zeilen nur Angst und Haltlosigkeit sprachen. Hindenburg war über diese Stellungnahme empört und schrieb kurz entschlossen am 27. Juni an den Kaiser: „Die schwerste Sorge ist aber augenblicklich das Sinken der Stimmung im Volke. Sie muß gehoben werden, sonst verlieren wir den Krieg. Auch unsere Bundesgenossen bedürfen einer starken Rückendeckung, sonst ist die Gefahr vorhanden, daß sie abfallen. Dazu gilt es im Innern die schwierigsten wirtschaftlichen und für die Zukunft bedeutsamsten Fragen zu lösen. Es entsteht die Frage, ob der Kanzler zur Lösung dieser Fragen — und sie müssen richtig gelöst werden, sonst sind wir verloren — imstande ist“[3]). Das war die endgültige Kampfansage der O. H. L. Rasch spitzt sich nun der Konflikt zu.

Es war erklärlich, daß unter diesen Auspizien die Beratungen im Hauptausschuß des Reichstages vom 4. Juli an mehr oder minder stürmisch verlaufen mußten. Bereits am ersten Tage malte der Abgeordnete Ebert die Lage Deutschlands schwarz in schwarz und Erzberger zeigte sich als guter Sekundant. Noch einmal schien es, als könne der Vizekanzler Helfferich den Sturm beschwören[4]). Da unternahm am 6. Juli der Abgeordnete Erzeberger jenen bekannten Vorstoß, in dem er dem U-Boot-Krieg jeden Erfolg absprach und einen Frieden ohne Annexionen und Eroberungen proklamierte. Mit diesen Ausführungen war neben die Fragen des Allgemeinen Wahlrechtes der Streit um die Friedensresolution getreten. Aber Erzberger gab sich noch nicht zufrieden. Während sich der Kanzler mit aller Macht beim Kaiser für die Durchführung des Allgemeinen Wahlrechtes in Preußen einsetzte und dies schließlich durch Erlaß vom 11. Juli 1917 vom Kaiser gewährt wurde, griff Erzberger im Hauptausschuß die Politik des Kanzlers an und erklärte, daß dieser

[1]) Ludendorff: Urkunden. S. 395.
[2]) Ludendorff: Ebenda. S. 397 ff.
[3]) Ludendorff: Kriegserinnerungen. S. 359.
[4]) Helfferich: a. a. O. III, 109 ff.

alles Vertrauen im In- und Ausland verloren habe. Damit sah sich der Kanzler plötzlich von einer Seite angegriffen, von der er nie einen Überfall vermutet hätte. Eine Kanzlerkrisis schien sich vorzubereiten. Bevor wir die Entwicklung dieser Kanzlerkrisis und der Friedensresolution im einzelnen betrachten, sei hier ein kurzer Rückblick auf die Stellung der einzelnen Reichstagsparteien zum Kanzler gegeben.

Von den fünf großen Parteien des Reichstages waren Konservative und Nationalliberale unbedingte Gegner des Kanzlers. Die Konservativen standen schon im Frieden in Opposition, während die Nationalliberalen, als Vertreter eines Annexionsfriedens, erst im Krieg Front gegen Bethmann-Hollweg gemacht haben. Dagegen bildete das Zentrum eine Stütze des Kanzlers, denn es machte die Frage der Kriegsziele ebenso abhängig vom Standpunkt der jeweiligen militärischen Lage wie er; Freisinn und Sozialdemokratie, die beide für einen Verständigungsfrieden eintraten, hofften nicht mit Unrecht den Kanzler auf ihr Programm festlegen zu können.

Bei einer derartigen Parteigruppierung kann man sich denken, welches Aufsehen Erzbergers Vorstoß erregt hat. Wenn auch Erzberger auf Befragen des Kanzlers erklärte, er habe keine Aktion gegen ihn geplant, sondern ihm vielmehr durch seine Ausführungen eine große Reichstagmehrheit schaffen wollen[5]), so konnte diese Erklärung das Mißtrauen Bethmanns nicht zerstreuen. Wie „ehrlich" das Spiel Erzbergers gewesen ist, schildert uns Helfferich: „Diese Erklärung hinderte ihn nicht am Tag darauf einem führenden nationalliberalen Abgeordneten, dessen Gegnerschaft zu Herrn v. Bethmann bekannt war, auf dessen Befragen zu erklären, daß er den Rücktritt Bethmanns für notwendig halte und mit diesem Abgeordneten sowie mit einem Offizier aus dem Stabe der O. H. L. in mehrfachen Zusammenkünften zu vereinbaren, daß alles getan werden müsse, um Bethmanns Abdankung zu erzwingen"[6]). Aus dem Gespräch Erzbergers mit diesen Herren geht dessen wahre Absicht hervor und es zeigt sich, daß auch die O. H. L. ihre Mitwirkung nicht versagt hat. Nach Erzbergers Rede trat zum erstenmal der interfraktionelle Ausschuß zusammen, in dem Herr v. Payer den Vorsitz führte. Neben den drei Parteien, die bisher eine Stütze

[5]) Bethmann-Hollweg: a. a. O. III, 115.

[6]) Helfferich: a. a. O. III, 224.

des Reichskanzlers waren, sind in jenem Ausschuß auch die Nationalliberalen vertreten, die jedoch bald wieder ihren Austritt erklären, da ihre Fraktion der Kanzlersturz mehr bewegte als die Beratungen über eine Friedensresolution. Zweck dieses Ausschusses war vornehmlich, den Anregungen Erzbergers entsprechend, eine Friedensresolution zu beraten, die auf dem Gedanken des Verständigungsfriedens fußt. Die erste interfraktionelle Beratung zeitigte folgenden Beschluß: „Der Reichstag soll ein Programm aufstellen: Verteidigungskrieg, keine Zwangsannexion und -Kontribution, Fortsetzung des Krieges bis zu diesem Ziel mit voller geschlossener Kraft auf Grundlage parlamentarischer Regierungsweise .... Zur Abfassung einer Plattform betreffend Kriegs- und Friedenspolitik wurde die Einsetzung einer Unterkommission beschlossen, in welche die Abgeordneten Erzberger, Richthofen, Gothein und David gewählt wurden, die bereits während der Verhandlung des Ausschusses Vorschläge eingereicht hatten“[7]).

Inzwischen war die Rede Erzbergers bei der O. H. L. bekannt geworden und diese erbat mit dem Kriegsminister beim Kaiser eine Audienz zum Immediatvortrag über den Fall Erzberger. Da sie aber mit dem Kanzler vorher keine Fühlung genommen hatte, es sich bei dieser Sache auch um eine politische Angelegenheit handelte, bat der Kanzler Seine Majestät, er möge ihn vor der O. H. L. empfangen. Der Kaiser, von Wien zurückkommend, fuhr direkt vom Bahnhof zum Kanzler und ließ sich Vortrag halten; als dann die Generale nach ihrem militärischen Vortrag auf das Politische eingehen wollten, schnitt ihnen der Kaiser das Wort ab und die O. H. L. mußte noch am gleichen Tag unverrichteter Dinge ins Hauptquartier zurückfahren[8]). Zur Beobachtung der politischen Lage ließ sie jedoch Oberst Bauer in Berlin zurück. Am nämlichen Tage, am 7. Juli, hat der Vorstand der Zentrumsfraktion seine Stellung zur Kanzlerfrage folgendermaßen festgelegt: „Die Zentrumsfraktion des Reichstags sieht das Verhalten des Herrn v. Bethmann-Hollweg im Reichskanzleramt angesicht des Umstandes, daß er bei Ausbruch des Krieges die Reichsgeschäfte führte, als eine Erschwerung der Herbeiführung des Friedens an; sie überläßt es jedoch dem pflichtmäßigen Ermessen des Reichskanzlers, zu

---

[7]) Haußmann: Schlaglichter. S. 99f.

[8]) Bethmann-Hollweg: a. a. O. II, 228. Vgl. Wohlers: a. a. O. S. 66.

welchem Zeitpunkt er seinen Rücktritt nimmt“[9]). Ebenso wird in allen anderen Fraktionen gegen den Kanzler Sturm gelaufen. Man stützte sich dabei auf Äußerungen von Offizieren aus dem Großen Hauptquartier. die erklärt haben sollen, Hindenburg und Ludendorff wären nicht mehr geneigt, mit dem Kanzler zusammenzuarbeiten. Am 9. Juli erfolgte im Hauptausschuß ein scharfer Vorstoß des nationalliberalen Abgeordneten Stresemann, der dem anwesenden Kanzler die Worte entgegenschleuderte: „Ein Reichskanzler müsse sich durchsetzen, oder wenn er das nicht könne, die Konsequenzen daraus ziehen“[10]). Wir sehen, wie bei den Parteien die Verhandlungen um das Preußische Wahlrecht zurücktreten gegenüber der akuten Kanzlerkrisis. Am nämlichen Tage fand ein Kronrat statt, in dem die Frage des Preußischen Wahlrechts zur Debatte stand. Der Kaiser behielt sich die endgültige Entscheidung vor, bis er die Meinung des Thronerben eingeholt habe. Dieser traf am 11. Juli in Berlin ein und erklärte nach langer Aussprache mit seinem Vater sein Einverständnis; am folgenden Tage wurden dann die Order über das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht publiziert. Inzwischen wandte sich die O. H. L. gegen den Gedanken der Friedensresolution, da dieser das Heer beunruhige und als Zeichen der Schwäche nur den Kampfeswillen des Gegners stärke. In Verbindung damit wurde eine neue Hetze gegen den Kanzler inszeniert und die zurückgebliebenen Unterorgane der O. H. L. blieben dabei nicht müßig. Als Frucht ihrer Tätigkeit kann die Erklärung der Nationalliberalen angesehen werden, daß die Krisis ohne den Rücktritt des Kanzlers nicht überwunden werden könne; ihnen schloß sich das Zentrum an, das erklärte: „Bethmann ist nicht der Mann, den Frieden zu schließen“[11]). Anscheinend genügte aber dem Drahtzieher der O. H. L., Oberstleutnant Bauer, das bisher Erreichte noch nicht, und er schlug einen neuen, zwar sicher zum Erfolg führenden, aber doch eigentümlichen Weg ein. Am Morgen des 12. Juli waren die Abgeordneten Graf Westarp (Konservativ), Mertin (Reichspartei), Stresemann (Natl.), Erzberger (Zentrum), v. Payer (Fortschritt) und Dr. David (S. P. D.) zum Kronprinzen geladen, um ihre Ansichten

[9]) Erzberger: a. a. O. S. 261.
[10]) Bredt: a. a. O. S. 129.
[11]) Haußmann: a. a. O. S. 124.

bezüglich der Notwendigkeit eines Kanzlerwechsels kundzutun. Alle sprachen sich, mit Ausnahme von Herrn v. Payer und Dr. David, für eine Entlassung des Kanzlers aus, während die beiden letztgenannten nur bedingt dafür eintraten. Die Regie, die sorgfältig die größten Gegner der Bethmannschen Politik, mit Ausnahme von Payer und Dr. David, ausgesucht hatte, läßt die kundige Hand des Oberstleutnant Bauer erkennen, der auch Protokollführer bei dieser Besprechung war. In seinem Buch „Der Große Krieg in Feld und Heimat" schreibt er: „Als Hauptfeinde jeder starken Regung beim Kaiser und der Zivilregierung sah ich Bethmann-Hollweg und Valentini an. Beide bekämpfte ich mit aller Kraft ... Ich war damals in Berlin und stand natürlich mit der O. H. L. in engster Fühlung. Ich sah nur den Ausweg, selbst mit an Bethmanns Sturz Hand anzulegen"[12]). Auch zum Botschafter von Österreich und zu dem Bulgarischen Gesandten war der deutsche Kronprinz gefahren, um ihre Ansicht über den Fall Bethmann einzuholen; beide hatten sich für ein Verbleiben Bethmann-Hollwegs im Kanzleramt ausgesprochen. Am Spätnachmittag des 12. Juli geschah dann der Hauptschlag. Nachdem sich Hindenburg noch einmal telephonisch gegen die Friedensresolution gewandt hatte, kam, während der Kanzler dem Kaiser noch über die Resolution Vortrag hielt, der Chef des Militärkabinetts mit der Meldung, die Abschiedsgesuche von Hindenburg und Ludendorff seien unterwegs. Der Kaiser war über diese Eigenmächtigkeit seiner Generale aufs höchste erzürnt und ordnete ihr sofortiges Erscheinen in Berlin an. Während der Chef des Militärkabinetts, General v. Lyncker, diesen Befehl ins Hauptquartier weitergab, bat der Kanzler um seine sofortige Entlassung. „Sein Bleiben sei möglich gewesen, solange es sich nur um den Reichstag gehandelt habe ... Aber die Haltung der O. H. L. stelle den Kaiser vor eine so bedenkliche Wahl, daß er ein patriotisches Werk täte, wenn er ihn aus der schwierigen Lage befreie. Wenn das Abschiedsgesuch der Generale jetzt auch abgelehnt würde, werde ein harmonisches Zusammenarbeiten mit ihnen für alle Zukunft für ihn ausgeschlossen sein"[13]). Diese Worte verfehlten ihren Eindruck auf den Kaiser nicht, doch war er nicht geneigt, das Abschiedsgesuch anzunehmen. So blieb alles noch in

[12]) Bauer: Der große Krieg in Feld und Heimat. S. 141.
[13]) v. Valentini: Kaiser und Kabinettchef. S. 166.

der Schwebe und wurde auf den folgenden Tag verschoben. Am andern Morgen fiel die Entscheidung; in Gegenwart des Kabinettchefs schrieb der Reichskanzler sein Abschiedsgesuch und bat Herrn v. Valentini, der Kaiser möge es noch vor Ankunft der Generale entgegennehmen. Damit schien der Eindruck vermieden, daß der Leiter der Politik dem Druck der Militärs gewichen sei. Der Kaiser kam diesem Wunsch nach und als die Generale in Berlin erschienen, standen sie vor der vollendeten Tatsache.

Nachdem die O. H. L. Siegerin geblieben war, wandte sie sich sofort der Frage der Friedensresolution zu. Wie schon oben erwähnt, lehnte man im Großen Hauptquartier den Gedanken einer Friedensresolution ab, und nunmehr benützte die O. H. L. ihre Anwesenheit in Berlin, um den Parlamentariern Vortrag über die militärische Lage Deutschlands zu halten. Bei dieser Besprechung erklärten die Abgeordneten der Mehrheitsparteien, auf Grund der wirtschaftlichen Notlage und der gesunkenen Volksstimmung sei die Resolution unbedingt nötig. Ludendorff legte in ziemlich ausführlichem Vortrage dar, daß die militärische Lage besser wie 1916 sei und man im Falle des Durchhaltens der Heimat auf ein gutes Kriegsende hoffen könne. Vor allem wandte er sich gegen den schwachen und schlappen Ton der Resolution, der bei den Gegnern die Kriegsstimmung neuerdings anfachen würde. Auch bei dieser Besprechung hatte die O. H. L. nur den Parteiführern einzeln Vortrag gehalten, doch empfing sie auf Ansuchen die Vertreter von S. P. D. und Zentrum zusammen, ein deutliches Symbol für die Zukunft. Welchen Eindruck die Parteiführer von der Besprechung gewonnen haben, schildert Herr v. Payer: „Für mich war das Erheblichste am Inhalt der Besprechung, daß bei den Erörterungen über die in Aussicht genommene Friedensresolution die beiden Herren sich nicht etwa grundsätzlich gegen eine derartige Kundgebung des Reichstages aussprachen, wenn sie sie auch im allgemeinen als unzweckmäßig und unerwünscht ansahen, sondern mehr gegen den Ton der Resolution, der ihnen zu matt und zu schwächlich erschien; sie wünschten eine schneidigere Fassung desselben, was wir unsererseits durchaus nicht ablehnten, sondern bei den weiteren in Aussicht genommenen Besprechungen im interfraktionellen Ausschuß zu befürworten versprachen[14]). Leider konnten

[14]) v. Payer: Von Bethmann-Hollweg bis Ebert. S. 36
Vgl. Scheidemann: Der Zusammenbruch. S. 94.

keine weiteren Beratungen stattfinden, da noch in derselben Nacht der Wortlaut der Resolution[15]) durch eine Indiskretion Scheidemanns im „Vorwärts" veröffentlicht wurde.

Alle weiteren Verhandlungen waren somit unmöglich geworden, und die O. H. L. mußte sich mit dem fait accompli abfinden. Der Kriegswille des Gegners wurde gestärkt, die Armee fühlte sich verraten und weite Kreise im Innern waren niedergedrückt. Bereits einen Tag nach der Veröffentlichung erklärte am 20. Juli der neue englische Minister Carson, daß Verhandlungen mit Deutschland nur dann einen Sinn haben würden, wenn Deutschland seine Heere hinter den Rhein zurückziehen würde und der französische Ministerpräsident Ribot verlangte zehn Tage später in der französischen Kammer neben Elsaß-Lothringen die Errichtung eines linksrheinschen Pufferstaates[16]). Auch Graf Czernin, als Vertreter eines Verständigungsfriedens um „jeden Preis", war mit der Resolution nicht einverstanden und sagte zum deutschen Botschafter in Wien: „... Die Reichstagsresolution nimmt dadurch, daß sie auch im Falle des Sieges einen Versöhnungsfrieden anstrebt, den Feinden alles Risiko und bringt uns um die Früchte des Sieges"[17]). Die Antwort der vaterländischgesinnten Kreise Deutschlands auf diese Resolution war die Gründung der Deutschen Vaterlandspartei, deren Aufruf[18]) vom 2. September 1917 eine vernichtende Kritik der Friedensresolution enthält. Das war der von den Linksparteien gefeierte „großartige" Erfolg der Friedensresolution.

Bei einem kurzen Rückblick auf die Kräfte, die den Sturz Bethmann-Hollwegs herbeigeführt haben, sehen wir eine eigenartige Konstellation. Da die Macht der Rechtsparteien nicht ausreichte, um den Kanzler zu stürzen, greift die O. H. L. in die Politik ein. Sie verbindet sich mit Erzberger, obwohl Ludendorff weiß, daß gerade dieser Politiker einer der Hauptagitatoren für die Friedensresolution ist. Erzberger will an Bethmanns Stelle den früheren Reichskanzler Bülow setzen, und es gelingt ihm, das Zentrum auf seine Seite zu ziehen. Damit aber der Plan der O. H. L. sicher durchgesetzt werden könne, arrangierte ihr Beauftragter, Oberst-

---

[15]) Michaelis: a. a. O. S. 325.
[16]) Helfferich: a. a. O. III, 148.
[17]) Fester: a. a. O. S. 140.
[18]) Wortmann: Geschichte der deutschen Vaterlandspartei. S. 29ff.

leutnant Bauer, jenen oben erwähnten Empfang beim Kronprinzen, da dessen Gegnerschaft zu Bethmann-Hollweg aus der Zeit vor dem Kriege bekannt war. Die Anschauungen der Parteiführer sollten dem Kaiser schriftlich übermittelt werden, um ihn von der Unhaltbarkeit des Kanzlers zu überzeugen. Diese Absicht mußte jedoch nicht mehr durchgeführt werden, da die Abschiedsgesuche der beiden Heerführer bereits ihren Zweck erreicht hatten.

Wir sehen also das eigentümliche Bild, daß sich Vertreter der Friedens- und Kriegsparteien im Reichstag unter Führung der O. H. L. zum gemeinsamen Sturz des Kanzlers zusammenfinden. So war es an der Schwelle des vierten Kriegsjahres durch die zaudernde Politik des Kanzlers soweit gekommen, daß die O. H. L., der absolut kein Recht zustand, in die Politik einzugreifen, es wagen durfte, als Führer an die Spitze der Kanzlerfeinde zu treten. Wäre der Kanzler früher mit größerer Energie und Willenskraft aufgetreten, so hätte die O. H. L. wohl nie in das Rad der Politik gegriffen. Es ist die Tragik in Bethmanns Regierung, daß er gerade in dem Augenblick, in dem er mit Entschiedenheit auf die Seite der Friedensparteien treten wollte, unter Mithilfe einer dieser Parteien gestürzt wurde[19]).

War der Kampf der O. H. L. gegen die Person des Kanzlers schon in dieser Form unwürdig, so hat sich jene bekannte Einladung der Parteiführer zum Kronprinzen in der Zukunft furchtbar ausgewirkt. In allen Memoiren und Tagebüchern der damals maßgebenden Parteiführer wird auf die Bedeutung dieses Schrittes hingewiesen, da sie hier zum ersten Male seit 45 Jahren um ihre Meinung über die Frage des Kanzlerwechsels befragt wurden. Bisher ernannte die Krone allein den Kanzler und nun befragt der Thronerbe den Parlamentarier! Ungewollt hat damit die O. H. L. den ersten Schritt zum Parlamentarismus getan und unbewußt hat der Erbe der Krone seine Hand dazu geboten, um den ersten Stein aus dem festgefügten Fundament der Monarchie zu reißen. Nachdem aber einmal ein Stein entfernt war, konnte man nur allzuleicht das Fundament unterhöhlen; 1¼ Jahre später stürzte das Gebäude der Monarchie zusammen und mit ihm der stolze Bau des Bismarckreiches. Kampf und Not waren umsonst gewesen.

---

[19]) Bredt: a. a. O. S. 78.

Die Gedanken der Frontkämpfer drückt Adolf Hitler mit den Worten aus: „Hätten wir an Stelle eines Bethmann-Hollwegs einen robusteren Volksmann als Führer besessen, würde das Heldenblut des gemeinen Grenadiers nicht umsonst geflossen sein“[20]).

[20]) Hitler: Mein Kampf. S. 481.

IV. KAPITEL

DIE FRIEDENSVERHANDLUNGEN VON BREST-LITOWSK UND DIE KÜHLMANN-KRISIS

Nach langem Kampfe war es endlich gelungen, den Ring um Deutschland zu sprengen. Am 26. November 1917 bat die neue bolschewistische Regierung die deutsche Oberste Heeresleitung um Waffenstillstand. Zum erstenmal überschreiten russische Unterhändler die deutschen Linien und am 15. Dezember wurde der Waffenstillstand unterzeichnet, der bis 14. Januar befristet war.

In Berlin wurde nunmehr die Friedensdelegation für Brest-Litowsk bestimmt, zu derem Führer, in Vertretung des Reichskanzlers, der Staatssekretär des Äußeren, Herr v. Kühlmann, ausersehen wurde. Als Vertreter der O. H. L. fungierte General Hoffmann, der seit 1914 im Osten stand und, als Mitarbeiter von Hindenburg und Ludendorff, an den großen Siegen starken Anteil gehabt hatte. Obwohl jetzt Generalstabschef des Heerführers von Ober-Ost, des Prinzen Leopold von Bayern, war General Hoffmann als Mitglied der Friedensdelegation doch dem politischen Führer, Herrn v. Kühlmann, unterstellt. Vor der Abreise der Delegation nach Brest fand am 18. Dezember noch eine Besprechung im Großen Hauptquartier statt, die später von Bedeutung werden sollte. Hier verlangten die Feldherren nochmals ausreichende militärische Sicherung der Ostgrenze und die Verbindung von Estland, Livland einschließlich Riga und der benachbarten Inseln durch Personalunion mit Preußen; ebenso eine gesicherte Grenzlinie in Polen, zum Schutz von Posen und Oberschlesien. Der Reichskanzler Graf Hertling und sein Staatssekretär wandten sich gegen die allzuweitgehenden Forderungen der O. H. L., doch wurde kein endgültiger Beschluß herbeigeführt[1]). Dieser Fehler sollte sich bald

[1]) Volkmann: a. a. O. Anl. 20. S. 215ff.

rächen und hat zu den Mißverständnissen, die in der Frage des Grenzstreifens[2]) auftraten, nicht unwesentlich beigetragen.

Am 22. Dezember begannen in Brest-Litowsk die Friedensverhandlungen. Neben Deutschland waren auch die anderen Verbündeten vertreten; Österreich durch Graf Czernin, die Türkei durch Messimi Bei und Hakki, Bulgarien durch Popoff und Gantscheff. Führer der russischen Delegation waren der spätere Botschafter in Berlin Joffé, Kamenjew, der Schwager Trotzkis, und der Professor Pokrowski. Dazu kamen noch eine Anzahl ehemaliger zaristischer Offiziere als Sachberater[3]). Die Basis des russischen Friedensprogramms bildete ein allgemeiner Friedensvorschlag an alle Mächte. Konfliktmöglichkeiten boten eigentlich nur die Punkte, die einen Verzicht auf jede Annexion von Gebieten, die im Verlauf des Krieges besetzt worden waren, verlangten, ferner die Forderung nach dem Selbstbestimmungsrecht der Völker[4]). In gemeinsamer Beratung bearbeiteten Kühlmann und Graf Czernin die Antwortnote der Mittelmächte. Czernins ganzes Sinnen und Trachten galt dem Abschluß eines Verständigungsfriedens; an dessen Durchführung hing das Schicksal Österreichs. Der Graf wußte, daß die Entente in der Londoner Konferenz die Aufteilung Österreich-Ungarns beschlossen hatte. Österreich benötigte den Frieden, auch wenn er Gebietsverluste brachte, denn ohne Frieden war Österreichs Schicksal besiegelt[5]).

Auch Herr v. Kühlmann war einem allgemeinen Frieden nicht abgeneigt, glaubte aber nicht an die Bereitschaft der Entente. Außerdem fürchtete er die Einmengung der O. H. L., die eine derartige Erklärung als Schwäche auslegen würde. Dagegen kam es bei der Erörterung der anderen Punkte des russischen Vorschlags zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Mittelmächten. Deutschland konnte nicht auf das Baltikum Verzicht leisten, weil es sonst Deutschstämmige dem Terror und der Willkür der Bolschewisten ausgeliefert hätte. Ferner mußte der Staatssekretär in Erwägung ziehen, daß Deutschland an seiner Westgrenze eventuell mit Gebietsabtretungen rechnen mußte. Die Entscheidung im Westen konnte aber für Deutschland nur dann günstig werden,

[2]) Czernin: a. a. O. S. 296ff.
[3]) Hoffmann: a. a. O. S. 190.
[4]) Helfferich: a. a. O. III, 260ff.
[5]) Nowack: Der Sturz der Mittelmächte. S. 8f.

wenn die Deutschen die Ostgrenze von Truppen entblößen konnten. Folgte die Entente dem allgemeinen Friedensvorschlag und schickte sie ebenfalls nach Brest Delegierte, so war all diesen Erwägungen die Spitze abgebrochen. In diesem Falle gab die Entente dann ihr Einverständnis mit der Formel „ohne Annexion und Kontribution" zu erkennen. Erschien die Entente nicht, wie vorauszusehen war, dann konnte man immer noch einen Separatfrieden mit Rußland abschließen. In diesem Sinne galt es die Note der Mittelmächte zu formulieren und geschickt die Klippen zu umgehen, durch die sich ein Mißverständnis zwischen Deutschland und Österreich hätte offenbaren können. Kaum war die Arbeit der Diplomaten soweit vollendet, als sich neue Schwierigkeiten einstellten. Die anderen Verbündeten, Türken und Bulgaren, waren mit der allgemein gehaltenen Note nicht einverstanden und stellten konkretere Forderungen. Die Türken verlangten die Zurückziehung der russischen Truppen aus dem Kaukasus, die Bulgaren erinnerten an das Versprechen des Generals Falkenhayn, der ihnen die Abtretung der Dobrudscha zugesichert hatte[6]). Neue Verhandlungen waren nötig, bis endlich auch die Vertreter dieser Staaten einsahen, daß man zunächst das allgemeine Friedensangebot nicht durch allzugroße Forderungen sabotieren dürfe.

Kaum glaubte man alle Hindernisse aus dem Wege geräumt und wollte die Note absenden, da protestierte General Hoffmann. Seiner Ansicht nach waren die Würfel über das Baltikum schon gefallen, denn Kurland und Litauen hatten beschlossen, sich von Rußland zu trennen und in Personalunion mit Preußen zu treten. Diese Tatsache wollte der General in der Antwort der Mittelmächte festgelegt wissen, damit man nicht diesen die Schuld am Scheitern der Verhandlungen zuschieben könne; ferner bemängelte er die Abfassung und Formulierung der Note. Er schreibt darüber: „Mir gefiel die Antwort nicht. Einerseits enthielt sie in dem Eingehen auf den russischen Stil eine Reihe von Wendungen, die meinem Gefühl widersprachen, und dann war sie innerlich eine Lüge. Sie basierte auf dem Konditionalsatz: Falls auch die Entente usw. Ich hätte es für richtiger gehalten, sich glatt auf dem Boden der Tatsachen zu stellen und den Russen zu antworten, daß man auf seiten der Mittelmächte zwar bereit sei einen allgemeinen Frieden zu ver-

[6]) Nowack: a. a. O. S. 10.

handeln, Beweis hierfür seien die mehrfachen Friedensangebote und die Resolution des deutschen Reichstages, daß jedoch die russische Friedensdelegation keinerlei Legitimation habe für die Mächte der Entente zu reden, und daß man deshalb, sofern die Russen nicht etwa eine solche Legitimation vorzuweisen hätten, nur über einen Sonderfrieden Rußlands mit dem Vierbunde verhandeln könnte[7]). Der Forderung des Generals entsprechend ändert Staatssekretär v. Kühlmann die Form der Note; den Inhalt beließ er im wesentlichen; schließlich gab sich auch der General zufrieden in dem Glauben, bei der Anwesenheit Kühlmanns im Großen Hauptquartier habe man diese Fragen besprochen und die O. H. L. habe sich damit einverstanden erklärt.

Kaum hatte der Vierbund sein Einverständnis mit einem allgemeinen Friedensangebot öffentlich kundgetan, so trafen aufgeregte Telegramme der O. H. L. ein, in denen von einem „Verzicht auf alles" gesprochen wurde; gleichzeitig begann in Berlin eine wilde Intrigue gegen Staatssekretär Kühlmann[8]).

Da man in Brest-Litowsk beschlossen hatte, zehn Tage auf die Antwort der Entente zu warten, machten sich die Delegationen zur Abreise bereit, um ihre Regierungen über den bisherigen Stand der Verhandlungen zu unterrichten. Jetzt griff aber General Hoffmann ein und verlangte energisch, die Russen vor ihrer Abreise über die wahren Absichten des Vierbundes aufzuklären. Die Russen waren äußerst erstaunt, als sie hörten, daß Polen, Litauen und Kurland vom russischen Staatsverband auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker getrennt und dem Gebiet der Mittelmächte einverleibt werden sollten, da diese Länder bereits vor Eintritt in die Verhandlungen ihre Loslösung von Rußland erklärt hätten. Sie drohten jetzt mit dem sofortigen Abbruch der Verhandlungen. Während dem deutschen Vertreter diese Drohungen nicht berührten, war Graf Czernin äußerst erregt. Er sah in dem Vorgehen Deutschlands einen Verrat des Bundesgenossen und drohte nicht nur Herrn v. Kühlmann mit dem Abschluß eines Separatfriedens zwischen Österreich und Rußland, sondern schickte auch seinen militärischen Berater, den Feldmarschall-Leutnant Csicsericz, zu General Hoffmann mit der Mitteilung, daß Österreich

[7]) Hoffmann: a. a. O. S. 199.
[8]) Schwertfeger: a. a. O. S. 170ff.

seine Truppen zurückziehen würde, wenn durch Deutschland die Friedensverhandlungen „sabotiert" würden[9]). Alle diese Drohungen konnten keine Wirkung erzielen, ja sie stärkten sogar die Position des Staatssekretärs des Auswärtigen.

Der Kaiser war nach Vortrag des Reichskanzlers auf die Seite Kühlmanns getreten und die Annexionsfrage fand insofern ihre Lösung, als man in Brest eine vorläufige Kommission einsetzte, die die Räumung und Abstimmung in den ehemals russischen Gebieten vorbereiten sollte. Danach trennten sich die Delegationen und fuhren zur Berichterstattung nach Hause. Die erste Phase der Brester Verhandlungen ist damit abgeschlossen.

In Berlin traten Reichsleitung und O. H. L. zusammen, um in einem Kriegsrat die Lage zu besprechen. Ludendorff stellte äußerst entrüstet General Hoffmann wegen der Friedensnote von Brest zur Rede; es zeigte sich jetzt bereits der Fehler, den man bei der Beratung in Kreuznach gemacht hatte. General Hoffmann erklärte, er habe angenommen, Staatssekretär v. Kühlmann handle im Einverständnis mit der O. H. L. und man habe sich in Kreuznach in diesem Sinne ausgesprochen. — Das Fazit der ersten Brester Verhandlungen ist also folgendes: Die O. H. L., die das Baltikum und Polen gerne an Deutschland gebracht hätte, war der Hoffnung gewesen, General Hoffmann werde als ihr Vertreter jedem Nachgeben der Reichsleitung in den Territorialfragen entgegentreten. Umgekehrt hatte Hoffmann von einem Protest in Brest-Litowsk Abstand genommen in der begründeten Ansicht zwischen Reichsleitung und O. H. L. seien in Kreuznach bestimmte Richtlinien festgelegt worden. Dadurch konnte wiederum Herr v. Kühlmann jene Politik durchführen, die er bei den Beratungen in Kreuznach mit den Worten propagiert hatte: „Ich kann meine Bedenken gegen ein Aufziehen der deutschen Fahne in den östlichen Randstaaten zurückstellen, aber ich würde energisch abraten jemals die Fahne dort an den Mast zu nageln"[10]).

Dieser „Politik der offenen Türe" trat Ludendorff entgegen, der einen schnellen Friedensschluß mit Annexion der Ostländer verlangte, um möglichst viele Truppen für die Entscheidung im Westen freimachen zu können. Zur endgültigen Regelung der schwebenden

[9]) Schwertfeger: a. a. O. S. 202.
[10]) Zitiert nach Nowack: a. a. O. S. 18.

Fragen wurde für den 2. Januar 1918 ein Kronrat in das Schloß Bellevue einberufen. Neben der Randstaatenpolitik stand auch die polnische Frage zur Diskussion. Hiebei kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen Ludendorff, dem Kaiser und General Hoffmann. Letzterer war am Neujahrstag zum Kaiser geladen und hatte auf dessen Ersuchen seine Stellungnahme zur Polenfrage dargelegt. Hoffmann hielt nicht nur die germano-polnische Lösung für fehlerhaft, sondern lehnte auch die Forderung nach einem breiten polnischen Grenzstreifen ab, der 2 Millionen Polen zu Deutschland gebracht hätte. General Hoffmann schreibt dazu: „Die neue polnische Grenze war meines Erachtens so zu ziehen, daß sie möglichst wenig neue polnische Untertanen dem Reiche brachte und nur einige unerhebliche Grenzkorrekturen erforderte. Zu den letzteren rechnete ich die Wegnahme kleiner Streifen bei Bendzin und Thorn, damit in einem zukünftigen Kriege die feindliche Artillerie nicht direkt in die oberschlesischen Kohlengruben oder auf dem Hauptbahnhof Thorn schießen könnte, ferner rechnete ich dazu die Höhen von Mlawa zur besseren Verteidigung der Soldauer Gegend und schließlich den Bobrübergang Osowiec, der uns so oft schweres Kopfzerbrechen gemacht hatte“[11]). Der Kaiser schloß sich diesen Ausführungen an und trat auf den Rat des Staatssekretärs nunmehr für die austro-polnische Lösung ein. Er erschien im Kriegsrat mit einer Karte, auf der die neuen Grenzen im Sinne des Vorschlags von General Hoffmann eingezeichnet waren und stützte sich dabei ausdrücklich auf das Urteil des Generals. Kaum hatte Ludendorff dies gehört, verlor er für einige Augenblicke jede Haltung und erklärte, der Kaiser dürfe über die Person des Generalstabschef hinweg keinen General zum Vortrag heranziehen. Der Feldmarschall pflichtete seinem Generalquartiermeister bei; peinlich berührt schloß der Kaiser den Kriegsrat ohne eine endgültige Beschlußfassung herbeigeführt zu haben[12]). Ludendorff glaubte aus der Stellungnahme des Kaisers entnehmen zu müssen, daß man auf seine verantwortliche militärische Beratung verzichten wolle und beabsichtigte seinen Abschied einzureichen. Auf den Rat des Chefs des Militärkabinetts fuhr er jedoch zunächst nach Kreuznach zurück und besprach sich mit Hindenburg. Dieser bat ihn von seinem

[11]) Hoffmann: a. a. O. S. 204.
[12]) Hoffmann: ebenda. S. 205. Vgl. Nowack: S. 19ff.

Vorhaben abzustehen und erklärte, er werde die Sache selbst in die Hand nehmen. Wie immer bei solchen Angelegenheiten, war in Berlin etwas von den Rücktrittsgedanken Ludendorffs, die man mit den Friedensverhandlungen von Brest in Zusammenhang brachte, durchgesickert. Der General schreibt hiezu: „Von den Tatsachen wurde, sehr zu meinem Bedauern, etwas in Berlin bekannt und mit den Brester Verhandlungen in unmittelbarem Zusammenhang gebracht. Das war aber nicht zutreffend. Ebenso wie später bei meinem Abschiedsgesuch 1918 lag hier eine persönliche Stellungnahme Seiner Majestät gegen mich vor, die, von meinem Kaiser und obersten Kriegsherrn ausgehend, für mich unerträglich und mit meinem Selbstgefühl unvereinbar war“[13]).

Inzwischen war die deutsche Delegation wieder nach Brest zurückgekehrt und traf hier mit den anderen Bevollmächtigten zusammen. Auch die Russen, die vergebens eine Verlegung der Verhandlungen nach Stockholm, also auf neutrales Gebiet, versucht hatten, erschienen wieder, diesmal von Außenminister Trotzki geführt. Rußland brauchte notwendig Frieden, doch versuchte Trotzki noch einmal durch Propaganda sein Ziel zu erreichen; seine Reden am „Fenster von Brest-Litowsk“ sollten das bolschewistische Gift nicht nur dem Vierbund, sondern auch der übrigen Welt einimpfen. Einem solchen Vorgehen gegenüber verhielt sich Staatssekretär v. Kühlmann äußerst reserviert, vermied es aber durch allzuharte Maßnahmen den Propagandastrom zu unterbinden und damit einen Abbruch der Verhandlungen herbeizuführen. So schleppten sich die Beratungen wochenlang hin.

In Berlin war inzwischen, am Beginn des vierten Kriegsjahres, die Frage der politischen und militärischen Verantwortlichkeit in das entscheidende Stadium getreten. Im Anschluß an die oben erwähnten Berliner Vorgänge hatte Hindenburg in einem äußerst scharf gehaltenen Schreiben an den Kaiser vom 9. Januar 1918 den ganzen Komplex dieser Fragen ins Rollen gebracht. Einleitend weist der Generalfeldmarschall darauf hin, daß die O. H. L. auf Wunsch des Kaisers die Mitverantwortung bei den Friedensverhandlungen trage. Er könne aber für einen Erfolg nicht garantieren und wisse keine günstige Lösung, nachdem Seine Majestät sich für die austro-polnische Frage ausgesprochen habe; ebenso

[13]) Ludendorff: Kriegserinnerungen. S. 439.

seien die Verhältnisse in Kurland und Litauen höchst unklar. In Litauen lasse man einer wilden polnischen Agitation vollkommen freie Hand. Über die erste Phase der Brester Verhandlungen schreibt Hindenburg: „Ich und General Ludendorff sind durch die Abmachungen vom 25. Dezember vollkommen überrascht worden. Die späteren Abmachungen haben Deutschlands Lage zwar etwas verbessert, aber doch den Zustand geschaffen, den ich vorstehend festgelegt habe ... Dieses bisher ungenügende politische und wirtschaftliche Ergebnis muß ich im wesentlichen auf die mangelhafte Vorbereitung der Friedensverhandlungen seitens des Auswärtigen Amtes und auch auf die Nachgiebigkeit unserer Diplomatie gegenüber dem verbündeten und feindlichen Ausland zurückzuführen.

Ich habe schon viele Besprechungen mit dem Auswärtigen Amte gehabt und dabei den Eindruck gewonnen, daß es mich und General Ludendorff wohl reden läßt, aber nur, in der Absicht hinterher doch seine ganz eigenen Wege zu gehen.

So ist es in der Litauischen Frage gewesen, so ist es jetzt in der polnischen, wo der Staatssekretär einseitig die Entscheidung Euer Majestät erbat, auch ohne daß der Reichskanzler davon wußte.

In der polnischen Frage haben E. M. geruht, das Urteil des General Hoffmann höher zu stellen als das meinige und das General Ludendorffs. General Hoffmann ist mir unterstellt und ohne eigene Verantwortung in der polnischen Frage. Der Vorgang vom 2. Januar hat mich und General Ludendorff schmerzlich berührt. Er ist für uns ein Zeichen, daß E. M. in einer das Leben des deutschen Vaterlandes berührenden Frage unser Urteil hintansetzten. Nur ein endgültiger Sieg über die Westmächte könnte die Stimmung in Heer und Heimat bessern und den Deutschen die Weltstellung zurückgewinnen.“ Im weiteren zeigt Hindenburg dann die Kluft, die in der Frage der Verantwortlichkeit zwischen politischer und militärischer Leitung besteht, die zwar bei den Beratungen momentan verschwindet, beim Handeln aber um so schärfer hervortritt. Der Schluß dieser Ausführungen gipfelt in den Worten: „E. M. hohes Recht ist zu entscheiden. Aber E. M. werden nicht befehlen, daß aufrichtige Männer, die E. M. und dem Vaterlande treu gedient haben, sich mit ihrer Autorität und mit ihrem Namen an Handlungen beteiligen, die sie aus innerster Überzeugung als schädlich für Krone und Reich erkannt haben ... E. M. bitte ich allerunterthänigst Allerhöchst sich grundlegend zu entscheiden. Meine und

des General Ludendorff Person dürfen bei Staatsnotwendigkeiten keine Rolle spielen“[14]).

Das ganze Schreiben zeigt, daß die O. H. L. die Initiative an sich zu reißen sucht und den Kaiser zwingen will, über die Machtfrage zwischen militärischer und politischer Führung zu entscheiden. Außerdem waren nunmehr auch Reichskanzler und Staatssekretär gezwungen ihre Stellungnahme klar darzulegen und ihre Autorität zu verteidigen. Mit dem Brief des Feldmarschalls hatte sich ein Schreiben des Reichskanzlers vom 7. Januar gekreuzt, in dem dieser nochmals einzulenken versuchte und darlegte, „daß nach seinen Informationen die O. H. L. nicht vor eine vollendete Tatsache gestellt worden sei; deshalb könne auch General Ludendorff keinen Anlaß nehmen seinen Rücktritt in Erwägung zu ziehen“[15]). Ferner verwahrte sich der Reichskanzler dagegen, daß Herr v. Kühlmann eigenmächtig gehandelt habe, da dieser die Verhandlungen in steter Fühlungnahme mit dem Reichskanzler geführt habe.

Alle Versuche zum Einlenken kamen jedoch zu spät, denn mit dem oben erwähnten Brief Hindenburgs war der Kampf um die Verantwortlichkeit zwischen den beiden Gewalten entfesselt. Die Reichsleitung mußte den Fehdehandschuh aufnehmen, wollte sie nicht durch die Autorität der O. H. L. hinweggefegt werden.

So geschah denn im Entscheidungsjahre des Weltkrieges das, was man solange verhindert wissen wollte. Drei Jahre lang hatte man sich immer wieder bemüht die Kluft zwischen O. H. L. und Reichsleitung zu überbrücken. Jetzt in einem Augenblick, da Transport auf Transport zur Vorbereitung der Entscheidungsschlacht nach Westen rollte, da man im Osten zum erstenmal mit einem der Hauptgegner am Verhandlungstisch saß, geschah es, daß der Kampf um die Verantwortlichkeit zwischen den beiden Gewalten ausgefochten werden mußte.

In einem ausführlichen Schreiben[16]) vom 10. Januar 1918 hat Staatssekretär v. Kühlmann dem Reichskanzler seine Ansicht zu diesem Problem dargelegt. Ausgehend von der in der Reichsverfassung festgelegten Verantwortlichkeit des Reichskanzlers vertritt der Staatssekretär den Standpunkt, dem Kaiser könne nur von

[14]) Brief Hindenburgs an den Reichskanzler. Abgedruckt bei Schwertfeger. II, 123ff.

[15]) Schwertfeger: a. a. O. II. Anl. 3. S. 128ff.

[16]) Ebenda. Anl. 4. S. 130ff.

einer verantwortlichen Stelle, dem Kanzler, maßgebend Vortrag gehalten werden. Inwieweit die O. H. L. bei der Fassung politischer Entschlüsse zu berücksichtigen sei, darüber könne nur der Reichskanzler im Einvernehmen mit der Krone entscheiden. Zur Frage der Brester Verhandlungen und des polnischen Grenzstreifens schreibt der Staatssekretär folgendes: „Eine der Vorbedingungen der austro-polnischen Lösung war die Annexion gewisser Grenzstreifen für Preußen zur Erreichung einer besseren strategischen Sicherung. Der Herr Reichskanzler hat sich stets auf den Standpunkt gestellt, daß es sich um eine rein auf militärischen Erwägungen beruhende Maßnahme handelt und seiner Überzeugung immer gleichmäßig dahin Ausdruck gegeben, daß solche Annexionen auf das Mindestmaß und auf das militärisch ganz unbedingt Notwendige beschränkt werden sollten. Was dieses Mindestmaß sei, hat der Herr Reichskanzler, da es sich um eine vorwiegend militärische Frage handelt, selbständig zu entscheiden nie die Absicht gehabt. Es war dies eine derjenigen Fragen, bei denen die innige Verschmelzung politischer und militärischer Gesichtspunkte nur die Krone in letzter Instanz und endgültig entscheiden konnte. Da anderseits die ganzen Verhandlungen mit Österreich, an deren Fortgang S. M. ein Allerhöchst persönliches Interesse nahmen, wegen mangelnder Übereinstimmung in der Grenzfrage schon seit mehreren Monaten in der Schwebe blieben, haben S. M., ohne daß der Kanzler oder Herr v. Kühlmann auf die geographischen Einzelheiten dieser Entschließung irgendwelchen Einfluß gehabt hätten, beschlossen, endgültig die künftige Grenze festzusetzen. Mit dieser dem Herrn Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes mitgeteilten Allerhöchsten Entscheidung ist für den Herrn Reichskanzler die weitere Diskussion dieser Frage ausgeschlossen." Ferner weist der Staatssekretär daraufhin, daß der preußische Landtag kaum, der Reichstag auf Grund der Resolution niemals seine Einwilligung zu jener umfangreichen Annexion geben würde. Er fährt fort: „Schon aus diesem Grunde wäre es empfehlenswert, sich mit einem wirklichen Minimalprogramm zu begnügen. Selbst dieses Minimalprogramm den Polen gegenüber durchzusetzen, wird große Kämpfe kosten und Schwierigkeiten machen. Der Reichskanzler kann übrigens, so hoch er den militärischen Wert der Erwerbung gewisser Grenzschutzstreifen auch einschätzen mag, keinesfalls zugeben, daß ein verhältnismäßig geringfügiges Plus oder

Minus dieser Streifen, besonders wenn die wesentlichen Punkte einigermaßen gedeckt sind, für den Fall eines Zukunftskrieges so wesentliche Bedeutung hätte, daß wegen dieses geringen Plus oder Minus die gesamte deutsche Politik aus ihrer Bahn geworfen werden sollte . . .

Auch der Herr Reichskanzler verkennt keineswegs die Schwierigkeiten und Gefahren, die aus der polnischen Lage entspringen können, vertritt aber die Anschauung, daß diese mit der Errichtung des polnischen Reiches geschaffen worden sind und daß keine bessere Lösung bisher von irgendeiner Seite vorgeschlagen worden ist . . . . . .

Die viel besprochene Erklärung[17]) vom 25. Dezember war nach Ansicht sämtlicher Vertreter der Mächte in Brest-Litowsk einschließlich des Vertreters der O. H. L. nötig, um die Russen zu bewegen, die grundsätzliche Basis des allgemeinen Friedens zu verlassen und sich zu Sonderfriedensverhandlungen bereit zu erklären . . . . . .

Die politische Leitung muß an der Überzeugung festhalten, daß es nicht angängig ist, daß die O. H. L. Beschlüsse und Schritte, an denen ihr Vertreter vollkommen widerspruchslos mitgearbeitet hat, später selbst bemängelt oder anficht. Falls die O. H. L. durch die Abmachungen vom 25. Dezember vollständig überrascht worden ist, so kann ein Vorwurf nur ihrem Vertreter in Brest-Litowsk gemacht werden, da über diese Abmachungen unter seiner Zuziehung 48 Stunden lang verhandelt worden ist.

Den Vorwurf der mangelhaften Vorbereitung der Friedensverhandlungen, sowie den der Nachgiebigkeit der deutschen Diplomatie gegen das verbündete und feindliche Ausland muß der Herr Reichskanzler auf das schärfste zurückweisen. Die Vorbereitungen sind seit langer Zeit und mit größter Gründlichkeit getroffen worden. Es gehört geringe Kenntnis der zeitgenössischen Geschichte dazu, um zu glauben, daß sämtliche Fragen zwischen seit vier Jahren im Kriege befindlichen Großmächten in einer fünftägigen Verhandlung restlos geordnet werden könnten."

In den weiteren Ausführungen weist der Staatssekretär ausdrücklich daraufhin, daß das Auswärtige Amt bei den Besprechungen mit der O. H. L. immer loyal verfahren sei; energisch weist er den Vor-

[17]) Es handelt sich hier um den Friedensvorschlag der Mittelmächte an die Russen. Vgl. oben: Helfferich: a. a. O. III, 260ff.

wurf zurück, daß der Staatssekretär des Äußren eine andere Politik als der Reichskanzler durchführen wolle. Seine Ausführungen schließen mit den bedeutungsvollen Sätzen:

„Es ist selbstverständlich, daß beim Verhandeln, besonders wenn die Ereignisse zu raschem Handeln drängen, vorhandene Verschiedenheiten der Anschauung schärfer hervortreten, wie dies aus der Geschichte der Friedensschlüsse im 19. Jahrhundert aufs anschaulichste erhellt. Ich glaube nicht, daß dies mit der Personenfrage irgendetwas zu tun hat. Kein Kanzler, der sein Amt gewissenhaft und kräftig führt, wird sich derartigen Meinungsverschiedenheiten entziehen können. Ein Wechsel in der Person der jetzt die O. H. L. bildenden beiden Generale würde bei der augenblicklich herrschenden Stimmung in Deutschland als großes nationales Unglück aufzufassen sein. Nach den bisherigen Erfahrungen hat eine wirklich eingehende und detaillierte Aussprache meistens die politischen Differenzpunkte auf ein sehr erträgliches Maß herabgemindert. In Zweifelsfällen müßte die Allerhöchste Entscheidung angerufen werden. Es gibt kein anderes Mittel, als diesen für den Kanzler außerordentlich mühsamen Weg auch in Zukunft weiterzugehen, da die Vermeidung schwerer innerer Krisen die wichtigste Voraussetzung für einen erfolgreichen Abschluß des gegenwärtigen Krieges bildet."

Bevor noch der Kanzler diese Denkschrift in Händen hatte, war ihm bereits ein Brief des Generalfeldmarschalls zugegangen, die Antwort auf das Schreiben des Reichskanzlers vom 7. Januar. Darin ersucht Hindenburg den Kanzler, er möge in der Frage des polnischen Grenzstreifens eine endgültige Willensmeinung des Kaisers herbeiführen und fährt dann fort: „Ich brauche Euer Exzellenz nicht erst zu versichern, daß, wenn die O. H. L. vor eine Tatsache gestellt wird, aus der sie verhängnisvolle Folgen für das Vaterland befürchten muß, dann nicht General Ludendorff allein, sondern in erster Linie ich meinen Rücktritt in Erwägung ziehen muß. Wir beide wissen sehr wohl, daß wir mit diesem Gedanken nicht spielen und Seiner Majestät nur dann mit einer solchen Bitte nahen dürfen, wenn das Gewissen es uns gebietet"[18]).

Der Groll der O. H. L. richtete sich nunmehr hauptsächlich gegen die Person des Staatssekretärs, den sie wegen seiner schlappen

[18]) Schwertfeger: a. a. O. II, Anl. 5. S. 134f.

Verhandlungsführung in Brest die größten Vorwürfe machte. Am 13. Januar erschien plötzlich der preußische Kronprinz beim Vizekanzler Helfferich und ließ im Verlauf des Gespräches durchblicken, daß Hindenburg und Ludendorff, die ebenfalls in Berlin waren, einen Wechsel in der Leitung des Auswärtigen Amtes herbeiführen wollten. Deshalb möge ihm der Vizekanzler ungeschminkt seine Meinung über Herrn v. Kühlmann sagen. Dem Vizekanzler gelang es durch seine Darlegungen den Kronprinzen umzustimmen und dessen Anerkennung für die schwierige Stellung des Staatssekretärs bezüglich der Verhandlungen in Brest-Litowsk zu erhalten. Auf Anraten des Kronprinzen erschien am Nachmittag auch General Ludendorff bei Helfferich, durch dessen Vortrag sich Ludendorff gezwungen sah, keine weiteren Schritte gegen den Staatssekretär zu unternehmen[19]).

Überhaupt kann nunmehr ein gewisses Entgegenkommen der O. H. L. festgestellt werden, da sie auch in der Frage des polnischen Grenzstreifens Nachgiebigkeit zeigte. Sie überreichte einen neuen Vorschlag, der insofern den Forderungen der politischen Leitung entgegenkam, als er die Mitte zwischen dem Vorschlag des Kaisers und den früheren Forderungen der O. H. L. hielt[20]). Auch ersucht sie den Kanzler möglichst bald Klarheit über die Verhältnisse im Osten zu schaffen. Schließlich kommt in der Frage der Verantwortlichkeit zwischen O. H. L. und Reichsleitung folgende Regelung zustande: „Die staatsrechtliche Verantwortung für die Friedensverhandlungen trägt nach der Reichsverfassung allein der Reichskanzler. Eine Teilung der staatsrechtlichen Verantwortung ist unmöglich.

Die obersten militärischen Stellen, d. h. der Chef des Generalstabes des Feldheeres, der erste Generalquartiermeister, der Kriegsminister und der Chef des Admiralstabes der Marine, haben, soweit die Friedensverhandlungen die militärischen Interessen berühren, das Recht und die Pflicht, in beratender Weise an den Verhandlungen einschließlich der zur Anwendung zu bringenden Taktik mitzuwirken. Können Forderungen der militärischen Stellen nicht auf dem Wege gegenseitiger Aussprache mit dem Reichskanzler

---

[19]) Helfferich: a. a. O. III, 281.

[20]) Schwertfeger: a. a. O. Anl. 7. S. 135f.

klargelegt werden, so ist die Entscheidung Seiner Majestät einzuholen“[21]).

Das Ende des Streites um die politisch-militärische Verantwortlichkeit bildete ein Brief Kaiser Wilhelms II. an den Generalfeldmarschall v. Hindenburg, dessen wichtigste Stellen ich hier anführen möchte: „. . . . Es ist Ihr gutes Recht und Ihre Pflicht, Ihre Ansichten energisch zur Geltung zu bringen, ebenso wie es Pflicht des verantwortlichen Staatsmannes ist, seine anders geartete Anschauung Mir vorzutragen. Die Entscheidung liegt bei Mir. Ich habe daher Ihre Denkschrift dem Reichskanzler zugestellt und lasse Ihnen in der Anlage die von ihm zusammengestellten Bemerkungen abschriftlich zugehen. Ich stimme den darin enthaltenen Ausführungen zu und spreche vertrauensvoll die Erwartung aus, daß es auch Ihnen und dem General Ludendorff gelingen wird, auf Grund dieser Anschauungen weitere Bedenken fallen zu lassen, um sich unbeeinflußt den Aufgaben der eigentlichen Kriegführung widmen zu können. Sie können, Mein lieber Generalfeldmarschall, versichert sein, daß Sie jeder Zeit ein offenes Ohr bei Mir finden, und daß Mir nichts ferner liegt, als Ihren wertvollen Rat ungehört beiseite zu schieben. Ich bitte Sie vielmehr ausdrücklich, Mir denselben auch fernerhin nicht vorzuenthalten“[22]).

Dieser Brief ist ein diplomatisches Meisterstück des Kaisers, denn er bekennt sich darin rückhaltlos zu der Ansicht des Reichskanzlers und wünscht, daß die O. H. L. nicht mehr politischen Einflüsterungen gegen die Reichsleitung Gehör schenke. Andererseits bricht er einem Abschiedsgesuch der beiden Generale die Spitze ab, indem er sie ausdrücklich ersucht, ihm ihren Rat nicht vorzuenthalten. Der Satz: „Die Entscheidung liegt bei Mir“ ist hingegen ein Beweis, daß der Kaiser gewillt ist, die volle Verantwortung für alle Handlungen der politischen wie militärischen Leiter auf sich zu nehmen[23]).

Damit ist es also im letzten Kriegsjahr der politischen Leitung gelungen, über die O. H. L. einen endgültigen Sieg zu erringen; denn der Kaiser hat den Primat der politischen Leitung in den herrschenden Fragen ausdrücklich anerkannt.

---

[21]) Ebenda. S. 68f.

[22]) Schwertfeger: a. a. O. S. 70.

[23]) Ebenda. S. 71.

Zugleich tritt damit eine andere überraschende Tatsache in den Vordergrund. Der Kaiser, der bisher seine Machtbasis als oberster Kriegsherr nicht ausgenützt hatte, reißt auf einmal wieder die Initiative an sich. Es gilt nun die Frage zu klären, ob der Kaiser wirklich gewillt war, aus seiner bisherigen Reserve hervorzutreten? — Die Frage stellen, heißt sie verneinen. Zwar hat der Kaiser formal die Frage der Verantwortlichkeit geregelt, aber er wollte und konnte wohl auch nicht mehr der Autorität der O. H. L. entgegentreten. Wohl wären beide Generale jeder Zeit einer Forderung des Rücktritts von seiten des Kaisers nachgekommen, aber in der Heimat und im Heere hätte ein derartiges Geschehnis eine Katastrophe herbeigeführt; wenigstens hätte man niemals einen Rücktritt Hindenburgs verstanden. Das Geschick Deutschlands war so fest mit der Person der beiden Heerführer verbunden, daß ihre Entlassung den Untergang des Reiches hätte nach sich ziehen müssen. Es konnte also auch der Kaiser niemals ein Rücktrittsgesuch der beiden Generale annehmen. Es bestand demnach, wie Schwertfeger sagt, „trotz der formellen Richtigstellung des Verhältnisses zwischen Reichsleitung und O. H. L. nach wie vor ein starkes Übergewicht der letzteren“[24]). Den besten Beweis hierfür bildet die Entlassung des Kabinettschefs v. Valentini in diesen Tagen, in die der Kaiser nur nach langem Drängen der beiden Generale einwilligte. Trotz aller Auseinandersetzungen war also der Sieg der Reichsleitung doch nur scheinbar; faktisch hat die O. H. L. nichts von ihrer Macht eingebüßt, da ihre Leiter die einzigen Führernaturen im damaligen Deutschland waren[25]).

Während dieses Zwischenspieles waren die Verhandlungen in Brest[26]) keinen Schritt weitergekommen. Lediglich waren inzwischen Vertreter der Ukraine eingetroffen, die von Trotzki auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes der Völker als eigene Delegation anerkannt wurden. Herr v. Kühlmann hatte durch seine Ausdauer und sein Nachgeben nur erreicht, daß das Auftreten der Bolschewiken immer anmaßender geworden war. Schließlich wurden die ständigen Agitationsreden den Vertretern der Mittelmächte

[24]) Schwertfeger: a. a. O. S. 72.
Vgl. v. Freytag-Loringhoven: Menschen u. Dinge. S. 276.

[25]) Vgl. Haller: Die deutsche Strategie im Weltkrieg, in „Reden und Aufsätze zur Geschichte und Politik“. S. 311ff.

[26]) Hoffmann: a. a. O. S. 207ff. Vgl. Helfferich: III, 281ff.

doch zu viele, und auf Verabredung erteilte Herr v. Kühlmann als Vorsitzender auf eine besonders dreiste Rede Kamenjews dem General Hoffmann das Wort. Dieser machte den Russen deutlich, daß nicht sie, sondern die Mittelmächte die eigentlichen Sieger seien, und daß die Russen kein Recht hätten, das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu fordern, nachdem sie in ihrem eigenen Land jede derartige Regung mit brutaler Gewalt unterdrückten und nicht einmal den Zusammentritt einer verfassungsgebenden Nationalversammlung dulden wollten[27]). Da sich aber trotz der Darlegungen des Generals das Tempo der Verhandlungen nicht beschleunigte, riet General Hoffmann, nunmehr mit den Vertretern der Ukraine zu verhandeln, um dadurch einen Druck auf die Bolschewiken auszuüben.

In der ersten Aussprache verlangten die Ukrainer das Cholmer-Land, Ostgalizien und die Bukowina. General Hoffmann, der im Auftrag Czernins die Verhandlungen führte, erklärte zur ersten Forderung seine Zustimmung, lehnte jedoch einen Anspruch auf Ostgalizien und Bukowina glatt ab, da durch diese Forderung österreichisches Gebiet betroffen werde. Darauf erklärten die Vertreter der Ukraine, sie müßten auf Grund dieser Mitteilung neue Instruktionen aus Kiew abwarten. Graf Czernin befand sich augenblicklich in einer äußerst schlechten Lage, da in Wien plötzlich eine Hungersnot ausgebrochen war, die zwar durch deutsche Hilfe gemildert, jedoch nur durch einen Frieden mit der Ukraine vollständig beseitigt werden konnte. Der ukrainische Frieden wurde eine Notwendigkeit, er war für Österreich ein „Brotfrieden“[28]). Die neuen Instruktionen der Ukrainer waren inzwischen eingetroffen und lauteten dahin, daß aus Ostgalizien und der Bukowina wenigstens ein österreichisch-ungarisches Kronland geschaffen werde. Grundbedingung blieb nach wie vor, die Abtretung des Cholmer-Landes an die Ukrainer. Graf Czernins Schwierigkeiten wurden immer größer, da außer der Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker, das durch die Forderungen der Ukraine in die Donaumonarchie hineingetragen wurde, jetzt auch die Polenfrage in Österreich in eine neue Stellung gerückt wurde. Die Abtretung des Cholmer-Landes brachte dem Grafen nämlich die Todfeindschaft der Polen, die bisher die Hauptstützen seines Kabinetts waren.

[27]) Ebenda. S. 209.

[28]) Hoffmann: a. a. O. S. 211.

Trotz dieser Gefahren ermächtigte Graf Czernin General Hoffmann, ein Abkommen mit der Ukraine zu treffen, damit zunächst die akut gewordene Frage der Brotversorgung geregelt werde.

Inzwischen hatte Trotzki die Gefahr bemerkt, die ihm durch einen ukrainischen Sonderfrieden[29]) drohte; er erklärte plötzlich, er könne die Ukrainer als selbständige Delegation nicht anerkennen, da die Grenze zwischen ihren beiden Ländern noch nicht festgelegt sei. Alle diese Fragen müsse er mit seiner Regierung besprechen und er ersuche daher die Verhandlungen auf einige Tage zu unterbrechen. Seine Bitte wurde gewährt und eine Sitzungspause von einigen Tagen eingeschoben.

Anfangs Februar begann dann die dritte Phase der Verhandlungen von Brest-Litowsk. Bei seiner Rückkehr hatte Trotzki ebenfalls zwei ukrainische Vertreter mitgebracht, die jedoch von der bolschewistischen Regierung der Ukraine gesandt waren. Er legte dar, daß die Zentralrada, deren Beauftragte bisher in Brest verhandelt hatten, keine Macht mehr ausübe, vielmehr der Bolschewismus das Heft in der Hand habe und deshalb nur mit den Vertretern der bolschewistischen-ukrainischen Regierung ein gültiger Vertrag abgeschlossen werden könne. Mit dieser Zeichnung der Lage hatte Trotzki leider nicht zuviel gesagt, doch mußte man sich darüber klar sein, daß durch die deutschen Truppen jederzeit der frühere Zustand wiederhergestellt werden könne; deshalb schloß General Hoffmann auf den oben erwähnten Grundlagen den Frieden mit den Vertretern der Zentralrada ab.

Die propagandistischen Aufrufe der Sowjetregierung waren trotz aller bisherigen deutschen Proteste weitergegangen. Als aber in einem neuen Aufruf die deutschen Soldaten zur Ermordung ihrer Offiziere aufgefordert wurden, da riß dem Kaiser die Geduld, und er forderte in einem Telgramm an Herrn v. Kühlmann, daß Trotzki ein Ultimatum von 24 Stunden gestellt werde[30]). Gerade damals glaubte jedoch der Staatssekretär, daß Trotzki unter dem Druck des Friedens mit der Ukraine nunmehr ebenfalls eine endgültige Regelung der Friedensfrage anstrebe und telegraphierte deshalb in seiner Antwort, ihm erscheine der Zeitpunkt für ein Ultimatum ungünstig gewählt; bestehe der Kaiser aber auf seinen Wunsch, so möge er einen neuen Staatssekretär mit der Führung des Geschäftes

[29]) Ebenda. S. 212.

[30]) Hoffmann: a. a. O. S. 214.

des Auswärtigen Amtes beauftragen. Sollte innerhalb 48 Stunden eine Antwort des Kaisers nicht eingetroffen sein, so werde er die Verhandlungen mit Trotzki weiterführen. Daraufhin gab der Kaiser seine Absicht auf, und so konnte es Trotzki durch die Hilfe des Staatssekretärs v. Kühlmann gelingen, am 10. Februar seinen bekannten „Theatercoup" durchzuführen, indem er erklärte, „daß er zwar keinen Frieden mache, daß Rußland aber hiermit den Krieg beende, seine Armee nach Hause schicke und von dieser Tatsache sämtliche Völker und Staaten unterrichte"[31]).

Damit war ein Novum geschaffen, wie es bisher die Kriegsgeschichte noch nicht kannte. Trotzdem war Graf Czernin willens, den Frieden unter diesen Umständen anzuerkennen, und auch Herr v. Kühlmann schien nicht abgeneigt, seine Zustimmung hierzu zu geben. Jetzt griff aber energisch der Vertreter der O. H. L. ein, indem er erklärte, die Russen hätten durch ihre Äußerung den Waffenstillstand gekündigt, und der Krieg würde weitergehen. Sämtliche Diplomaten verließen nunmehr Brest-Litowsk, und am 13. Febr. trafen sich der Reichskanzler, der Vizekanzler und der Staatssekretär des Äußeren mit der O. H. L. in Homburg zu einem Kriegsrat. Unter dem Vorsitz des Kaisers wurde die neue Lage durchberaten. General Ludendorff verlangte sofortige Kündigung des Waffenstillstandes und bat den Kaiser, den Befehl zum weiteren Vormarsch der deutschen Truppen im Osten zu geben. Kanzler und Vizekanzler gaben jedoch ihre Zustimmung erst, als Ludendorff ausdrücklich erklärte, „er denke nicht daran, sich in Livland und Estland festzusetzen. Es handle sich nur um eine nicht umfangreiche Operation, deren Zweck neben einer Frontverkürzung im Osten zugunsten des Westens die Eroberung von Dünaburg sei"[32]). Trotz dieser Erklärung verweigerte der Staatssekretär seine Zustimmung, da er jede militärische Operation im Osten ablehnte und einen Abfall Österreichs für möglich hielt. Die Unstimmigkeit schien ihm jedoch nicht wichtig genug, um daraus die Konsequenzen für seine Person zu ziehen und er erklärte ausdrücklich: „Ich opponiere, aber ich halte die Frage nicht für wichtig genug, um daraus die Konsequenzen zu ziehen"[33]).

---

[31]) Nowack: a. a. O. S. 38.
[32]) v. Hertling: Ein Jahr in der Reichskanzlei. S. 74.
[33]) Nowack: a. a. O. S. 39.

Am 18. Februar begann der Vormarsch der deutschen Truppen; nirgends stießen sie auf ernsthaften Widerstand und konnten daher bis zum Peipus-See und zur Narwa vorrücken. Schon am 20. Februar erklärten sich die Russen mit den bisherigen Bedingungen einverstanden und nahmen am 24. das von der deutschen Regierung gestellte Ultimatum ohne Widerspruch an. Bereits am 3. März unterschrieb der russische Beauftragte den Friedensvertrag, nachdem er auf jegliche Durchberatung verzichtet hatte, um dadurch Deutschland das Odium eines Diktatfriedens aufzuladen.

Ein Rückblick über die Verhandlungen in Brest-Litowsk zeigt uns, daß trotz aller Einigungsversuche Reichsleitung und O. H. L. auseinanderstrebten. Der Sieg der Reichsleitung über die Instanzen des Feldheeres war und blieb eben doch ein Papiersieg. Der Einzige, der es noch wagte, der O. H. L. Widerpart zu halten, war Staatssekretär v. Kühlmann, der nur allzubald erfahren sollte, was es hieß einen Ludendorff zum Gegner zu haben. General Ludendorff, der geglaubt hatte, Kühlmann werde auf Grund der Beratung von Homburg von seinem Posten zurücktreten, war von der Zähigkeit des Staatssekretärs äußerst betroffen, und die Kluft zwischen den Vertretern der beiden Gewalten, eben geschlossen, öffnete sich bereits wieder. Während der Satatssekretär bei den Friedensverhandlungen mit Rumänien in Bukarest weilte, kam es wegen der Forderungen, die Bulgaren und Türken an die Rumänen stellten, erneut zu schweren Differenzen zwischen den Vertretern der O. H. L. und Reichsleitung. Ludendorff stellte sich ganz auf Seite der Türken, während Kühlmann deren Forderungen, da dem Bündnis zwischen Bulgarien und der Türkei äußerst abträglich, ablehnte. Eine gegenseitige Aussprache, die Staatsminister Helfferich anregte, lehnte der Staatssekretär des Äußeren ab, da seine Vorschläge allein schon für die andere Seite einen Grund zur Ablehnung bilden würden.

Welche ungesunde Verhältnisse bereits wieder zwischen politischer und militärischer Leitung herrschten, geht aus der Schilderung Helfferichs hervor: „Wir hatten in der schwersten Zeit unserer Geschichte einen Kanzler, der zum mindesten körperlich seinem Amte in keiner Weise mehr gewachsen war, und der geistig jedenfalls nicht mehr die Spannkraft besaß, schwierige Fragen aufzunehmen und durchzukämpfen. Wir hatten einen Staatssekretär des Auswärtigen, der resigniert den Kampf mit der O. H. L. für die

von ihm für richtig gehaltene Politik aufgegeben hatte. Die taktisch geschickte Behandlung der Reichstagsparteien, in der Graf Hertling Meister geblieben war, und Kühlmanns wiederholte Bekenntnisse zu den Ideen der Reichstagsmehrheit täuschten die deutsche Öffentlichkeit über diesen unmöglichen Zustand hinweg... Die Harmonie bestand nur auf der Oberfläche und auch da nur um einen allzu hohen Preis"[34]).

Solange Herr v. Kühlmann noch das Vertrauen des Kaisers besaß, war eine Krise nicht zu befürchten. Bald jedoch zeigte sich die Intrigue, die gegen ihn gesponnen wurde. Am 23. April brachte die „Deutsche Zeitung" einen derart heftigen Schmähartikel gegen den Staatssekretär, daß nicht nur dieser, sondern auch Reichskanzler und Vizekanzler empört waren und in ihrer Eigenschaft als höchste Beamte des Staates Strafantrag stellten[35]). Noch einmal schien der Angriff abgeschlagen, doch nun begann die eigentliche Tragik der Kühlmann-Krisis.

Inzwischen brüllten im Westen die Geschütze und die große Entscheidungsschlacht hate begonnen. Anfangs von riesigen Erfolgen begleitet, hatte sich am 30. März der Angriff festgelaufen und Anfang April mußte auf die Erreichung von Amiens, dem Endziel des deutschen Vorstoßes, Verzicht geleistet werden. Am 9. April setzte nun eine neue Offensive bei Amentières ein und es gelang der 6. deutschen Armee die Lys zu überschreiten und bis in die Gegend von Bailleul-Merville vorzudringen. Allerdings gelang der mit ihr eingesetzten 4. Armee der Durchbruch nicht und nachdem die 6. Armee am 25. April noch den Kemmel erstürmt hatte, ließ auch hier die O. H. L. am 1. Mai den Angriff einstellen.

Während in der Heimat auf diese Erfolge hin noch einmal die Begeisterung für Deutschland und sein siegreiches Heer emporlodert, unternimmt der Vertreter der O. H. L. bei der Reichsleitung, Oberstleutnant v. Haeften, den ersten Versuch zu einer Friedensoffensive[36]). Oberstleutnant v. Haeften nimmt mit einer dem Staatssekretär Kühlmann nahestehenden Persönlichkeit Fühlung, spricht von der Notwendigkeit zur baldigen Beendigung des Krieges und bittet schließlich, Herr v. Kühlmann möge sich mit General Ludendorff über die Einleitung einer politischen Friedens-

[34]) Helfferich: a. a. O. III, 313ff.

[35]) v. Hertling: a. a. O. S. 97. Vgl. Haußmann: a. a. O. S. 189.

[36]) Abgedruckt bei Schwertfeger: II, 188ff. und I, 130ff.

offensive in Verbindung setzen. Da der Staatssekretär in ziemlich unverblümter Weise erklärte, Ludendorff möge mit eventuellen politischen Wünschen zu ihm kommen, und damit den Beweis erbrachte, daß die Gegensätze zwischen den beiden Gewalten tief in das Persönliche eingriffen, riß Herr v. Haeften die Initiative allein an sich. Als er Mitte Mai im Großen Hauptquartier anwesend war, um von Ludendorff zur Orientierung des Reichskanzlers über die gesamte militärische Lage aufgeklärt zu werden, schien ihm der Zeitpunkt für seine Bemühungen gekommen. Ludendorff erklärte bei der Unterredung, er könne die militärische Entscheidung des Krieges herbeiführen, wenn ihm die Heimat 200 000 Mann hochwertigen Ersatz stellen könnte. Haeften schreibt dazu: „Diese Äußerungen des Generals Ludendorff ließen mich die dringende Notwendigkeit einer baldigen Kriegsbeendigung klar erkennen; es war klar, der Krieg konnte mit militärischen Machtmitteln allein nicht mehr entschieden werden; es bedurfte hierzu der politischen und diplomatischen Unterstützung“[37]). Nach seiner Rückkehr in die Hauptstadt arbeitete der Oberstleutnant eine Denkschrift aus, die der Einleitung einer Friedensoffensive dienen sollte.

Unaufhörlich donnerten die Kanonen an der Westfront und leiteten die 3. große deutsche Offensive ein, die im Raum zwischen Soissons und Reims durchgefochten wurde. Damals fiel der Chemin de Dames und in einem Zeitraum von 4 Tagen war ein Einbruch von 60 km Tiefe in die feindliche Front erzielt. Die Marne war erreicht, aber wiederum war ein neuer Bogen in der Linienführung entstanden und die O. H. L. dadurch gezwungen, den Angriff weiter vor zu tragen. Bevor noch die Kämpfe zum Abschluß gekommen waren, platzte mitten in die Siegerstimmung der Heerführer über die glänzenden Erfolge am Chemin de Dames Oberstleutnant v. Haeften mit seiner Denkschrift, die Anregungen für eine Friedensoffensive enthielt. Haeften glaubte nicht mit Unrecht, daß ihm die Tür gewiesen würde; es trat aber gerade das Gegenteil ein. Diese Denkschrift, die in Verbindung mit verdeckten politischen Kundgebungen und Handlungen den feindlichen Kriegswillen lähmen und dem Gegner die Initiative zu Friedensfühlern in die Hände spielen will, gipfelt in dem Satz: „Wir dürfen uns nicht mehr

---

[37]) Schwertfeger: Ebenda. Anl. 2. S. 339. Vgl. Ludendorff: Urkunden. S. 478ff.

wie bisher von den Ereignissen treiben lassen und warten, ob uns eines schönen Tages die politischen Früchte unserer Siege in den Schoß fallen. Ohne das Einsetzen einer planmäßig handelnden Staatskunst vor Abschluß der militärischen Operationen kann der staatsmännische Friede nicht sichergestellt werden, der allein unseren Interessen entspricht“[38]). Damit geschah es zum erstenmal in diesem Kriege, daß ein der O. H. L. nahestehendes Mitglied klar und deutlich die Meinung aussprach, daß der Krieg nicht mehr durch bloße Waffengewalt beendet werden könne. Ludendorff, der die Denkschrift genau gelesen, befürwortete sie und ließ sie mit folgendem Anschreiben vom 8. Juni 1918 dem Reichskanzler zugehen: „..... Die Ausführungen, die Oberstleutnant v. Haeften zu diesen Gedanken gemacht hat, beehre ich mich Euer Exzellenz in der Anlage sehr ergebenst beizufügen. E. E. bitte ich, diese Ausführungen zu prüfen und ihnen, ebenso wie ich, in den wesentlichen Punkten beizutreten. Ich glaube E. E. Zustimmung sicher zu sein, daß wir den militärischen Kampf politisch unterstützen und die in ihm erzielten Erfolge politisch auswerten müssen. Hierzu scheint mir der von Oberstleutnant v. Haeften vorgeschlagene Weg der gangbare zu sein“[39]). Haeften fuhr nach Berlin zurück und hielt dort der Reichsleitung Vortrag. Der Reichskanzler und die anderen Herren traten aber erst dann warm seinen Vorschlägen bei, als er die Versicherung abgab, General Ludendorff werde in der belgischen Frage großes Entgegenkommen zeigen. Auf Vorschlag des Staatssekretärs wurde der Oberstleutnant vom Reichskanzler beauftragt, die politische Leitung dieser Friedensoffensive unter Hinzuziehung eines älteren Diplomaten in die Hand zu nehmen. Auch die O. H. L. erklärte noch am gleichen Tage ihr Einverständnis mit dieser Regelung.

Im Gegensatz zur Reichsleitung versprach sich der Pressechef des Reichskanzlers Dr. Deutelmoser nicht allzuviel von dem Vorschlag v. Haeftens, solange nicht als Grundlage für einen solchen Vorschlag ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten zwischen militärischen und politischen Gewalten gegeben sei[40]). In den Zeitungen erschienen bereits die ersten Artikel, die eine im Sinne der Haeftenschen Denkschrift gelegene größere Aktivität der politischen Lei-

[38]) Schwertfeger: a. a. O. S. 344.
[39]) Schwertfeger: a. a. O. S. 196.
[40]) Schwertfeger: ebenda. S. 198f.

tung forderten. Am 17. Juni sprach mit Helfferich ein höherer Offizier der O. H. L., der ganz im Sinne der in der „Kreuzzeitung" und in der „Kölnischen Zeitung" erschienenen Artikel eine politische Ausnutzung unserer militärischen Erfolge verlangte: „Wir würden den Krieg nie beendigen, geschweige denn gewinnen können, wenn in dieesm unmöglichen Zustand nicht Wandel geschaffen werde." Für die Sicherung eines guten Friedens hielt er jedoch einen Personenwechsel für unumgänglich notwendig, da der Staatssekretär und die O. H. L. niemals mehr vertrauensvoll zusammenarbeiten könnten. Daran knüpfte er die Bitte, Helfferich möge das Auswärtige Amt übernehmen. Helfferich lehnte dieses Ansinnen ab, gab aber am folgenden Tage dem Reichskanzler von der Unterredung Kenntnis, „ohne in dem springenden Punkte, daß die O. H. L. selbst die Hoffnung auf eine rein militärische Beendigung des Krieges offenbar aufgegeben habe, und daß diese neue Lage alsbald eine auf den Grund der Dinge gehende Aussprache zwischen den beiden Faktoren erfordere, auf volles Verständnis zu stoßen"[41]). Zur nämlichen Zeit wurde dem Staatssekretär von einem Offizier der O. H. L. eine schriftliche Ausarbeitung gegeben, die die Aussichtslosigkeit einer rein militärischen Beendigung des Krieges darlegte und eine diplomatische Unterstützung forderte.

Nicht nur die Zeitungen sollten im Sinne einer Friedensoffensive arbeiten, auch der Staatssekretär wollte persönlich eine ähnlich lautende Erklärung abgeben. Am 24. Juni sprach Herr v. Kühlmann im Reichstag. Obwohl nicht vorbereitet — der Kanzler hatte ihn erst im letzten Augenblick beauftragt —, wollte er die Gelegenheit ausnützen. Nachdem er in längeren Ausführungen Deutschlands Verhältnis zu den Neutralen und Bundesgenossen besprochen und auch die Verhältnisse in den von den Deutschen besetzten Gebieten gestreift hatte, kam er auf die Länge des Krieges und den Sinn der deutschen Operationen zu sprechen. Hier galt es, General Smuts auf eine Rede in Glasgow[42]) zu antworten, in der dieser dargelegt hatte, daß eine vollständige Niederringung Deutschlands nicht im Sinne der Alliierten gelegen sei. Der Staatssekretär sah in diesen Worten bereits einen Vorschlag zu Verhandlungen und wollte die deutsche Öffentlichkeit in diesem Sinne vorbereiten;

---

[41]) Helfferich: a. a. O. III, 417.

[42]) Nowack: a. a. O. S. 167ff. und Anl. 3. S. 388ff.

zugleich dachte er wohl auch an die Denkschrift Haeftens und die wiederholten Versuche der O. H. L., dem Reichskanzler den Ernst unserer Lage vor Augen zu halten. Herr v. Kühlmann verflocht diese beiden Gedanken und wollte gewissermaßen zwei Fliegen auf einen Schlag treffen. Die Antwort an General Smuts lautete: „Solange jede Eröffnung von dem anderen als Friedensoffensive, als Falle, als falsche Unternehmung, um zwischen den Verbündeten Zwietracht zu säen, aufgefaßt wird, solange jeder Annäherungsversuch von den Gegnern einer Annäherung in den verschiedenen Ländern sofort aufs heftigste denunziert wird, solange ist nicht abzusehen, wie irgendwie ein Gedankenaustausch eingeleitet werden kann, der zum Frieden führt." Im Sinne Haeftens sprach er anschließend die Worte: „Ohne solchen Gedankenaustausch wird bei der ungeheueren Größe dieses Koalitionskrieges und bei der Zahl der in ihm begriffenen auch überseeischen Mächte durch rein militärische Entscheidung allein, ohne alle diplomatische Verhandlungen, ein absolutes Ende kaum erwartet werden können." Damit haben wir die Hauptsätze der Rede des Staatssekretärs herausgestellt; nun gilt es ihre Wirkung auf Reichstag und O. H. L. zu beobachten.

Zunächst erregte sich der Reichstag nicht allzu sehr, bis der Führer der Konservativen, Graf Westarp, die Rede des Staatssekretärs als Verrat brandmarkte, denn er habe dadurch das Vertrauen auf den Sieg untergraben und dies müsse den Geist der Truppen nachteilig beeinflussen. Bevor noch am andern Tage der Reichskanzler die Gemüter beruhigen konnte, traf bereits ein Telegramm der O. H. L. ein, in dem der Feldmarschall von dem niederschmetternden Eindruck sprach, den die Worte Herrn von Kühlmanns auf die Armee gemacht hätten[43]). In der Pressekonferenz ließ die O. H. L. erklären, sie sei „auf das peinlichste" durch die Worte des Staatssekretärs überrascht worden[44]). Der Reichskanzler, dem es ebenfalls unangenehm war, daß sein Staatssekretär Fragen von solcher Tragweite in unvorbereiteter Rede angeschnitten hatte, wollte Herrn v. Kühlmann am folgenden Tage noch einmal Gelegenheit geben, sich gegen die Vorwürfe der Konservativen zu verteidigen. Dessen Verteidigung war jedoch so unglücklich, daß

[43]) v. Hertling: a. a. O. S. 118.
[44]) Helfferich: a. a. O. III, 425ff.

er jetzt alle Parteien des Reichstages gegen sich hatte und ziemlich unmöglich geworden war. Noch während der Rede des Staatssekretärs in Berlin hatte Ludendorff kurz entschlossen dem Oberstleutnant v. Haeften jede Mitarbeit an der oben erwähnten Friedensoffensive untersagt[45]). Damit war dieser Plan erledigt und wurde auch von der Reichsregierung nicht mehr aufgegriffen.

In den folgenden Tagen reiste der Reichskanzler nach Spa in das Große Hauptquartier, um eine nähere Fühlungnahme mit der militärischen Leitung zu gewinnen. Sofort nach seiner Ankunft fand eine Unterredung zwischen Graf Hertling und der O. H. L. statt. Soweit es dem Kanzler möglich war, trat er für den Staatssekretär ein, mußte aber erklären, daß er persönlich die zweite Rede des Staatssekretärs ebenfalls nicht billigen könne. Der Feldmarschall erklärte kurz und bündig: Die Rede hat auf das Heer niederschmetternd gewirkt und die O. H. L. muß es daher ablehnen, mit diesem Staatssekretär weiterzuarbeiten[46]). Bei einer Besprechung des Kanzlers mit dem Kaiser erklärte dieser ebenfalls, daß von einem Zusammenarbeiten zwischen O. H. L. und Staatssekretär nicht mehr die Rede sein könne; Herr v. Kühlmann solle aber wegen verschiedener Friedensfäden, die er im Haag angeknüpft habe, erst Herbst um seine Entlassung eingeben. Am 6. Juli traf ein Brief des Vizekanzlers an den Grafen Hertling in Spa ein mit der Erklärung, er halte den Rücktritt Herrn v. Kühlmanns für unvermeidlich, wenn nicht durch ein Machtwort des Kaisers ein erträgliches Zusammenarbeiten mit der Heeresleitung zustandekommen würde. Es sei aber zu bedenken, daß nach seiner Meinung ein nach jeder Richtung genügender Staatssekretär zur Zeit nicht zu finden sei[47]). Diesen Brief legte der Kanzler am folgenden Tage dem Kaiser vor und es gelang ihm, die bestimmte Versicherung zu erhalten, die Verabschiedung des Staatssekretärs sei vorläufig nicht akut geworden. An demselben Tage war Herr v. Kühlmann in Spa eingetroffen, ohne von dem Ernst der Lage Kenntnis zu haben. Abends erschien dann plötzlich Oberst v. Winterfeldt beim Reichskanzler mit der Mitteilung, der Kaiser habe seinen Entschluß geändert und werde die Verabschiedung durchführen[48]).

[45]) Schwertfeger: a. a. O. II, 203.
[46]) v. Hertling: a. a. O. S. 125.
[47]) Ebenda. S. 128. Vgl. v. Payer: a. a. O. S. 69.
[48]) Ebenda. S. 129.

Am 8. Juli hielt Herr v. Kühlmann seinen letzten Vortrag beim Kaiser und kam hierbei um seine Entlassung ein, die sofort angenommen wurde. Über den ganzen Verlauf dieser Angelegenheit gibt uns ein Brief des Reichskanzlers an seinen Stellvertreter, Herrn v. Payer, genau Aufschluß, in dem es heißt: „.... Ich habe den ruhigen Herrn v. Hindenburg noch nie so abweisend gefunden. Am andern Tag war ich zwei Stunden bei S. M., die sich zwar persönlich nicht ungnädig gegen Kühlmann zeigte, es aber für ausgeschlossen erklärte, daß etwa auf ihren Befehl hin ein vertrauensvolles Zusammenarbeiten möglich sei. Eine Kraftprobe zu machen, hatte unter diesen Umständen keinen Zweck. Die Entlassung der Heerführer zu verlangen, auf die Heimat und Heer mit unbedingtem Vertrauen blickten, wäre frevelhaft gewesen und hätte selbstverständlich auch keinerlei Erfolg gehabt. Und was hätte es geholfen, wenn ich nun meinerseits gegangen wäre? Wäre der Kaiser hierauf eingegangen, so wäre die einzig richtige Konsequenz die Militärdiktatur gewesen, die wir doch auch nicht wünschen können und solange als möglich fernhalten müssen“[49]).

Ziehen wir das Fazit aus diesen Vorgängen, dann sehen wir, daß trotz aller Proteste und trotz des Sieges, den die Reichsleitung im Januar errungen hat, die Initiative des Handelns nach wie vor bei der O. H. L. liegt und diese sogar diktatorisch auftritt. Charakteristisch für die Vorgänge während der Kühlmann-Krisis sind die Worte des Abgeordneten Haußmann, die dieser in richtiger Voraussicht des Kommenden bereits am 25. Juni gesprochen hat: „..... Kühlmann wollte führen, aber in etwas anderer Art als die Denkschrift der Obersten Heeresleitung. Diese Abweichung wird dieser die Möglichkeit geben, sich von Kühlmann stimmungsmäßig loszusagen und er wird Prügelknabe sein“[50]).

---

[49]) v. Hertling: a. a. O. S. 131ff.
[50]) Haußmann: a. a. O. S. 208.

V. KAPITEL

DIE FRAGE DES WAFFENSTILLSTANDES UND DER STURZ LUDENDORFFS

Staatssekretär v. Kühlmann mußte seinen Abschied nehmen, weil seine Politik der Siegeszuversicht der O. H. L. im Wege stand. So war es also die wichtigste Aufgabe seines Nachfolgers möglichst schnell ein harmonisches Zusammenarbeiten zwischen O. H. L. und Staatssekretär wiederherzustellen. Der neue Staatssekretär, Admiral v. Hintze, begab sich zur Regelung der schwebenden Fragen in das große Hauptquartier. Ludendorff bejahte seine unbedingte Siegeszuversicht und gab der Hoffnung Ausdruck, durch die neue Offensive bei Reims eine endgültige Entscheidung herbeizuführen. Beruhigt fuhr der Staatssekretär nach Berlin zurück. Das Schicksal schien ihn zum Verkünder eines siegreichen Friedens ausersehen zu haben. — Acht Tage später: Die Offensive bei Reims ist abgeschlagen, eine Katastrophe für das deutsche Heer gerade noch abgewandt. Das deutsche Heer, vier Jahre siegreich, war zum erstenmal „im Angriff gescheitert“[1]). Die Initiative des Krieges war an den Feind übergegangen und Ludendorff gesteht in seinen Kriegserinnerungen: „daß die Schwungkraft des Heeres nicht ausgereicht habe, den Feind entscheidend zu treffen, bevor der Amerikaner mit bedeutenden Kräften zur Stelle war. Ich war mir klar bewußt, daß dadurch unserer Gesamtlage sehr ernst geworden war“[2]). Trotzdem gewann man bei der O. H. L. die Siegeszuversicht bald wieder und sah noch keinen Grund, die nach Ansicht der O. H. L. ohnehin pessimistisch gesinnten Männer der politischen Leitung zu beunruhigen. Als aber am 20. Juli Major Niemann in einer Denkschrift „Zur politischen Lage“[3]) die Worte aussprach:

[1]) Hindenburg: a. a. O. S. 339.
[2]) Ludendorff: Kriegserinnerungen. S. 545.
[3]) Schwertfeger: a. a. O. II, 215ff.

„Ich glaube an die Überlegenheit unserer Waffen wie an ein Evangelium, ich glaube aber nicht, daß wir mit Waffengewalt zum Diktieren eines Friedens kommen werden. Unsere militärische Kraft kulminiert, sie läßt sich nicht mehr steigern weder zu Land noch zu Wasser. Dauert der Krieg weiter, dann müssen wir den absteigenden Ast der Kurve betreten. Die intellektuelle und moralische Überlegenheit der Führung kann auf die Dauer die schwindenden Volkskräfte und den steigenden Rohstoffmangel nicht ersetzen", hat die O. H. L., der der Verfasser seine Denkschrift vorlegte, in handschriftlichen Bemerkungen ihre Übereinstimmung mit der Ansicht Niemanns kundgegeben. Auch Oberst Bauer, die rechte Hand Ludendorffs, der von allen Persönlichkeiten der O. H. L. am meisten für große Annexionen eintrat, hat in seinem Gutachten zu den Vorschlägen Major Niemanns den Satz geprägt: „Unsere militärische Lage wird sich im ferneren Verlauf des Feldzuges nicht wesentlich bessern. Daraus müssen wir die politischen Folgerungen ziehen"[4]). Ein weiterer Beweis für die Zustimmung der O. H. L. zu den Gedankengängen Niemanns ist seine bald darauf erfolgte Berufung als Generalstabsoffizier beim Kaiser.

Noch einmal flackerte die Hoffnung bei Ludendorff auf. Seine stolze Natur konnte es nicht glauben, daß Deutschland ein „vae victis" zugerufen werden könnte. Anfang August glaubte er sogar von der Verteidigung wieder zum Angriff übergehen zu können. Doch Oberst Bauer und Major Niemann traten nach wie vor für baldigen Friedensschluß ein[5]). Dann kam der 8. August 1918 — der Unglückstag des deutschen Heeres. Mit starken Tankgeschwadern waren Engländer und Franzosen gegen die deutsche Stellung bei Albert und Moreuil angerannt, hatten sie durchbrochen und nur mit knapper Not war im letzten Augenblick ein Aufrollen der Front abgewendet worden. In einer Tiefe von 18 km hatten die Ententetruppen die deutsche Front durchstoßen[6]). Deutschland, das vier Jahre lang dem Ansturm der Feinde standgehalten und Sieg auf Sieg errungen hatte, war es vom Schicksal nicht vergönnt, siegreich den Krieg zu beendigen. „... Der 8. August stellte den Niedergang unserer Kampfkraft fest und nahm mir bei solcher

[4]) Schwertfeger: Ebenda. S. 218.
[5]) Schwertfeger: Ebenda. S. 221.
[6]) Stegemann: Geschichte des Krieges. IV, 602ff.

Ersatzlage die Hoffnung, eine strategische Aushilfe zu finden, welche die Lage wieder zu unseren Gunsten festigte ... Das Schicksal des deutschen Volkes war mir für ein Glücksspiel zu hoch. Der Krieg war zu beendigen"[7]). Diese Worte Ludendorffs zeigen den ganzen Ernst der Lage. Sofort hält die O. H. L. dem Kaiser Vortrag und der Monarch zieht das Fazit aus der Lage Deutschlands mit den Worten: „Wir sind an der Grenze unserer Leistungsfähigkeit. Der Krieg muß beendet werden. Ich erwarte die Herren also in den nächsetn Tagen in Spa"[8]). Dort sollte also die Entscheidung über Deutschlands Zukunft fallen. Reichsleitung und Oberste Heeresleitung kommen zusammen. Ehrgeiz des Feldherrn und Ehrgeiz des Politikers, beide mußten nunmehr zurückgestellt werden in der Sorge für Deutschland, denn jetzt galt es zu handeln nach den Worten des Generals Clausewitz: „Es ist überhaupt nichts so wichtig im Leben, als genau den Standpunkt zu ermitteln, aus welchem die Dinge aufgefaßt und beurteilt werden müssen und an diesem festzuhalten. Denn nur von einem Standpunkt aus können wir die Masse der Erscheinungen in ihrer Einheit auffassen und nur die Einheit des Standpunktes kann uns vor Widersprüchen sichern"[9]).

Am 13. und 14. August fanden in Spa die entscheidenden Besprechungen statt. Wichtiger als der Kronrat, in dem die „ungeschminkte Bilanz" des Krieges gezogen werden sollte, sind die Vorbesprechungen zwischen O. H. L. und Reichsleitung. Vor der eigentlichen Besprechung zu vieren hatte Ludendorff mit Staatssekretär v. Hintze ein Zwiegespräch und erklärte: „Mitte Juli habe ich Ihnen gesagt, ich wäre sicher, mit der gegenwärtigen Offensive den Kriegswillen des Feindes zu brechen und ihn zum Frieden zu nötigen: diese Sicherheit habe ich nicht mehr"[10]). Eine Weiterführung des Krieges dachte sich Ludendorff nunmehr auf dem Wege der strategischen Defensive und erklärte auch in der folgenden Besprechung, daß durch gelegentliche Offensivvorstöße der Kriegswillen des Feindes gebrochen werden könne. Der Kanzler war durch diese Eröffnungen der O. H. L. keineswegs erregt, während Staatssekretär v. Hintze durch die ihm allein gemachte Mitteilung mit Recht Deutschlands Lage als äußerst schlimm bezeich-

[7]) Ludendorff: Kriegserinnerungen. S. 551.
[8]) Niemann: Kaiser und Revolution. S. 45.
[9]) Clausewitz: a. a. O. S. 642.
[10]) Schwertfeger: a. a. O. II, S. 388.

nete. Einen großen Teil in diesen Vorbesprechungen bildeten sodann die Klagen der O. H. L. über die schlechte Stimmung in der Heimat und die immer geringer werdende Regierungsautorität. Ferner wurden noch die Belgische und Polnische Frage besprochen und in beiden zeigte sich Ludendorff nach wie vor als Vertreter des Annexionsgedankens. Nach der Sitzung erklärte der Staatssekretär dem Reichskanzler, er sehe Deutschlands Lage bedeutend schlimmer als die O. H. L. und werde im morgigen Kronrat um die Ermächtigung zu geeigneten Friedensschritten nachsuchen. Am folgenden Tag, dem 14. August, legte Hintze diese Anschauung abermals dem Kanzler dar mit der entschiedenen Erklärung, er werde um seine Entlassung einkommen, wenn ihm jene oben angedeuteten Forderungen nicht bewilligt würden. Dann begann vormittags zehn Uhr der Kronrat, dem neben dem Kaiser, der O. H. L. und Reichsleitung auch der Generaladjudant von Plessen und die Chefs des Zivil- und Militärkabinetts von Berg und von Marschall beiwohnten. Aus dem Protokoll zu diesem Kronrat möchte ich nur jene Stellen anführen, die Deutschlands damalige Lage darstellen. Nachdem der Reichskanzler und Ludendorff kurz gesprochen hatten, schilderte der Staatssekretär die Lage mit folgenden Worten: „Der Chef des Generalstabes des Feldheeres hat die kriegerische Situation dahin definiert, daß wir den Kriegswillen unserer Feinde nicht mehr zu brechen hoffen dürfen, und daß unsere Kriegsführung sich als Ziel setzen muß, durch eine strategische Defensive den Kriegswillen des Feindes mählich zu lähmen. Die politische Leitung beugte sich vor diesem Ausspruch der größten Feldherren, die dieser Krieg hervorgebracht hatte, und zieht daraus die politische Konsequenz, daß militärisch wir außer Stande sein würden, den Kriegswillen des Gegners zu brechen und daß wir daher gezwungen seien, dieser Kriegslage hinfort in der Führung der Politik Rechnung zu tragen“[11]). Der Kronprinz erklärte seine volle Übereinstimmung mit der Darlegung des Staatssekretärs und fordert, wie General Ludendorff, strengere Zucht in der inneren Front. Der Kaiser spricht über den Fall Lichnowsky und erklärt zum Schluß seiner Ausführungen, der König von Spanien und die Königin der Niederlande seien „geeignete Media“ zur Anbahnung von Friedensschritten. Bezüglich der Friedensschritte glaubt der

[11]) Urkunden, amtliche: S. 4ff.

Reichskanzler, daß nach dem nächsten Erfolg im Westen die Fäden zur Verständigung angesponnen werden sollten. Am Schluß des Kriegsrates gibt Generalfeldmarschall v. Hindenburg der Hoffnung Ausdruck, „daß es dennoch gelingen werde, auf französischem Boden stehenzubleiben und dadurch schließlich den Feinden unseren Willen aufzuzwingen“[12]).

Bei einem Rückblick über diesen Kronrat treten uns drei äußerst wichtige Momente entgegen: der Grundgedanke, die „ungeschminkte Bilanz“ des Krieges zu ziehen, scheint nicht durchgeführt, da man erst ein günstiges Moment zur Friedensanbahnung abwarten wollte. Bezeichnend jedoch ist, daß Ludendorff nicht mehr das Wort ergriffen hat, dafür aber Hindenburgs Worte im Protokoll veränderte. Wenn der Staatssekretär des Äußeren vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß[13]) aussagte, die O. H. L. habe seiner Auffassung, daß wir miliärisch einer Niederlage entgegengingen, widersprochen, so erscheint uns dies Urteil ungerecht. Unserer Ansicht nach konnten die Darlegungen Hindenburgs, auch in ihrer durch Ludendorff veränderten Form, keineswegs als Widerspruch der O. H. L. aufgefaßt werden. Im Gegenteil! Wir finden es höchst bemerkenswert, daß Ludendorff, die Verkörperung des Siegwillens, nicht den pessimistischen Äußerungen des Staatssekretärs mit dem ihm sonst eigenen Elan entgegengetreten ist, ja im ganzen Verlauf des Kriegsrates nicht einmal mehr das Wort ergriffen hat. In dieser Meinung werden wir noch durch die Äußerungen des Vizekanzlers Helfferich, des Oberstleutnants v. Haeften und des Oberst v. Mertz bestärkt[14]). Helfferich berichtet: „Ich hatte in Spa am 15. August mit dem Feldmarschall von Hindenburg und im Anschluß daran eine lange Unterredung mit dem General Ludendorff. Dieser machte mir die bezeichnende Bemerkung: Es war am 8. August, wie wenn alles sich gegen uns verschworen hätte. Wir haben alles getan, was wir können, damit so etwas sich nicht so leicht wiederholen kann. Aber was einmal

[12]) Diesen ursprünglichen Wortlaut des Protokolls hat Ludendorff geändert, indem er die Worte setzte: „Generalfeldmarschall v. Hindenburg führt aus, daß es gelingen werde.....“. Vgl. Urkunden, amtliche: S. 5. Anm.

[13]) v. Hintze: Darlegungen vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß. Abgedr. bei Schwertfeger: a. a. O. II, Anl. 15. S. 398ff.

[14]) Helfferich: a. a. O. III, 499ff. und Schwertfeger: a. a. O. II, Anl. 12, S. 369ff.

möglich war, wer sagt mir, daß das nicht auch ein zweitesmal passieren kann." Helfferich fügt hinzu, daß nach seiner Kenntnis der Art Ludendorffs die militärische Lage außerordentlich ernst gewesen sein müsse und daß er diesen Eindruck auch sofort dem Reichskanzler übermittelt habe. Graf Hertling habe jedoch seine Auffassung für übertrieben gehalten.

Oberstleutnant v. Haeften schreibt in seinem dienstlichen Bericht über die damamligen Anschauungen der O. H. L. und ihre Berichterstattung: „... Auf eine Frage des Feldmarschalls, was dem Reichskanzler und dem Staatssekretär über die militärische Lage zu eröffnen sei, antwortete General Ludendorff: Wir müssen ihnen vollkommen klaren Wein über die militärische Lage einschenken und diese ihnen so ernst darstellen, wie sie tatsächlich ist, damit beide genau unterrichtet sind und hieraus die notwendigen politischen Folgerungen ziehen können." Ähnlich berichtet auch Oberst v. Mertz, daß ihm Ludendorff, als er sich am 13. August zum Urlaub abgemeldet habe, die Mitteilung machte, „daß er über die jetzige Frontlage der O. H. L. vollen und rückhaltlosen Aufschluß gegeben habe."

Und nun zum Kern der ganzen Angelegenheit. Hat die O. H. L. wirklich nicht mit genügender Offenheit die militärische Lage dargelegt, oder hat die Reichsleitung wirklich zur Abwendung der Katastrophe nicht alle nötigen Mittel angewandt? Die Vertreter der beiden obersten Gewalten haben voll ihre Pflicht getan, sie haben jedoch auch einen schweren Fehler begangen. Ludendorff hat in jenem obenerwähnten Zwiegespräch den Staatssekretär über die politische Lage reinen Wein eingeschenkt, und der Staatssekretär war nach seinen eigenen Worten von dieser Tatsache niedergeschmettert. Nun machte aber Ludendorff den schweren Fehler, das Protokoll des Kronrates zu verändern. Dies unternahm er in der Überlegung, daß bei der ständigen Angst des Auswärtigen Amtes der ursprüngliche Text des Protokolls eine Katastrophe auslösen könne[15]). Ludendorff glaubte also durch sein Zwiegespräch mit dem Staatssekretär am 13. August und sein Schweigen zu dessen pessimistischen Darlegungen im Kriegsrat, seine Ansicht über die Lage genügend kundgetan zu haben. Staatssekretär Hintze hatte wiederholt vor dem Kriegsrat dem Kanzler unsere hoffnungsarme Lage dargelegt, doch war ihm durch die Veränderung des Proto-

[15]) Schwertfeger: a. a. O. II, 249.

kolls ein Druckmittel aus der Hand genommen, da „der Kanzler", wie sein Sohn sagt, „zwar die Weiterführung des Krieges für zwecklos halten mußte, es aber für unerläßlich ansah, das Abflauen und endliche Stillstehen der feindlichen Offensive abzuwarten"[16]). Hintze hätte also nicht in die Änderung des Protokolls einstimmen, vielmehr bei dem Kaiser auf eine neuerliche Einberufung des Kriegsrates unter Androhung seines Rücktritts drängen sollen, um dort die Frage nach der sofortigen Beendigung des Krieges zu stellen. Oder — und das wäre besser gewesen — er hätte während des Kriegsrates an die O. H. L. die Anfrage stellen sollen, ob Deutschland nach der jetzigen militärischen Lage sofort die Entente um Frieden ersuchen müsse oder ob dazu nach Abflauen der jetzigen feindlichen Angriffe noch genügend Zeit sei? Jedenfalls hätte aber ihm und dem Reichskanzler auffallen müssen, daß Ludendorff des Staatssekretärs Auslegungen über die außenpolitische Lage ohne Widerspruch hingenommen hat. Die Übergehung dieser entscheidenden Frage durch den Staatssekretär kann man nur daraus erklären, daß er als der erste Staatssekretär, der der O. H. L. genehm war, den Glauben hegte, diese werde ihn noch tiefer in die militärische Lage einweihen. Anderseits glaubte Ludendorff, der das Mißtrauen der vorhergehenden Staatssekretäre kennengelernt hatte, seine Äußerungen genügten, um die langsam arbeitende Maschinerie des Auswärtigen Amtes in schnelleren Gang zu bringen. So sind die Vertreter der obersten Gewalten, trotz besten Willens, nicht zur endgültigen Klarheit über den günstigsten Zeitpunkt zum Beginn von Friedensverhandlungen gelangt, weil Ludendorff zu schweigsam, Herr v. Hintze aber entgegen der sonstigen Gewohnheit der Staatssekretäre zu vertrauensvoll gewesen ist.

Am nämlichen Tage traf auch Kaiser Karl v. Österreich mit Graf Burian und Generaloberst v. Arz in Spa ein. Der Zweck ihres Besuches war, den Bundesgenossen nahezulegen, daß Österreich nur noch bis zum Beginn des Winters aushalten könne. Graf Burian trug bereits den Entwurf eines Friedensrufes „An Alle" bei sich. Dem Generalquartiermeister gelang es, den österreichischen Feldherrn von einer geplanten Offensive in Italien abzubringen, und die Zusicherung für eine Vermehrung der k. u. k. Truppen auf dem westlichen Kriegsschauplatz zu erlangen. Im übrigen konnte Luden-

[16]) v. Hertling: a. a. O. S. 149.

dorff auf die Österreicher beruhigend wirken und zeigte sich auch jetzt, wie Nowack sagt, als durchaus „starke Natur“[17]). Leider hat man die pessimistischen Äußerungen Österreichs trotz der veränderten Kriegslage nicht hoch genug gewertet; Ministerialdirektor Deutelmoser schreibt in einer Denkschrift vom 19. August 1918: „Österreichische Seufzer nimmt man nicht ernster als markierte weibliche Ohnmachtsfälle. Deutsche Klagen dagegen werden noch über pari gewertet“[18]). Österreichs Friedensangebot im September 1918 hat dann allerdings sehr überraschend den wahren Ernst der Lage dargelegt.

Und nun beginnt jene Zeit in der deutschen Geschichte, die Otto v. Moser mit folgenden Worten charakterisiert: „Die Träger der deutschen obersten Gewalten hoffen und harren vielmehr, anstatt den Fehler von Spa doch noch zu erkennen und sich den von allen Seiten drohenden Übeln mit neuen Entschlüssen in gemeinsamer Arbeit hemmend und helfend entgegenzustemmen, örtlich und seelisch voneinander getrennt, fast tatenlos auf Unerfüllbares: der Reichskanzler auf die unmögliche Wendung der deutschen militärischen Lage zum Besseren, der Heerführer auf die ebenso unmögliche der Hintzeschen diplomatischen Friedensschritte bei neutralen Mächten“[19]). Staatssekretär von Hintze hatte in dieser Zeit die schwersten Aufgaben zu erfüllen. Er mußte nicht nur Friedensfäden anspinnen, sondern zu gleicher Zeit in Berlin und Wien beruhigend wirken und in Spa den Tatendrang des Generals Ludendorff zügeln.

Draußen im Westen stürmen die feindlichen Truppen der Amerikaner gegen die deutsche Front. Die Front steht: aber sie ist dünn und der Verstrickungskampf, in dem sie Ludendorff hält, zehrt furchtbar an ihren erschöpften Kräften. Tag und Nacht fürchtet Ludendorff den Durchbruch des Feindes, fürchtet, daß die Katastrophe eintritt. Doch die Westfront bricht nicht. Die Katastrophe trat dort ein, wo man sie nicht erwartet hatte, auf dem mazedonischen Kriegsschauplatz. Am 14. September hatte Österreich sein nutzloses Friedensangebot ergehen lassen und am 15. begann als Antwort darauf der große Angriff der Alliierten in Mazedonien.

[17]) Nowack: a. a. O. S. 186.

[18]) Schwertfeger: a. a. O. II, Anl. 8, S. 356ff. Vgl. auch v. Stein: Erlebnisse im Weltkrieg. S. 168.

[19]) v. Moser: a. a. O. S. 262.

Hier brach die Front, weniger durch Ungestüm des Feindes, als durch die vorhergegangene Hetzpropaganda. Was half die Tapferkeit der wenigen deutschen Bataillone? — Sie wurden in den wilden Rückzug der Bulgaren hineingerissen. Bereits am 20. war die Einbruchstelle 40 km breit und ebenso tief. Aus einem Loch in der Front wurden vier und am 29. September hat Bulgarien Waffenstillstand geschlossen. Nicht nur Bulgarien war damit aus der Reihe unserer Bundesgenossen ausgeschieden, sondern auch die Türkei, die sich jetzt gänzlich von allem Nachschub abgeschnitten sah, mußte dem Beispiel Bulgariens folgen[20]). So blieb nur noch Österreich-Ungarn, und auch das hat bereits durch sein Friedensangebot seine Schwäche geoffenbart. Wie leicht konnten nunmehr die Alliierten von Südosten her Österreich überrennen und gegen die Grenzen des deutschen Reiches Sturm laufen!

Die O. H. L. erkannte Deutschlands furchtbare Lage, erkannte, daß der Krieg verloren und das Schicksal gegen Deutschland entschieden hatte. Was dies Eingeständnis unserer Niederlage für Ludendorff bedeutete, das schildert Stegemann mit den Worten: „Da verlor der gewaltige Willensmensch wohl einen Augenblick die Fassung. Vier Jahre waren vergangen seit er im Befehlen sprach und in Entscheidungen dachte, zwei Jahre, seit er die Last der Verantwortung für die große Kriegsführung trug und zugleich die Politik seines Landes zu meistern suchte, jetzt blieb ihm nichts als die Erkenntnis, daß der Krieg nicht nur verloren war, sondern auch eine Katastrophe im Volke drohte[21]). Am 28. September nachmittags begab sich Ludendorff zum Generalfeldmarschall und legte die Notwendigkeit zu einem Friedens- und Waffenstillstandsangebot dar. Wieder — wie so oft in diesem Kriege — zeigte es sich, daß die Gedanken dieser Männer eins geworden waren. Auf der Basis „Räumung des besetzten Gebietes im Westen" hofften sie von den Feinden Frieden und Waffenstillstand zu erreichen. An eine Preisgabe der Ostgebiete dachte die O. H. L. nicht. Ludendorff schildert uns das Ende dieser Besprechung mit Worten, die jedem Menschen einen tiefen Blick in den Charakter dieser beiden Männer tun lassen: „Der Generalfeldmarschall und ich trennten uns mit festem Händedruck wie Männer, die Liebes zu Grabe getragen

[20]) Stegemann: a. a. O. IV, 619ff.
[21]) Stegemann: a. a. O. S. 635.

haben, und die nicht nur in guten, sondern auch in den schwersten Stunden des menschlichen Lebens zusammenstehen wollen. Unsere Namen waren mit den größten Siegen des Weltkrieges verknüpft. Jetzt waren wir uns in der Auffassung einig, unsere Namen für diesen Schritt herzugeben, den zu vermeiden wir alles Erdenkliche getan hatten“[22]).

Die Erkenntnis, daß alle Kraftanstrengungen umsonst gewesen, brachte natürlich auch die Parteien in große Erregung. Das schon lange schwelende Feuer der Unzufriedenheit schlug nunmehr in lodernden Flammen empor. Statt sich in echter Vaterlandsliebe zusammenzuschließen, um den Feinden ein Bild vom Einheitswillen des deutschen Volkes zu geben, nützten die Parteien die bedrängte Lage der Regierung aus und suchten nur für sich Vorteile zu erringen. Durchführung des Allgemeinen Wahlrechts und Erleichterung der Zensur und Belagerungsmaßnahmen harrten immer noch ihrer Lösung. Als am 24. September Graf Hertling in einer Sitzung des Hauptausschusses des Reichstages zu der außenpolitischen Lage Stellung nahm, fand er bei den Parteien, deren ganze Kraft sich jetzt auf die Innenpolitik konzentrierte, kein Interesse. Die Sozialdemokraten forderten die sofortige Erledigung der obenangeführten Punkte, das unbedingte Bekenntnis der Regierung zur Friedensresolution und verlangten energisch „die Berufung von Personen, die der Politik der Parlamentsmehrheit entsprächen“, in die Regierung. Damit hatten sie dem Kabinett Hertling den Fehdehandschuh hingeworfen, da Hertling jede Art Parlamentarisierung ablehnte. Auch die Vertreter der anderen Mehrheitsparteien erklärten sich identisch mit den Forderungen der Sozialdemokratie. Aus allen Reden hörte man die Unzufriedenheit mit der bisherigen Handhabung der Politik. Bald wurde deutlich, daß eine Kanzlerkrisis heraufzog. Der streng konservativ eingestellte Reichskanzler wollte eine derartige Umstellung nicht mitmachen und erklärte in diesem Fall seine Demission einzureichen. Dagegen war der Staatssekretär ganz anders eingestellt. Herr von Hintze, dessen Pessimismus durch ein Telegramm des Freiherrn v. Lersner, des Vertreters des Auswärtigen Amtes bei der O. H. L., noch bestärkt wurde, vertrat die Ansicht, „daß ein neues großes Aufraffen der gesamten Nation geschehen müsse, sollte sie die Drohung der

[22]) Ludendorff: Kriegserinnerungen. S. 583.

schweren Stunde überstehen", und hielt dazu „die Heranziehung jedes einzelnen für nötig, um den Krieg wahr und wahrhaftig zum Volkskrieg zu machen"[23]). Gemäß seiner Einstellung hat der Staatssekretär kurz vor seiner Abreise nach Spa mit dem Auswärtigen Amt als Basis für allenfalls nötige Friedensschritte folgende Vereinbarungen festgelegt: „Wichtigste Voraussetzung für die Einleitung des Friedens ist die sofortige Bildung einer neuen Regierung auf breiter nationaler Basis, auf freier Initiative Seiner Majestät des Kaisers. Hierzu wäre erwünscht, daß möglichst schon morgen Abend ein Telegramm in Berlin eintrifft, das die Annahme der von Graf Hertling erbetenen Demission mitteilt, und den Vizekanzler, Herrn v. Payer, beauftragt, dem Kaiser sofort wegen der Person des neuen Kanzlers und der Zusammensetzung der neuen Regierung Vorschläge zu machen. Das neue Kabinett soll die Kraft des Volkes auf breitester nationaler Grundlage zusammenfassen und der Verteidigung des Vaterlandes nutzbar machen. Um die Erreichung dieses Zieles zu sichern, soll der Vizekanzler auf ausdrücklichen Wunsch des Kaisers das Präsidium des Reichstages und die Parteiführer hören und im engsten Einvernehmen mit der Volksvertretung seine Vorschläge ausarbeiten"[24]). Um endlich über die Lage an der Front Klarheit zu gewinnen, reiste der Staatssekretär mit Genehmigung des Kanzlers am 28. September in das Große Hauptquartier. Am nämlichen Tage erschien Oberst v. Winterfeldt beim Kanzler mit der Meldung, die O. H. L. wünsche eine Umbildung der Regierung oder einen Ausbau derselben auf breiterer nationaler Basis. Der Kanzler, der von diesem plötzlichen Wechsel in der Gesinnung der O. H. L. vollkommen überrascht wurde, entschloß sich nun ebenfalls nach Spa zu fahren[25]). So sollten also am 29. September 1918 in Spa des Schicksals Würfel fallen.

Vormittags 10 Uhr fand in Spa die entscheidende Besprechung zwischen Hindenburg, Ludendorff, Oberst Heye und Staatssekretär v. Hintze statt. Ausgehend von der schlechten Lage unserer Verbündeten schildert der Staatssekretär den Stand unserer Friedensdemarche in Holland und streift dann die Notlage im Innern. Er berichtet wörtlich: „General Ludendorff legte die militärische Lage

[23]) v. Hintze: a. a. O. S. 399.
[24]) Urkunden, amtliche: S. 47.
[25]) v. Hertling: a. a. O. S. 176.

dar; er ließ die Darlegung in der Erklärung gipfeln: Die Lage der Armee bedinge sofortigen Waffenstillstand, um einer Katastrophe vorzubeugen"[26]). Als Ausweg aus dieser Lage schlug der Staatssekretär vor: Diktatur oder Revolution von oben. Zur Einleitung des sofortigen Waffenstillstandes wollte man Präsident Wilson ersuchen, nach dessen Grundsätzen der Friede geschlossen werden sollte. General Ludendorff lehnte die Einführung einer Diktatur sofort ab, da ein Sieg vollkommen ausgeschlossen sei. Dagegen billigten Hindenburg und er die „Revolution von oben", da diese mit den Gedankengängen, wie sie Oberst v. Winterfeldt dem Reichskanzler vorgetragen hatte, in vollkommenem Einklang stand. Auch mit der Hinzuziehung Wilsons waren die beiden Feldherrn einverstanden, wobei Hindenburg der Hoffnung Ausdruck gab, wenigstens die Annexion von Longwy-Briey durchsetzen zu können, während Ludendorff die gegenteilige Meinung vertrat. Wie sich der Staatssekretär die „Revolution von oben" dachte, geht aus seinem in Spa gemachten Ausführungen hervor: „Von oben durch die Initiative des Monarchen in Szene gesetzt, sollte sie einen Übergang bilden, die Umstellung von Sieg auf Niederlage tragbar zu machen durch Heranziehung möglichst vieler Interessierter zur Mitwirkung an der Regierung; das sollte ihre palliative Wirkung sein"[27]). Hauptgrund für diesen Vorschlag war, im Innern eine derartige Stimmung zu erzeugen, daß das Ausland den Eindruck bekomme, das deutsche Volk werde, in sich geschlossen, bis zum letzten Mann für sein Land kämpfen. Danach begaben sich die Feldherrn und der Staats-

[26]) v. Hintze: a. a. O. S. 400.

[27]) v. Hintze: a. a. O. S. 406. Zwischen den Darstellungen Ludendorffs und des Staatssekretärs bestehen über die Besprechungen vom 29. September große Differenzen. Ludendorff will nicht von einer Katastrophe gesprochen haben und behauptet in seinen Kriegserinnerungen (S. 583ff.) gegen die Umgestaltung des Regierungssystems Einwände erhoben zu haben. Dagegen stellt v. Hintze in seinen Darlegungen vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß (vgl. Anm. 13, S. 103) fest, daß Hindenburg und Ludendorff seinen Vorschlägen zugestimmt hätten, mit der Maßgabe, sofort einen Waffenstillstand herbeizuführen. Vgl. dazu die Äußerung des Generals v. Bartenwerffer in dem Buch von Niemann: Kaiser und Revolution: „Unsere Lage verträgt kein längeres Hinhalten. Der Feldmarschall und General Ludendorff sind unabhängig voneinander zur Überzeugung gekommen, daß keine Stunde mehr verloren werden darf". Da Niemann und Schwertfeger, beide Offiziere, als Quelle die Darlegung v. Hintzes benützen, so habe ich mich in dieser Arbeit ebenfalls an dessen Schilderung gehalten.

sekretär zum Kaiser, wo Herr v. Hintze in ähnlichen Ausführungen sein Programm entwickelte. Der Kaiser hörte äußerst ruhig zu und gab seine Einwilligung zur Durchführung der „Revolution von oben"; ein Abschiedsgesuch des Staatssekretärs, das dieser mit seiner „reaktionären" Gesinnung begründete, lehnte er ab. Inzwischen war auch der Kanzler in Spa erschienen und der Staatssekretär machte ihm von den bisherigen Vorgängen sofort Mitteilung. Graf Hertling war aufs tiefste betroffen und äußerte zu seinem Sohn: „Das ist ja ganz furchtbar, die O. H. L. verlangt, daß, sobald als irgend möglich, ein Friedensangebot bei der Entente gemacht werde"[28]). Bald darauf begab sich der Kaiser zu einer Sonderbesprechung mit dem Reichsschatzsekretär und dem Kabinettschef in das Arbeitszimmer des Kanzlers. Nach längeren Beratungen wurde auch Staatssekretär Hintze beigezogen, der den Eindruck hatte, daß der Kaiser nichts übereilen wollte. Deshalb erinnerte er den Monarchen an das Verlangen der O. H. L. nach sofortigem Waffenstillstand. Nunmehr unterzeichnete der Kaiser den Erlaß, der der Öffentlichkeit die Einführung des parlamentarischen Systems kundgab[29]). Dem Reichskanzler, der diesen Schritt zur Einführung des Parlamentarismus nicht mitmachen wollte, wurde der erbetene Abschied gewährt.

So war Deutschland nicht nur militärisch erledigt, sondern die Monarchie hat mit diesem Erlaß selbst den Weg zu ihrem Sturze freigemacht. Diese Gabe der Krone, die man vor einem Jahr noch mit großer Freude entgegengenommen, die vielleicht Herrscher und Volk wieder zusammengeführt hätte, galt jetzt dem Volke nicht mehr als eine Geste. Eine Geste, die der Herrscher machte, um den Thron zu retten. Hatte vor einem Jahr die O. H. L. durch ihr Eingreifen bei dem Sturze Bethmann-Hollwegs unbewußt einen Stein aus dem festen Fundament der Monarchie gerissen, so hat jetzt die Reichsleitung durch ihre Vorschläge ebenso unbewußt die Hand zum Sturz der Monarchie geboten.

Sofort nach Beschluß des Waffenstillstandsangebotes wurde durch Telegramme den verbündeten Regierungen der Entschluß Deutschlands mitgeteilt; dann fuhren Herr von Hintze und Graf Rödern auf Wunsch des Generals Ludendorff nach Berlin, um dem Vize-

[28]) v. Hertling: a. a. O. S. 180.
[29]) Niemann: Revolution. S. 111.

kanzler Bericht über die Vorgänge in Spa zu erstatten. In ihre Hände war die Bildung des neuen Kabinetts gelegt; vor allem mußte man sich nunmehr nach einem neuen Reichskanzler umsehen, da v. Hintze wie Graf Rödern die Annahme dieses Postens abgelehnt hatten. Schon am 30. September hatte der Vizekanzler dem Oberstleutnant v. Haeften als geeigneten Kandidaten den Prinzen Max von Baden empfohlen, doch war der Chef des Zivilkabinetts, Herr v. Berg, gegen diesen Kandidaten. Jetzt tauchte abermals die Kandidatur des Prinzen Max von Baden auf, für den sich besonders der Abgeordnete Haußmann einsetzte. Er schreibt selbst darüber: „Ich gehe zu Oberstleutnant v. Haeften ... und sage ihm: Kostbare Zeit verrinnt immer mehr, Payer hat vorgestern Prinz Max dem Grafen Hertling auf dessen Frage als Kanzler empfohlen, Hertling hat zugestimmt ..., jetzt muß zugestoßen werden, sonst ist vollends alles wert- und nutzlos“[30]). Herr v. Haeften begab sich nunmehr sofort zum Vizekanzler und als jener seine Übereinstimmung mit dem Vorschlag abermals erklärte, telephonierte der Oberstleutnant noch am Abend des 30. September an Ludendorff. Dieser, sowie der Generalfeldmarschall, waren mit dieser Kandidatur einverstanden und teilten dem Kabinettschef des Kaisers mit, Oberstleutnant v. Haeften werde am nächsten Morgen zum Vortrag kommen. Bei diesem Vortrag gelang es dem Oberstleutnant durch sein energisches Auftreten den Widerstand des Kabinettschefs gegen die Kandidatur des Prinzen Max zu brechen und ihn zu bestimmen, den Prinzen herbeizurufen[31]). Dieser traf noch am Nachmittag desselben Tages in Berlin ein.

Am nämlichen Tag in der Frühe hatte bereits der interfraktionelle Ausschuß das wahre Gesicht des Parlamentarismus gezeigt. Es setzte eine wilde Jagd der Parteien um die Besetzung der einzelnen günstigen Stellen in der Regierung ein. Prinz Max, dessen Programm[32]) lautete: „Kein Friedensangebot — wohl aber deutlichste Proklamierung der Kriegsziele, die große Zugeständnisse an die Feinde enthalten können, Betonung der absoluten Entschlossen-

[30]) Haußmann: a. a. O. S. 230. Vgl. v. Payer: a. a. O. S. 93. Über die Vorgänge bei der Kandidatur des Prinz Max v. Baden siehe: v. Payer: S. 90ff.; Niemann: Revolution. S. 120ff.; Erzberger: S. 310ff.; Prinz Max: Erinnerungen und Dokumente. S. 326ff.

[31]) Schwertfeger: a. a. O. II, 283.

[32]) Prinz Max: a. a. O. S. 331.

heit bis zum Tode zu kämpfen, wenn entehrende Bedingungen gestellt werden", hatte nicht mit einem solchen Ernst der Lage gerechnet. Als ihm Oberstleutnant v. Haeften die Forderung der O. H. L. nach sofortigem Waffenstillstand mitteilte, war der Prinz entschlossen, das Angebot zu bekämpfen und die Kanzlerschaft abzulehnen. Beide fuhren nunmehr zum Vizekanzler und dort hielt Major v. d. Bussche, der mit Herrn v. Hintze zur Aufklärung der politischen Instanzen vom Großen Hauptquartier gekommen war, dem Prinzen über die Lage Deutschlands Vortrag, Er schloß seine Ausführungen mit der Verlesung eines Telephonats der O. H. L. vom 1. Oktober 1 Uhr mittags: „Wenn bis heute Abend 7—8 Uhr Sicherheit vorhanden ist, daß Prinz Max von Baden die Regierung bildet, so bin ich mit dem Aufschub der Herausgabe des Waffenstillstandsangebotes bis morgen Vormittag einverstanden. Sollte dagegen die Bildung der Regierung irgendwie zweifelhaft sein, so halte ich die Ausgabe der Erklärung an die fremden Regierungen heute Nacht für geboten"[33]).

Prinz Max wehrte sich entschieden gegen das Drängen der O.H.L. und erklärte zu einer Überstürzung des Friedens- und Waffenstillstandsangebotes werde er seinen Namen nicht hergeben. Trotzdem drängte der Beauftragte der O. H. L., Major v. d. Bussche, weiter in den Prinzen. Dieser begab sich zum Vizekanzler, bei dem er Herrn v. Hintze und Graf Rödern antraf; auch der Staatssekretär drängte zum Handeln und Herr v. Payer äußerte: die Verantwortung für eine Verzögerung könne man nicht übernehmen, eher würde er als Mitglied der alten Regierung unterzeichnen und dann zurücktreten[34]). Als Prinz Max sah, daß das Friedensangebot auch ohne ihn herauskommen würde, beschloß er, das Kanzleramt anzunehmen. Zugleich bat er Oberstleutnant v. Haeften, der O. H. L. mitzuteilen, daß er die Verantwortung dafür übernehme, mit der Absendung der Note zu warten, bis Deutschland im Felde geschlagen würde; ferner weigerte sich der Prinz zu unterzeichnen, solange seine Ernennung zum Kanzler noch nicht vollzogen sei[35]). Haeften erstattete nun in der Nacht der O. H. L. über die Verhandlungen Bericht und legte die Auffassung des Prinzen Ludendorff dar. Haeften schreibt in seinen Aufzeichnungen: „Exzellenz

[33]) Urkunden, amtliche. S. 60.

[34]) Prinz Max: a. a. O. S. 338.

[35]) Schwertfeger: a. a. O. Anl. 12, S. 374ff.

Ludendorff nahm dies keineswegs so tragisch, wie ich nach meiner Unterredung mit Major v. d. Bussche annehmen mußte, vielmehr ging er durchaus ruhig auf meine sachlichen Gegenvorstellungen ein, so daß ich nicht den Eindruck gewann, daß Exzellenz auf der wörtlichen Ausführung der telephonischen Weisung an Major v. d. Bussche bestünde .... Während unserer Unterredung erhielt Exzellenz die Meldung von der telephonischen Zustimmung Seiner Majestät und des Großherzogs von Baden und wiederholte nun die Aufforderung an mich, den Prinzen zur Unterzeichnung zu veranlassen. Ich versprach es Morgen versuchen zu wollen, bezweifelte aber, daß der Prinz es tun würde, da er noch gar nicht mit den politischen Parteien verhandelt habe. Dies werde mehrere Tage in Anspruch nehmen“[36]).

In diesem Bericht Haeftens sind zwei äußerst wichtige Punkte hervorzuheben:

Oberstleutnant v. Haeften erwähnt, daß Ludendorff keineswegs so ungeduldig auf die Absendung des Waffenstillstandsangebotes drängte, wie man nach den Ausführungen des Major v. d. Bussche erwartet hätte. Ferner ist sehr bemerkenswert, daß Ludendorff nach der Antwort Haeftens, die in dem Satz gipfelte: „Dies werde mehrere Tage in Anspruch nehmen“, nicht neuerdings zu drängen begann oder nicht einfach kategorisch auf Grund der Anschauung, die die O. H. L. von der Frontlage hatte, auf der Absendung des Gesuches bestand. Man kann wohl die Ansicht vertreten, daß Ludendorff, wenn wirklich höchste Gefahr gewesen wäre, unter Androhung seines Abschieds die sofortige Absendung des Waffenstillstandsangebots verlangt hätte.

Inzwischen waren im Lauf des Nachmittags abermals zwei Telegramme[37]) eingetroffen, die von Lersner und Freiherrn v. Grünau unterzeichnet waren. Beide forderten, indem sie sich auf eine Äußerung Ludendorffs stützten, die sofortige Entsendung des deutschen Friedensangebotes, da die Truppe zwar noch halte, niemand dagegen voraussehen könne, was morgen eintreffen würde.

Wenn wir einen Rückblick auf die Vorgänge des 1. Oktober werfen, so ergibt sich folgendes Bild: Ludendorff, der nach eigener Aussage nicht „drängeln“, jedoch die möglichst schnelle Bildung

[36]) Schwertfeger: a. a. O. S. 375f.
[37]) Urkunden, amtliche. S. 59 u. 61.

der neuen Regierung durchgeführt sehen wollte, hat sich gegenüber den Vertretern der Reichsleitung im Großen Hauptquartier so ernst über die Lage ausgesprochen, daß deren Telegramme bei der Reichsleitung beinahe eine Panik auslösen mußten. Indirekt hat somit die O. H. L. auf die Reichsleitung einen starken Druck ausgeübt. Umgekehrt hat Ludendorff bei seinem Telephongespräch mit Haeften wirklich nicht gedrängt, sondern in durchaus ruhiger Art seine Anschauung über die baldige Durchführung des Friedensschlusses dargelegt. Dagegen hat Major v. d. Bussche, der nicht drängen sollte[38]), durch sein Auftreten bei den politischen Stellen doch wohl ungewollt den Eindruck erweckt, daß die O. H. L. angesichts der äußerst ernsten Lage einen starken Druck auf die Berliner Stellen ausüben wollte.

Am nächsten Morgen gab Oberstleutnant v. Haeften dem Prinzen von den Nachrichten, die in der Nacht eingelaufen waren, Kenntnis und überbrachte zugleich die Zustimmung des Großherzogs von Baden zur Kandidatur. Um 9 Uhr fand dann der entscheidende Vortrag[39]) des Major v. d. Bussche vor den Parteiführern in Abwesenheit des neuen Reichskanzlers statt. Trotz der „ermahnenden Worte" am Schlusse des Vortrages wirkte das Eingeständnis des verlorenen Krieges, das in den Worten gipfelte: „. . . deshalb darf keine Zeit verloren gehen. Jede 24 Stunden können die Lage verschlechtern und dem Gegner Gelegenheit geben unsere augenblickliche Schwäche klar zu erkennen", erschütternd auf die Zuhörer. Nur die Vertreter der unabhängigen sozialdemokratischen Partei und der Polen, Haase und Seyda, frohlockten. Durch sie wurde Deutschlands schwierige Lage noch vor dem Angebot der deutschen Regierung den Feinden bekannt, da Unabhängige und Polen in Verbindung mit den Feindmächten standen. Noch an demselben Vormittag empfing der Reichskanzler Herrn Warburg, der als guter Kenner der amerikanischen Verhältnisse auf Wunsch des Prinzen Max seine Meinung über das beabsichtigte deutsche Friedensangebot darlegen sollte. Sein Rat lautete: „Kämpfen Sie weiter, ich weiß, daß mein einziger Sohn, der jetzt ausgebildet wird, in vier Wochen im Schützengraben ist, aber ich beschwöre Sie, machen Sie jetzt nicht Schluß"[40]). Im Gegensatz zu diesen Worten stand ein

[38]) Ludendorff: Urkunden. S. 531ff.

[39]) Prinz Max: a. a. O. S. 342f. Vgl. Urkunden, amtliche. S. 66ff.

[40]) Prinz Max: a. a. O. S. 344.

Telegramm, das mittags von Freiherrn v. Lersner, dem Vertreter des Auswärtigen Amtes bei der O. H. L., in Berlin ankam und folgenden Wortlaut trug: „General Ludendorff erklärte mir, daß unser Angebot sofort von Bern aus nach Washington weitergehen müsse. 48 Stunden könne die Armee nicht warten. Er (bäte) E. E. dringendst, alles zu tun, damit das Angebot auf schnellste Weise durchkäme ....“[41]).

Endlich waren auch der Kaiser und Hindenburg in Berlin eingetroffen, bei Herrn v. Payer fand die erste Besprechung statt. Der Vizekanzler berichtet darüber: „Mit großer Spannung sahen wir dem entgegen, was der Generalfeldmarschall sagen werde. Nervös war er sicherlich nicht, vielmehr, obwohl von allen Seiten mit Fragen überhäuft, so ruhig und kaltblütig als ein Mann überhaupt sein kann. Seine Ruhe stach wohltätig von der aufgeregten Art der O. H. L. ab, unter der wir in den letzten Tagen gelitten hatten, aber sachlich blieb er durchaus auf dem Boden dieser stehen und verlangte ebenso entschieden, wenn auch in milderer Form, das sofortige Abgehen der Note“[42]). Prinz Max schreibt über ein Zwiegespräch mit Generalfeldmarschall während dieser Sitzung[43]): „Auf meine Frage, ob denn wirklich die militärische Lage eine solche Überstürzung nötig mache, erhielt ich die Antwort: Diesen Angriff haben wir noch ausgehalten; ich erwarte innerhalb von acht Tagen einen neuen Großangriff, kann aber keine Verantwortung dafür übernehmen, daß dann nicht eine Katastrophe eintritt. Nach dem Wort ‚Katastrophe‘ verbesserte er sich; die Worte, die er dann brauchte, waren dem Sinne nach: „oder zum mindesten die allerschwersten Folgen“. Die Sitzung wurde nunmehr abgebrochen und man begab sich zu einem Kronrat, den der Kaiser abhalten wollte. Auf dem Wege dorthin erklärte der Prinz dem Oberstleutnant v. Haeften, er werde das Waffenstillstandsangebot nicht herausgeben, da der Generalfeldmarschall nicht so trüb sehe wie Ludendorff. Haeften äußerte sich nicht ablehnend und versprach auf des Prinzen Bitte, nochmals nach Spa zu telephonieren. Als Prinz Max im Kriegsrat unverhohlen seine ablehnende Stellung zum Angebot äußerte, erklärte ihm der Kaiser, er dürfe der O. H. L. keine Schwierigkeiten bereiten. Ein endgültiger Entschluß über den

[41]) Urkunden, amtliche. S. 65.
[42]) v. Payer: a. a. O. S. 107.
[43]) Prinz Max: a. a. O. S. 345.

Wortlaut der Note wurde nicht gefaßt. Auf die Vorstellungen des Oberstleutnant v. Haeften erwiderte Ludendorff: „Der Feldmarschall mag recht haben, heute liegt keine unmittelbare Gefahr vor, aber wer würde dafür stehen können, daß keine neuen Großangriffe kommen. Da sind vier Tage von großer Bedeutung“[44]). Noch einmal versuchte der Prinz Widerstand zu leisten und schlug vor, seine große Programmrede zur Einleitung eines deutschen Friedensangebotes zu benützen und die Bitte um Waffenstillstand zu unterlassen; doch erregte dieser Plan den Widerspruch der Kabinettsmitglieder. Trotzdem versuchte der Kanzler am folgenden Tag noch einmal, Hindenburg für seine Meinung zu gewinnen, daß ein sofortiges Waffenstillstandsangebot unangebracht sei, da es in der ganzen Welt als Eingeständnis unserer Schwäche gedeutet werde. Sollte aber die O. H. L. den Abgang der Note für unumgänglich notwendig halten, so möge sie schriftlich darüber Bescheid geben. Darauf erhielt der Reichskanzler von Hindenburg folgendes Schreiben: „Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer am Sonntag, den 29. September d. J., gestellten Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen ... Noch steht das deutsche Heer festgefügt und wehrt siegreich alle Angriffe ab. Die Lage verschärft sich aber täglich und kann die O. H. L. zu schwerwiegenden Entschlüssen zwingen.

Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abzubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu ersparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten das Leben“[45]). Damit begnügte sich der Reichskanzler jedoch immer noch nicht, sondern legte dem Generalfeldmarschall nochmals fünf Fragen[46]) über die Lage vor, wovon ich die wichtigsten Nr. 2, 3 und 5 anfügen möchte.

2) „Muß die O. H. L. einen militärischen Zusammenbruch erwarten und bejahendenfalls in welcher Zeit?“

---

[44]) Prinz Max: a. a. O. S. 347. Dazu schreibt Niemann: Revolution. S. 126: „War das nicht ein gewisses Einlenken? Man hat das Gefühl, daß eigentlich nur noch ein persönliches Telefongespräch des Prinzen mit dem General erforderlich war, um zu überzeugen und dem Prinzen die Freiheit des Handelns zu schaffen“.

[45]) Urkunden, amtliche. S. 73.

[46]) Prinz Max: a. a. O. S. 350.

Antwort: An einen allgemeinen Zusammenbruch glaube ich nicht. Das auf feindliche Einbrüche erfolgende ausweichende Zusammenziehen der Front braucht einen solchen nicht zur Folge zu haben, solange noch irgendwelche Reserven vorhanden sind."

3) „Ist die militärische Lage so kritisch, daß sofort eine Aktion mit dem Ziel Waffenstillstand eingeleitet werden muß?"

Nr 3 beantwortet durch das Schreiben Hindenburgs (siehe hier Anm. 45).

5) „Ist die O. H. L. mit Absendung des anliegenden Notenentwurfes einverstanden?"

Anmerkung Ludendorffs: „Der Notenentwurf lag nicht bei." Er wurde in der Sitzung besprochen, ohne daß eine endgültige Erledigung gefunden wurde.

Der Prinz schreibt zu diesen Äußerungen mit Recht: „Die Forderung nach Herausgabe des Angebots wurde aufrecht erhalten, aber die Worte, mit denen der Feldmarschall die vorbereiteten Antworten erläuterte, enthielten nichts, was die Überstürzung rechtfertigte[47]). Im Gegenteil, sie verstärkten den Eindruck, daß für den Augenblick die Gefahr vorüber sei." Zum letztenmal plädierte Prinz Max auf Verschiebung des Angebots; da aber Staatssekretär v. Hintze scharf dagegen Stellung nahm und der Feldmarschall an das Versprechen in Spa erinnerte, stimmte der Prinz-Kanzler nach kurzem innerem Kampf für die Absendung der Note. Auch ein nochmaliges Telegramm des Oberstleutnants v. Haeften an Ludendorff konnte diesen nicht für ein weiteres Hinausschieben gewinnen, „da es in zwei oder drei Wochen von entscheidender Bedeutung

[47]) Vgl. die Aufzeichnung des Staatsekretärs Graf Rödern vom 20. Dezember 1923 (Abgedr. bei Schwertfeger: a. a. O. II, Anl. 16, S. 415ff.) „Der Feldmarschall sprach sich mündlich zuversichtlicher als in der schriftlichen Antwort aus. Er hielt eine unmittelbar drohende Durchbruchsgefahr für die elastisch ausweichende Front im Westen nicht für vorliegend und stellte für die nächste Zeit nur ein immer weiteres Zurückgehen auf die Maaslinie und dann eventuell an die deutsche Grenze in Aussicht. Einer der militärischen Teilnehmer ..... sagte mir bei dieser Gelegenheit leise, es bestehe in der Beurteilung der unmittelbaren Gefahren der gegenwärtigen militärischen Situation eine gewisse Divergenz zwischen Hindenburg und Ludendorff; die Anwesenden jüngeren Vertreter des Generalstabs teilten aber die pessimistischere Auffassung Ludendorffs".

werden könne, ob das deutsche Heer 24 Stunden früher oder später den so dringend nötigen Waffenstillstand erhielt“[48]).

Damit war der Kampf um die Note beendet; ihr Text wurde fertiggestellt und nach Vollzug der Unterschrift wurde Prinz Max an diesem Tage offiziell zum Kanzler ernannt. Diese erste deutsche Note[49]) an Wilson ist datiert vom 3. Oktober 1918.

Der entscheidende Schritt war nunmehr getan. Nach 4½jährigem zähen Ringen mußte Deutschland, verlassen von seinen Verbündeten, um Waffenstillstand bitten.

Bis die Antwort Wilsons eintraf, hatte in Berlin der Prinz sein Ministerium zusammengestellt, und war am 5. Oktober zum erstenmal vor den Reichstag getreten. In das neue Ministerium waren auf Grund des kaiserlichen Erlasses auch Abgeordnete als Staatssekretäre ohne Portefeuille berufen worden. Aus ihnen hat der Prinz später einen engeren Kriegsrat gebildet, dem auch der Vizekanzler und Graf Rödern angehörten. Prinz Max beabsichtigte in seiner Antrittsrede am 5. Oktober sich mit jedem einzelnen der 14 Punkte Wilsons auseinanderzusetzen und auf diese Weise Deutschlands Auffassung darzulegen[50]). Auf den Rat der Staatssekretäre und des Oberstleutnant v. Haeften hin unterließ der Reichskanzler jedoch diesen Versuch, da eine Interpretation seiner Punkte Wilson reizen konnte und dadurch eine Ablehnung des deutschen Gesuches zu befürchten war. Bevor noch die Antwort Wilsons eintraf, zeigte der neue Kanzler, daß er keine Führernatur war, wie sie Deutschland in jenen Tagen nötig gehabt hätte. In Abhängigkeit von den Parlamentariern mußte der Kanzler auf ihr Verlangen hin durchsetzen, daß der Kaiser den Kabinettschef, den Kriegsminister und noch zwei Generale entließ; erst nach heftigem Sträuben willigte der Kaiser ein, um kein Mißverstehen zwischen Krone und Parlament aufkommen zu lassen.

Dies war die erste Machtprobe der neuen Regierung, die uns deutlich die Verschiebung der Machtbasis zugunsten des Parlamentarismus zeigt. Was vor dem 30. September noch unmöglich schien, war jetzt Gewißheit geworden. Die Macht, die bisher die O. H. L. in Deutschland ausgeübt hatte, war nunmehr an das Parlament

[48]) Urkunden, amtliche. S. 65.
[49]) Ebenda. S. 74.
[50]) Prinz Max: a. a. O. S. 353ff.

übergegangen, welches nach diesem ersten Versuch nicht mehr gewillt war, auf ihre Ausübung Verzicht zu leisten.

Am 9. Oktober traf in Berlin die Antwort Wilsons ein. Der Präsident verlangte als Grundlage für den Eintritt in die Verhandlungen über ein Waffenstillstands- und Friedensangebot Anerkennung der 14 Punkte und Räumung des besetzten feindlichen Gebietes. Zum Schluß verlangte er Klärung der Frage, ob der Kanzler für die Reichstagsmehrheit und das Volk spreche oder nur für diejenigen Gewalten des Reiches, die bisher den Krieg geführt hätten.

Entscheidend war vor allem die zweite und dritte Forderung, denn ein Zurücknehmen des Heeres hinter Deutschlands Grenzen bedeutete nicht nur Verzicht auf alle bisherigen Eroberungen und eine scharfe Begrenzung der deutschen Verteidigungsfähigkeit; auch Deutschlands Hauptindustriegebiet am Rhein und Ruhr war damit der Gefahr ständiger Luftangriffe ausgesetzt. Mit der letzterwähnten Frage mischte sich der Präsident ganz unverkennbar in innere deutsche Verhältnisse. Gerade dies hätte die deutschen Diplomaten zur größten Vorsicht veranlassen müssen. Die Note war keineswegs so entgegenkommend, wie man gedacht, und man wundert sich wohl noch heute mit Recht über die Worte, mit denen der Staatssekretär des Äußeren, Solf, im Bundesratsausschuß diese erste Wilsonnote charakterisierte: „Er beurteile Wilson als ehrlichen Mann, der den Ruhm des Friedensmachens noch nicht aufgegeben habe, deshalb habe man die erste Note auch an Wilson gerichtet. Er, Solf, sei zuerst auch der Meinung gewesen, daß man die Note nicht nur an Wilson richten solle; nach dem Erfolg, den der Schritt gehabt habe, müsse er zugeben, daß die Ratgeber, die sich für die Note an Wilson ausgesprochen haben, Recht behalten haben .... An die Absicht der Wegnahme und Überantwortung Elsaß-Lothringens an Frankreich glaube er nicht, das wäre ja ein Gewaltfrieden, den Wilson auch nicht von seinen Verbündeten geschaffen haben wolle“[51]). Diesen optimistischen Worten des Staatssekretärs des Äußeren stehen warnend jene Zeilen entgegen, die Walter Rathenau an diesem Tage dem neuernannten Kriegsminister Scheüch schrieb: „Die Räumung ist, abgesehen von der Gefahr eines regellosen Truppenzuges in die Heimat, die Besiegelung des

[51]) Prinz Max: a. a. O. S. 388, Anm. 1.

Endes unserer Verteidigungsfähigkeit, somit Ergebung auf Gnade und Ungnade. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß nach der Räumung auf dem Weg erweiternder Interpretationen oder auch mit voller Offenheit seitens der übrigen Ententenmitglieder neue Forderungen gestellt werden, die wir nicht abwenden können“[52]).

Am 9. Oktober war General Ludendorff in Berlin eingetroffen, um dem Kanzler verschiedene Fragen über die militärische Lage zu beantworten. Die Antworten des Generals waren wägend und vorsichtig. Er lehnte eine levée en masse ab, forderte aber einen entscheidenden Kräftezuwachs und eine kraftvolle Aufklärung des Volkes, um es auf den Endkampf um Leben und Tod vorzubereiten. Doch immer wieder kehrt der Satz: „Die Armee braucht Ruhe“ und Oberst Heye prägte in der nämlichen Besprechung die Worte: „Es wäre Hasardspiel der O. H. L., wenn sie den Friedensschritt nicht beschleunigte. Es kann sein, daß wir bis zum Frühjahr halten. Es kann aber auch jeden Tag eine Wendung kommen..... Schritt zum Frieden, noch mehr zum Waffenstillstand, ist unbedingt notwendig“[53]). Zu dem Eindruck, den Ludendorffs Stellungnahme hervorrief, schreibt Prinz Max: „Es war unleugbar mehr Ruhe bei der O. H. L. als am 3. Oktober. Damals war die Parole: Macht schnell, wir fürchten die Katastrophe. Heute hieß es: Die Katastrophe ist möglich, aber wir hoffen, sie kommt nicht. In der Auskunft des Generals Ludendorff klang ein optimistischer Unterton mit“[54]). Als am folgenden Tage der neue Kriegsminister Scheüch dem Generalquartiermeister erklärte, er könne durch ein nochmaliges Auskämmen aller Betriebe und unter Hinzuziehung des Jahrganges 1900 600 000 Mann in einigen Wochen freimachen, erklärte Ludendorff, trotz der schlechten Ersatzlage wolle er sie noch nicht einsetzen. Zwei Tage später kam dann allerdings der Befehl, diese Truppen doch möglichst schnell bereit zu stellen. Am Schluß der Sitzung erklärte Ludendorff im Auftrag des Generalfeldmarschalls ausdrücklich, die O. H. L. sei bereit, die neue Regierung loyal zu unterstützen und hoffe auf gute Zusammenarbeit[55]). Damit schien also endlich die Kluft zwischen beiden Gewalten überbrückt. Leider sollte dieser Schein nicht bestehen bleiben; allzu-

[52]) Prinz Max: Ebenda. S. 393.
[53]) Urkunden, amtliche. S. 89.
[54]) Prinz Max: a. a. O. S. 390f.
[55]) Urkunden, amtliche. S. 86ff.

schnell wurde der Glaube zerstört. Schon bei der obenerwähnten Besprechung hatte der Prinz-Kanzler Ludendorff gebeten, er möge seine langjährigen Mitarbeiter, General v. Bartenwerffer, Oberst Bauer und Oberstleutnant Nicolai, entlassen. Eine Begründung konnte der Reichskanzler allerdings nicht geben, sondern er konnte nur erklären: „er sähe nicht klar, er wiederhole nur, was ihm gesagt sei“[56]). Der General hat natürlich diesen „stichhaltigen“ Gründen nicht stattgegeben, doch war der Eindruck, den er dadurch von der neuen Regierung bekommen hatte, nicht gut. Ein weiteres Spannungsmoment ergab sich aus dem Verlangen des Prinzen Max, man möge auch noch andere Offiziere über die Lage Deutschlands hören. Diesen Vorschlag lehnte der Generalquartiermeister mit der Begründung ab: „Die O. H. L. hat allein einen Gesamtüberblick. Bei jeder Armee sind die Verhältnisse anders. Rückschlüsse von einer Armee auf die Gesamtfront sind ausgeschlossen. Der Generalfeldmarschall und ich haben allein die Verantwortung zu tragen. Seine Majestät kann sich jeden Augenblick äußern und einfordern, nicht aber der Reichskanzler“[57]). Verfassungsrechtlich war gegen diese Weigerung des Generals bestimmt nichts einzuwenden; betrachtet man aber die ganze politische und militärische Lage seit dem 29. September, so darf man sich wiederum nicht über das Verlangen der Reichsleitung wundern. Durch die plötzliche Forderung der O. H. L. nach Waffenstillstand war man eben mißtrauisch geworden und das unbedingte Vertrauen, das man bisher in sie gesetzt, hatte durch das plötzliche Eingeständnis ihrer Machtlosigkeit einen starken Stoß erhalten. Dazu kommt noch, daß, wie oben angedeutet, gewisse Kreise diese Vertrauenskrise ausnützen wollten, um endlich die verhaßte Vormachtstellung der O. H. L. zu brechen. Diese Momente hätte sich Ludendorff vor Augen halten und ruhig der Befragung anderer Heerführer zustimmen sollen. Diese Zusage hätte seinen Stolz nicht gedemütigt, hätte jenen Kreisen den Vorwand für Hetze genommen und seine Person selbst hätte für die kommenden Ereignisse einen festen Rückhalt gefunden. Bestärkt wird man in dieser Meinung noch durch das Protokoll[58]) einer Besprechung beim Reichskanzler, nach dem Herr v. Payer und Erzberger bekanntgaben, daß der national-

[56]) Ludendorff: Kriegserinnerungen. S. 594.
[57]) Ludendorff: Ebenda. S. 595.
[58]) Urkunden, amtliche. S. 92.

liberale Abgeordnete Stresemann, der bisher auf Seite der Annexionisten gestanden, angeregt habe, man möge neben den Herren der Obersten Heeresleitung auch noch andere Armeeführer hören. Ludendorffs Starrsinn, gerade in dieser Angelegenheit, hat zweifellos seinem Ansehen großen Abbruch getan. Wie Hindenburg, so wird auch seine Person nie aus der deutschen Geschichte verschwinden. Aber den Nimbus der Volkstümlichkeit, der das Bild des Generalfeldmarschalls umrankt, hat sich Ludendorff durch sein Verhalten selbst genommen.

Nach der Unterredung mit Ludendorff trat das Kriegskabinett in die Besprechung der Antwort Deutschlands auf die erste Wilsonnote ein. Hier gelang es der O. H. L. noch einmal ihre Meinung durchzusetzen. Gegen den Willen des Kanzlers und des Staatssekretärs des Auswärtigen wurde der von der O. H. L. vorgeschlagene Passus[59]) angenommen. „Die Deutsche Regierung nimmt an, daß auch die andern beteiligten Regierungen sich auf den Boden der Kundgebungen des Präsidenten Wilson stellen." Am 12. Oktober ging dann endlich die Note ab, in der die Räumung der besetzten Gebiete zugesagt und die Erklärung abgegeben wurde, daß der „Reichskanzler im Namen der Deutschen Regierung und des Volkes spricht"[60]). Die Note trug diesmal die Unterschrift des Staatssekretärs Solf, da plötzlich eine Kanzlerkrise ausgebrochen war[61]).

Bereits am 15. Oktober traf Wilsons zweite Note ein, die Schrecken und Entsetzen in Deutschland verbreitete. Wilson hatte sich die Maske vom Gesicht gerissen und zeigte, daß er erbarmungslos das Deutsche Reich vernichten wollte. Die Note warf Deutschland unmenschliche und rohe Kriegsführung vor und verlangte als Vorbedingung für einen Waffenstillstand sofortige Aufhebung des U-Boot-Krieges und befriedigende Sicherheit und Bürgschaften, damit die Überlegenheit der amerikanischen und alliierten Armeen auch weiterhin gesichert sei. Der letzte Abschnitt der Note enthielt dann die schwerwiegenden Sätze: „Die Vernichtung jeder militärischen Macht überall, welche es in Händen hat, allein, geheim und auf eigene Willensbestimmung den Weltfrieden zu stören, oder,

---

[59]) Prinz Max: a. a. O. S. 396; vgl. Niemann: Revolution. S. 145ff.

[60]) Prinz Max: a. a. O. S. 397.

[61]) Prinz Max: Ebenda. S. 183 u. 398. Vgl. Haußmann: a. a. O. S. 247; Scheidemann: Memoiren eines Sozialdemokraten. S. 177ff.

falls diese Macht gegenwärtig nicht vernichtet werden kann, wenigstens ihre Herabminderung bis zur tatsächlichen Ohnmacht, ist nötig." Und: „Die Macht, welche bis jetzt das Schicksal der Deutschen Nation bestimmt hat, ist eine von denjenigen, welche der Präsident in dieser Rede im Auge hat. Die Deutsche Nation hat die Wahl, dies zu ändern. Die eben erwähnten Worte des Präsidenten bilden natürlich eine Bedingung, die vor dem Frieden erfüllt werden muß, wenn der Friede durch das Vorgehen des Deutschen Volkes selbst kommen soll"[62]).

Es gab keinen Zweifel: man wollte die Monarchie zerbrechen, wollte die revoluitonären Kräfte im deutschen Volk auf Seite der Alliierten ziehen, wollte die schon bestehende Kluft zwischen Volk und Monarchie unüberbrückbar machen, um auf diese Weise Heer und Volk leichter vernichten zu können.

Jetzt erst begriff ein Teil des Volkes den Ernst der Lage und sah, daß man es ins Verderben stürzen wollte. Dieses Verstehen löste aber bei der Mehrheit nicht wilde Empörung aus, sondern man trachtete durch Nachgeben in der Kaiserfrage Wilson zu versöhnen und hoffte durch dieses Opfer der Vernichtungswut der Alliierten entrinnen zu können. Am 16. Oktober versammelten sich die Staatssekretäre zur Beratung über die neue Lage. Hier zeigt sich nun das Unfaßbare. Vergebens sucht man nach Worten der Empörung über Wilsons Verlangen. Kein Ton, kein Faustschlag, kein Schrei der Verzweiflung ist gefallen. Schweigend hat man die Besprechung bis zur Ankunft Ludendorffs vertagt und sich den inneren Verhältnissen zugewandt. Im Auftrag der O. H. L. bat Oberstleutnant v. Haeften die Staatssekretäre ihm folgende Fragen zu beantworten:

Erlaubt es die innere Lage den Osten von allen Truppen freizumachen, ohne daß dadurch der Bolschewismus ins Land kommt? Wird das ganze deutsche Volk, nicht nur die Gebildeten, den Kampf bis zum Letzten freiwillig und ohne jeden Zwang durchfechten?

Trotz der ernsten Lage scheute sich der Staatssekretär des Äußeren nicht, dies Telegramm der O. H. L., das diese Fragen enthielt, ein „gefährliches Dokument" zu nennen, da es den Versuch darstelle, die Verantwortlichkeit zu verschieben. Staatssekretär Solf

[62]) Urkunden, amtliche. S. 109f.

hat damit als erster das Schlagwort „vom Verschieben der Verantwortlichkeit" ins Volk geworfen. Solf argumentierte dabei folgendermaßen: „Warum sei denn die Stimmung so gedrückt? Weil die militärische Macht zusammengebrochen sei. Jetzt aber sage man: Die militärische Macht wird zusammenbrechen, wenn die Stimmung nicht durchhält. Diese Verschiebung dürfe man nicht zulassen; sie passe schlecht zu den eigenen Worten des General Ludendorff, der mit dem Kriegsminister einig gewesen sei, daß eine levée en masse nicht möglich ist ... ."[63]). Im weiteren sehen wir aus dem Protokoll dieser Sitzung, daß Scheidemann ebenfalls der Ansicht des Staatssekretärs huldigte und der Abgeordnete Gröber erklärte rund heraus, das Urteil Ludendorff sei nicht mehr allein maßgebend, es müßten auch noch andere Heerführer gehört werden. Der Vizekanzler nimmt diesen Vorschlag sofort auf und macht Front gegen Oberstleutnant v. Haeften, der der O. H. L. gegen Solf und gegen die Regierung verteidigt. Haeftens Erklärung, daß in der jetzigen schweren Lage die anderen Heerführer nicht abberufen werden könnten, erkennt der Vizekanzler nicht an und verlangt nochmals persönliche Anwesenheit anderer Heerführer zum Vortrag vor dem Kabinett. Am Schluß der Sitzung erklärt der Reichskanzler, er habe bezüglich der oben angeregten Fragen dem Kaiser bereits Vortrag gehalten. Der Entschluß des Kaisers werde noch im Laufe dieses Tages fallen, doch mache er darauf aufmerksam, daß Hindenburg und Ludendorff die Zuziehung anderer Heerführer persönlich nehmen würden. Der ganze Verhandlungsgang gibt uns damit ein deutliches Bild vom Fühlen und Denken der Regierung. Nur ganz nebenbei wurden die eigentlichen Hauptpunkte, wie Wilsonnote, U-Boot-Krieg und Kaiserfrage erwähnt. Trotz dieser dringenden Fragen erscheint es den Staatssekretären wichtiger, dem Kanzler ihr Mißtrauen gegen die O. H. L. darzulegen; Prinz Max war ihren Vorschlägen nur allzu geneigt, weil dadurch sein eigenes Mißtrauen gegen General Ludendorff gefestigt und damit seine eigene Stellung gestärkt ward.

So konnten sich auch in den schwersten Stunden des deutschen Volkes seine Vertreter nicht entschließen eben zugunsten dieses Volkes von kleinlichen Anfeindungen Abstand zu nehmen.

---

[63]) Urkunden, amtliche. S. 120.

Am 17. Oktober war die entscheidende Sitzung. Kurz vorher gab der Kanzler den Mitgliedern des engeren Kabinetts bekannt, daß der Kaiser dem Verlangen der Kabinettsmitglieder stattgegeben habe und einer Befragung anderer Heerführer nicht ablehnend gegenüberstehe. Er habe Ludendorff dies mitgeteilt, der in dieser Forderung ein Mißtrauensvotum der Regierung gegen die O. H. L. gesehen habe. Prinz Max schildert die Unterredung, wie folgt: „Ich bestritt das. Die Befragung anderer Heerführer werde nicht nur vom Kaiser verlangt, sondern sei der allgemeine Wunsch der Bevölkerung und eigentlich in unserer Lage selbstverständlich. Der General blieb bei seiner Meinung und drohte mit seinem und des Feldmarschalls sofortigem Rücktritt“[64]). Dem Kabinett fiel nunmehr die schwierige Aufgabe zu, die Verantwortung für eine eventuelle Demission der Heerführer zu übernehmen. Trotzdem die Abgeordneten nunmehr erst recht empört waren, wagte es keiner, die Verantwortung dafür auf sich zu nehmen und man stimmte erleichtert dem Vorschlag des Vizekanzlers v. Payer zu, der folgende Formel vorschlug: Erklärt Ludendorff die Front nicht mehr halten zu können, so müssen auch noch andere Generale gehört werden; in diesem Falle übernimmt das Kabinett die Verantwortung für seine Demission. Aber Prinz Max konnte schon jetzt mitteilen, daß die O. H. L. diese Anschauung nicht vertrete. Nunmehr begannn die denkwürdige Sitzung vom 17. Oktober 1918.

Ein Kreuzfeuer von Fragen prasselte auf General Ludendorff, die er so gut wie möglich zu beantworten versuchte. „Hatte General Ludendorff eine Frage präzis beantwortet, so wurde ihm eine zweite vorgelegt, die mit Sicherheit überhaupt nicht beantwortet werden konnte. Der Krieg ist kein Rechenexempel — so begehrte der General gepeinigt auf. Es gibt im Kriege eine Menge Wahrscheinlichkeiten und Unwahrscheinlichkeiten. Was schließlich eintrifft, weiß kein Mensch .... Es gehört zum Krieg Soldatenglück, vielleicht bekommt Deutschland doch auch einmal wieder Soldatenglück“[65]). Nach dem Protokoll[66]) des Kriegsrates sah Ludendorff wieder hoffnungsfroher in die Zukunft und glaubte, auf Grund der Mitteilung des Generals Scheüch, bis zum Frühjahr durchhalten zu

[64]) Prinz Max: a. a. O. S. 417.
[65]) Niemann: Revolution. S. 154ff.
[66]) Urkunden, amtliche. S. 128ff.

können, wenn die Stimmung des Volkes gehoben würde. Daher seine Forderung an Scheidemann: „Packen Sie das Volk, reißen Sie es hoch." Am klarsten scheint die Auffassung der O. H. L. Oberst Heye mit den Worten dargetan zu haben: „Als die O. H. L. sich zu dem Friedensvorschlag entschloß, ging man von der Ansicht aus, daß ehrenvoller Friede geschlossen werden könnte. Jetzt erst sehe man, daß es um Sein und Nichtsein ginge. Es müsse daher geprüft werden, ob der Entscheidungskampf nochmals aufgenommen werden könne. Die Unsicherheit der Lage bleibe für die O. H. L. heute noch bestehen. . . . Die Lage sei ernst, aber nicht hoffnungslos. Die Stimmung der Armee würde gehoben werden, wenn unser Angebot durch die Entente zurückgewiesen werden würde; es würde dies einen Auftrieb an moralischer Kraft geben. Den Entscheidungskampf müßten wir annehmen, wenn die Bedingungen, die uns gestellt würden, entehrende seien"[67]). Dieser Auffassung der militärischen Leitung sei die Anschauung der politischen Leitung, wie sie Prinz Max schildert, gegenübergestellt. „Auch ich war erleichtert, daß die Panik der ersten Oktobertage gewichen war, aber das Gutachten Ludendorffs hatte mich nicht befriedigt und beruhigt." Im weiteren teilt der Prinz mit, daß Ludendorff seine Fragen nach einer günstigen Beendigung des Krieges im folgenden Jahre und nach dem Abbruch der Beziehungen zu Wilson bejahend beantwortet und ihm erklärt habe, er sehe beiden Angelegenheiten mit Ruhe entgegen. Die Befürchtungen des Prinzen hatte Ludendorff allerdings nicht zerstreuen können. Der General schien dem Reichskanzler zu optimistisch. Prinz Max wollte die Aktion mit Wilson keineswegs abbrechen, da er Ludendorff mißtraute. Der Prinz schreibt in seinen Erinnerungen: „Eines war mir klar: Diesen Verzweiflungskampf durfte Ludendorff nicht führen. Ich hatte in dieser Sitzung das Vertrauen zum Menschen Ludendorff verloren. Er mußte der Situation rücksichtslos ins Auge sehen, auch ohne jede Rücksicht auf das eigene Prestige." Nach des Prinzen Ansicht hatte der General am 29. September die Nerven verloren. Dies wolle Ludendorff jedoch jetzt nicht zugestehen. So kommt der Kanzler für die Besprechung am 17. Oktober zu folgendem Schluß: „Das war nicht der Rechenschaftsbericht des verantwortlichen Feld-

[67]) Urkunden, amtliche. S. 153.

herrn vor der verantwortlichen Regierung, sondern Stimmungsmache“[68]).

Politiker und Feldherr konnten sich nicht mehr finden. Dem ethischen, an die Humanitätsideale glaubenden übersensiblen Prinz-Reichskanzler war der Tat- und Willensmensch Ludendorff unbequem und unbegreiflich. Nie konnte der Prinz vergessen, daß sein Amtsantritt von der Forderung dieses Mannes nach Waffenstillstand beschattet war! Prinz Max glaubte diesem Mann nicht mehr. Aber sein Wunsch nach Hinzuziehung anderer Feldherrn wird von seinen Mitarbeitern abgelehnt. Doch auch dies macht keinen Eindruck auf den Reichskanzler. Ihm ist Ludendorff unheimlich, denn dieser Mann lebt nur in der Wirklichkeit, packt sie mit beiden Fäusten und wirft sich dann mit der ganzen gewaltigen Energie seiner Natur auf die erkannte Aufgabe. Ludendorff kennt nur: „Biegen oder Brechen“, Prinz Max Kompromisse. Es gibt keinen Weg zur Verständigung zwischen derart verschieden gearteten Naturen, und so entsteht bei dem Prinzen der Gedanke[69]): Mit Ludendorff kein Frieden für Deutschland!

Nach General Ludendorff erhielt Admiral Scheer das Wort, dessen Ausführungen in dem Satz gipfelten: Keine Einstellung des U-Boot-Krieges vor Abschluß des Waffenstillstandes. Auch dagegen erhoben Kanzler und Kabinett keinen Einspruch. „Der Gesamteindruck der Sitzung war durchaus würdig und erhebend und ließ für die Zukunft das Beste erhoffen. Von allen Seiten wurde nach Schluß der Sitzung General Ludendorff freudig umdrängt und beglückwünscht .... Der noch in Berlin weilende Chef des Stabes der

[68]) Prinz Max: a. a. O. S. 448.

[69]) Prinz Max: a. a. O. S. 446. Professor W. Förster schreibt in einer Studie über „Prinz Max von Baden“, abgedr. bei Niemann: Revolution. S. 158: „... Mir scheint, daß Prinz Max weniger das Vertrauen zu Ludendorff als zu sich selbst und zum deutschen Volke verloren hat, wenn er es nicht bereits früher verloren hatte. Er ist vor dem Gedanken zurückgebebt, daß bei Aufstellung entehrender und damit unannehmbarer Forderungen seitens der Feinde es zu einem letzten heroischen Verzweiflungskampf kommen könnte. Diesen Verzweiflungskampf hielt er für aussichtslos, er bedeutete ihm den sicheren Untergang und mußte verhütet werden ... Verblieb der General in seiner Stellung, so lag die Gefahr vor, daß die Verhandlungen mit Wilson unter Umständen abgebrochen und zur letzten Verteidigung gerufen werden mußte. Ludendorff war also das große Hindernis. Es mußte beseitigt werden. Das weitere Verhalten des Prinzen Max macht mir zur Gewißheit, daß diese Deutung seines Entschlusses die richtige ist.“

Hochseeflotte wurde unterrichtet, daß der U-Boot-Krieg gerettet erscheine“[70]).

Noch am selben Abend fuhr General Ludendorff nach Spa zurück. Am folgenden Tage wollte ihm der Admiral Scheer folgen, nachdem er dem Kaiser Vortrag gehalten und so die Ausführungen des General Ludendorff ergänzt hatte. Unerwartet kam der Umschwung. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes hatte nach dem Thronvortrag die Frage aufgeworfen: „ob wohl etwas dagegen einzuwenden sei, daß dem Präsidenten Wilson in der Antwortnote mitgeteilt werde, der U-Boot-Krieg werde fortan nur als U-Kreuzerkrieg geführt werden. Der Chef des Stabes der Hochseeflotte trat dem sofort auf das entschiedenste entgegen mit dem Hinweis, daß eine solche Beschränkung tatsächlich einem völligen Aufgeben des U-Boot-Krieges gleichkommen würde“[71]). Von neuem war das Problem des U-Boot-Krieges aufgerollt und führte zu einer weiteren Entfremdung zwischen den beiden Obersten Gewalten. Am 18. Oktober war dem Prinz-Reichskanzler durch einen Mitarbeiter aus dem Haag Kunde geworden, daß ein großer Gegensatz zwischen Wilson und Foch bestehe, da der Präsident einen Rechtsfrieden, jener aber einen Vernichtungsfrieden proklamiere. Jede Festigung der deutschen Front bedeute also eine Stärkung des Wilsonschen Standpunktes. Dieser verlange jedoch ein Nachgeben im U-Boot-Krieg und die Durchführung der Demokratisierung Deutschlands nach englischem Vorbild. Diese Darstellung der Lage schloß mit den bemerkenswerten Worten: „Freunde eines Rechtsfriedens raten uns jetzt in alles mehr ‚Stop‘ zu bringen, namentlich in unser Friedens- und Waffenstillstandsbedürfnis und alles zu tun, damit die Front noch hält und die weitere Demokratisierung in ruhige glaubwürdige Bahnen gelangt“[72]). Diese Mitteilung gab Hindenburg auch den Armeeoberkommandos bekannt mit dem besonderen Hinweis, daß die Einheitsfront im Innern nunmehr gesichert sei und eine Festigung der Front durch energisches Heranziehen der Etappenformationen durchgeführt werden müsse. Während draußen die Front frischen Auftrieb erfährt, entbrennt im Innern von neuem der Kampf um den U-Boot-Krieg. Prinz Max hatte aus dem oben-

[70]) v. Levetzow: „Beitrag zur geschichtlichen Darstellung des Zusammenbruchs im Jahre 1918“; bei Niemann: Revolution. S. 403ff.

[71]) v. Levetzow: Ebenda. S. 404.

[72]) Prinz Max: a. a. O. S. 453f.

angeführten Telegramm merkwürdigerweise nicht die Folgerung gezogen, daß nur zähes Aushalten Deutschland retten könne, sondern er gelangte zu folgender Anschauung: „Nehmen wir an, wir machen Wilson die genügenden Konzessionen in der Frage des U-Boot-Krieges und in der Frage der Demokratisierung, und nehmen wir dann an, es kommt eine Ablehnung Wilsons auf Grund der Forderungen der Alliierten Armeen so ergibt das die folgende Situation:

Die feindlichen Völker müssen weiterkämpfen, nicht mehr für den Wilsonschen Rechtsfrieden, sondern für die Fochsche Waffenehre. Die Klarstellung dieesr Tatsache — und sie würde durch ein Wilsonsches Refüs klargestellt werden — bedeutet eine ungeheuere Schwächung der feindlichen Kriegskraft, die sich nicht nur in der Munitionsindustrie, sondern auch an der Front bemerkbar machen würde“[73]). Ganz in diesem Sinne arbeitete er mit Staatssekretär Solf und Geheimrat Simons einen Entwurf aus, in dem zugestanden wird, daß der „U-Boot-Krieg jetzt nach den Grundsätzen des Kreuzerkrieges geführt wird unter Sicherstellung des Lebens der Nichtkombattanten“; dem gegenüber steht der Passus der Seekriegsleitung: „Die Deutsche Regierung hat sich damit einverstanden erklärt, die besetzten Gebiete zu räumen. Sie erklärt sich ferner bereit, den U-Boot-Krieg einzustellen. Sie geht dabei von der Annahme aus, daß die Einzelheiten dieser Vorgänge und die Bedingungen des Waffenstillstandes von militärischen Sachverständigen beurteilt und beraten werden müssen“[74]).

Zu seinem nicht geringen Erstaunen mußte der Prinz bei der Besprechung seines Entwurfes nicht nur die Gegnerschaft der Marine, sondern auch die seines eigenen Kabinetts erkennen. Vizekanzler v. Payer erklärte, daß der Entwurf unser bisheriges Verfahren als rechtlos stemple und wandte sich mit scharfen Worten gegen eine Preisgabe des U-Boot-Krieges. In ähnlicher Weise äußerten sich alle Kabinettsmitglieder mit Ausnahme der Abgeordneten Scheidemann, Haußmann und des Kriegsministers Scheüch. Die Sitzung wurde dann auf Nachmittag vertragt. Zur Nachmittagssitzung brachte der Reichskanzler die Botschafter Graf Metternich, Graf Brockdorff-Rantzau und Dr. Rosen mit, die auf Grund ihrer

[73]) Prinz Max: a. a. O. S. 455ff. In dieser Schlußfolgerung zeigt sich die ganze Weltfremdheit der Gedankengänge dieses ethischen Idealisten.

[74]) Niemann: Revolution. S. 161ff.

Kenntnis der Psyche der ausländischen Regierungen ein ablehnendes Urteil abgaben[75]). Das Gutachten hatte seine Wirkung nicht verfehlt; wie am Morgen alles die Auffassung des Prinzen abgelehnt hatte, so stand jetzt die Marine mit ihrem Vorschlag allein. Noch gab aber Admiral Scheer die Hoffnung nicht auf. Sofort unterrichtete er Kaiser und O. H. L. von dem Umschwung der Stimmung und noch in der Nacht traf ein Telegramm der O. H. L. mit folgendem Wortlaut ein: „Die Lage hat sich nicht geändert. Die Türkei hat Sonderverhandlungen begonnen. Österreich-Ungarn wird bald folgen. Die Westfront ist in größter Anspannung. Ein Durchbruch bleibt möglich, wenn ich ihn auch nicht befürchte. .... Es ist die Frage zu stellen: Will das deutsche Volk um seine Ehre nicht nur in Worten, sondern tatsächlich bis zum letzten Mann kämpfen und sich damit die Möglichkeit des Wiedererstehens sichern, oder will es sich zur Kapitulation und damit zum Untergang vor der äußersten Kraftanstrengung drängen lassen? Mit der durch das Zugeständnis der Note bewirkten Preisgabe des U-Boot-Krieges beschreiten wir den letzteren Weg. .... Ich kann daher der Note in diesem Punkt nicht zustimmen. Muß die Regierung, falls sie sich dieser Ansicht anschließt, damit rechnen, daß die Verhandlungen mit Wilson scheitern, so muß sie entschlossen sein, den Kampf bis zum letzten Mann unserer Ehre halber auszukämpfen“[76]).

Der Reichskanzler schreibt in seinen Erinnerungen: Dieser Ton Ludendorffs habe ihn überrascht, da solche Worte nur ein Feldherr hätte sprechen können, der am 29. September festgeblieben wäre und nicht den Entschluß der zur nationalen Verteidigung entschlossenen Regierung sabotiert hätte. Vergebens suchte Prinz Max durch Oberstleutnant v. Haeften den General in seinem Sinne zu beeinflussen, indem er immer wieder hervorhob, Präsident Wilson müsse gegenüber allzu brutalen Forderungen der französischen Armee durch den Verzicht auf den U-Boot-Krieg ein Gegengewicht in die Hand gegeben werden. Prinz Max und sein Kabinett sahen in dem Festbleiben Ludendorffs einen Akt der Demonstration und der Staatssekretär Haußmann gebrauchte sogar die Worte: „Der General Ludendorff hat strategisch und taktisch in die Flanke der Regierung manövriert“[77]).

[75]) Prinz Max: a. a. O. S. 459.

[76]) Ludendorff: Urkunden. S. 573.

[77]) Prinz Max: a. a. O. S. 462.

Diese Idealisten einer pazifistischen Humanitätsauffassung konnten es nicht verstehen, daß der Soldat, wenn er um seine Ehre kämpft, den Satz des Generals Clausewitz verwirklichen muß: „Es ist eine hervorstechende Eigenschaft großer Feldherren, in Unglück und Bedrängnis so wenig als möglich aufzugeben“[78]). Dem Reichskanzler und seinen Mitarbeitern erschien das Vorgehen des Generals Ludendorff als Verrat, denn sie wußten nicht, daß Ludendorff an jenem 29. September 1918 zu General v. Eisenhardt-Rothe auf dessen Frage: „Wenn uns, wie zu erwarten, unerträgliche Bedingungen gestellt werden, dann hoffen Exzellenz doch mit mir, das ein furor teutonicus im ganzen Lande ausbrechen wird, wie ihn der August 1914 gesehen hat, und der uns befähigt weiterzukämpfen, wenn auch bis zum Untergang?“ strahlenden Auges antwortete: „Damit rechne ich und darauf hoffe ich ganz bestimmt“[79]).

Der Kampf um die Antwort an Wilson und der Kampf gegen Ludendorff verschmelzen nunmehr in eins.

Zunächst ergreift der Reichskanzler die Offensive: Als am 20. Oktober Generaloberst v. Plessen, der Adjudant des Kaisers, meldet: „Seine Majestät machten sich die Auffassung der Marine zu eigen und will für den Nachmittag einen Kronrat nach Potsdam einberufen, falls der Reichskanzler bei seiner Auffassung verharrt“, erklärt der Prinz, ein Kronrat könne an diesem Nachmittag nicht abgehalten werden, da wichtige Sitzungen anberaumt seien. Doch bitte er seine Majestät nach Berlin zu kommen und seinen Vortrag entgegenzunehmen. Er würde jedoch sein Amt niederlegen, wenn S. M. sich weiterhin auf seiten der Marine stelle. Der Reichskanzler scheute sich nicht, die Unterredung mit den Worten zu schließen: „Es macht mir keine Freude, es hier E. E. aussprechen zu müssen, aber es steht für mich fest: wenn ich gehe, dann fällt das Kabinett auseinander und dann kommt die Revolution“[80]). Die Frage des Generaladjudanten, ob er dies S. M. melden soll, bejaht der Prinz energisch. Nachmittags erscheint dann der Kaiser; im Beisein des Grafen Lerchenfeld bittet der Kanzler um die Aufhebung des rücksichtslosen U-Boot-Krieges. Noch einmal setzte sich der verletzte Monarch für die Anschauung der Marine, den uneingeschränkten U-Boot-Krieg weiter durchzuführen, ein. Schließlich gab er schwe-

[78]) Clausewitz: a. a. O. S. 580.
[79]) v. Eisenhardt-Rothe: a. a. O. S. 329.
[80]) Prinz Max: a. a. O. S. 464.

ren Herzens nach, nachdem der Kanzler die Kabinettsfrage gestellt und Graf Lerchenfeld sich nicht gescheut hatte, auf die antimonarchischen Strömungen im Volk hinzuweisen.

Mit diesem Sieg des Reichskanzlers war aber keineswegs das Kabinett zufrieden, das unbedingt die Zustimmung der O. H. L. in der U-Boots-Frage erzwingen wollte, bevor die Antwort an Wilson hinausging. Alle Versuche schlugen jedoch fehl, und so ging in der Nacht vom 20. auf den 21. Oktober Deutschlands Antwortnote[81]) an Wilson hinaus, die nur eine Verwahrung gegen den Vorwurf ungesetzlicher und unmenschlicher Handlungen enthielt, in der Frage des U-Boot-Krieges und der Zuständigkeit der deutschen Regierung jedoch ganz den Forderungen Wilsons entgegenkam. Am nächsten Tage gelang es dem Kabinett aber doch noch einen Triumph über die O. H. L. zu erringen, in dem diese ihr Einverständnis mit dem folgenden Kabinettsbeschluß erklärte: „Die O. H. L. hält sich für keinen politischen Machtfaktor, sie trägt daher auch keine politische Verantwortung. Ihre politische Zustimmung zu der Note ist daher auch nicht erforderlich“[82]). Die O. H. L. hat nachgegeben, weil die Note an Wilson bereits abgegangen und sie nicht unnötigerweise einen Konflikt heraufbeschwören wollte.

Dann begann die neue Reichstags-Session, in der Reichsfeinde wie Unabhängige und Polen ungeschminkt und ungehindert ihrem Haß gegen Deutschland Ausdruck geben konnten. Auch Zentrum und Sozialdemokratie nützten die günstige Gelegenheit aus, in dem jenes erklärte, es nehme von der nationalen Verteidigung Abstand, diese aber aus Angst, die Massen des Volkes an die Unabhängigen zu verlieren, sich ganz in das radikale Fahrwasser begab[83]).

Bevor noch der Text der neuen Antwort Wilsons bekannt war, holte die Regierung zu einem neuen Schlag gegen die O. H. L. aus. Durch den Staatssekretär des Äußern verlangte sie vom Kaiser die Beseitigung der Kommandogewalt und die Unterstellung der militärischen Führer unter die politische Leitung. Mit dieser Forderung hatte die Regierung nicht nur in die Rechte der O. H. L., sondern auch in das Recht des Kaisers eingegriffen. Dieser hatte näm-

[81]) Prinz Max: Ebenda. S. 469.

[82]) Prinz Max: a. a. O. S. 471.

[83]) Prinz Max: Ebenda. S. 473ff. Vgl. v. Wrisberg: Der Weg zur Revolution. S. 133ff.

lich in seiner Eigenschaft als Oberster Kriegsherr diese Befugnisse an die O. H. L. abgetreten.

Am nämlichen Tage, da die Staatsfeinde gegen Reich und Monarchie Sturm liefen, traf die dritte Wilsonnote ein. „.... Der Präsident hält es aber für eine Pflicht neuerdings zu erklären, daß der einzige Waffenstillstand, den ihnen zur Erwägung vorzuschlagen, er sich für berechtigt erachten würde, ein solcher wäre, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen assoziierten Mächte in einer Lage lassen würden, in der sie jeder Abmachung, welche getroffen werden müßte, genügend Kraft beizusetzen vermögen, um eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich zu machen..... In dem Gefühl, daß der ganze Weltfrieden jetzt davon abhängt, daß klar gesprochen und aufrichtig und gerade gehandelt wird, betrachtet es der Präsident als eine Pflicht, ohne irgendeinen Versuch zu machen, Worte, die schroff gelten könnten, zu mildern, auszusprechen, daß die Völker der Welt kein Vertrauen zu den Worten derjenigen hegen und hegen können, die bis jetzt die deutsche Politik beherrschten, und ebenfalls zu betonen, daß beim Friedensschluß und beim Versuche, die endlosen Leiden und Ungerechtigkeiten dieses Krieges ungeschehen zu machen, die Regierung der Vereinigten Staaten mit keinem andern als mit den Vertretern des deutschen Volkes verhandeln kann, welche bessere Sicherheiten für eine wahre verfassungsmäßige Haltung bilden als die bisherigen Beherrscher Deutschlands“[84]).

Prinz Max hat zu dieser Note folgende Interpretation gegeben: „Gebt mir politische Bürgschaften, dann verzichte ich auf militärische“[85]). Klar und eindeutig war in der Note Wilsons festgestellt, daß ein Waffenstillstand nur dann geschlossen werde, wenn eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich sei. Dagegen übertrat der Präsident das von ihm festgelegte Selbstbestimmungsrecht der Völker, indem er sich durch seine Schlußworte in innerdeutsche Verhältnisse einmischte; durch seine dunklen Worte hoffte er aber die Flamme der Zwietracht im deutschen Volk zu schüren. Ein Sturz der Monarchie und des bisherigen Systems durch revolutionäre Kräfte im Innern bedeutete für Wilson und die Entente einen großen Sieg. Dann war die Einigkeit des Volkes

[84]) Urkunden, amtliche. S. 190f.

[85]) Prinz Max: a. a. O. S. 495. Anm. 3.

gebrochen und nur in diesem Falle konnten die Alliierten mit der Durchführung ihrer Vernichtungspläne rechnen. Diese Möglichkeit zog der Prinz nicht in Erwägung, sondern, sein ganzes Sinnen und Trachten ging danach, die wahre Gesinnung Wilsons zu erproben. „Es galt, die tatsächliche und verfassungsmäßig gesicherte Selbständigkeit unserer parlamentarischen Regierung vor aller Welt nachzuweisen; darnach würde Wilson entweder Wort halten und die ersehnten Friedensverhandlungen auf der Basis des Rechtsfriedens einleiten, oder er präsentierte die Bedingungen der Kapitulation, dann war er entlarvt“[86]). Der Reichskanzler erkannte nicht, welch gefährliches Spiel er begann, nachdem der Abgeordnete Noske bereits öffentlich im Reichstag ein Entgegenkommen der Krone in der Frage der Abdankung gefordert und zu Staatssekretär Solf bei Bekanntwerden der dritten Wilsonnote geäußert hatte: „Die Note ist doch gar nicht schlimm; wenn der Kaiser geht, kriegen wir einen guten Frieden“[87]). Schon bei den Beratungen über die Antwort auf die obenerwähnte Wilsonnote zeigte sich der üble Einfluß der Rede Noskes. Nicht nur die Fraktionsführer lehnten den Gedanken der nationalen Verteidigung ab, sondern auch die Staatssekretäre erklärten, das oben abgegebene Gutachten Ludendorffs genüge ihnen nicht, und es fiel das Wort: Der geschlagene Feldherr möge seinen Posten zur Verfügung stellen und zurücktreten[88]). Noch vor Eintritt in die Beratung über die neue Wilsonnote trat plötzlich eine Krisis ein.

Ludendorff, durch Haeften von der Forderung Wilsons unterrichtet, sah darin eine unerträgliche Demütigung. Für ihn gab es jetzt keine Kaiserfrage und keine Verhandlung, es gab nur noch den Kampf bis zum Äußersten. Er erklärte, die Armee sei bereit, diesen Kampf für ihren Obersten Kriegsherrn durchzufechten und er werde noch heute mit dem Feldmarschall nach Berlin zur Regelung der Angelegenheit fahren. Da aber Oberstleutnant Haeften bei einer internen Besprechung in Berlin in temperamentvoller Weise ähnliche Gedanken zum Ausdruck brachte, hielt ein anwesender Vertreter des Kriegspresseamtes diese Ausführungen für eine Kundgebung des Kabinetts und berichtete in diesem Sinne an die O. H. L. Diese erließ daher vor ihrer Abfahrt nach Berlin

[86]) Prinz Max: Ebenda.
[87]) Prinz Max: Ebenda. S. 497.
[88]) Prinz Max: a. a. O. S. 500.

folgenden Armeebefehl: „Die Antwort Wilsons bedeutet die militärische Kapitulation. Sie ist deshalb für uns Soldaten unannehmbar. . . . Wilsons Antwort kann daher für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand mit äußersten Kräften fortzusetzen. Wenn die Feinde erkennen werden, daß die deutsche Front mit allen Opfern nicht zu durchbrechen ist, werden sie zu einem Frieden bereit sein, der Deutschlands Zukunft gerade für die breiten Schichten des Volkes sichert“[89]). In dem Glauben, mit der Reichsleitung eines Sinnes zu sein, hatte die O. H. L. diesen Befehl herausgegeben. Erst durch eine Pressebesprechung des Kriegspresseamtes, welches den Text dieses Befehles vertraulich bekanntgab, erfuhr die Reichsleitung davon; sofort schlug die Flamme des Mißtrauens empor. Man glaubte nicht den Versicherungen der O. H. L. und wollte auch nur zu gerne ein fait accompli schaffen. Man sah in dieser Einmischung einen Dolchstoßversuch der O. H. L. gegen die Reichsleitung. Die O. H. L. brach jedoch allen derartigen Vermutungen die Spitze ab, in dem sie die sofortige Aufhaltung des Befehls verfügte, als ihr die abweichende Haltung der Reichsregierung bekannt wurde. Es war der letzte Beweis für den guten Willen der O. H. L. mit der Reichsleitung loyal zusammenzuarbeiten. Aber man hat diesen Willen nicht anerkannt und der Reichskanzler schreibt in seinen Erinnerungen: „In jedem Falle lag eine unzulässige Einmischung vor; in einem Augenblick, da für die Regierung alles darauf ankam, ihre Unabhängigkeit von militärischen Einflüssen zu sichern und zu beweisen, durfte die O. H. L. unserer Stellungnahme nicht vorgreifen, gleichviel ob die Kundgebung als Unterstützungsaktion gedacht war oder nicht“[90]).

Schon war das Schicksal daran, endgültig den seit zwei Jahren dauernden Kampf um die Vorherrschaft zwischen den Obersten Gewalten zur Entscheidung zu bringen. Wie schon oben angedeutet, hatte General Ludendorff auf Bitten des Oberstleutnants Haeften erklärt, der Feldmarschall und er würden zur Besprechung nach Berlin kommen. Haeften hatte dies dem Prinzen mitgeteilt, der über diese Absicht sehr verstimmt war, da ein Besuch die Abhängigkeit der Reichsleitung von der O. H. L. zu dokumentieren

[89]) Urkunden, amtliche. S. 196. Vgl. Ludendorff: Urkunden. S. 577 und den Bericht des Oberstleutnants von Haeften bei Prinz Max: a. a. O. Anh. V. S. 671.

[90]) Prinz Max: a. a. O. S. 501.

schien. In diesem Sinne verlangte der Reichskanzler, die O. H. L. möge von ihrem Plan Abstand nehmen. Dies lehnte General Ludendorff ab mit der Bemerkung, „er werde morgen in Berlin eintreffen, um dem Kaiser Vortrag über die militärische Lage zu halten“[91]). Kaum hatte der Prinz diese Nachricht erhalten, so war er entschlossen, unter Stellung der Kabinettsfrage die Entlassung Ludendorffs zu fordern. Sofort entwarf er ein Schreiben an den Kaiser, in dem er seine Gründe darlegte, sich aber zugleich für das Bleiben des Generalfeldmarschalls v. Hindenburg aussprach. Das beste Bild von der Auffassung des Prinzen gewinnt man aus dessen eigenen Worten: „Für mich stand fest, diese Reise durfte nur mit der Entlassung des Generals Ludendorff enden. Die Eigenmächtigkeit war nur der Anlaß. Der Wunsch, die innere und äußere Situation zu erleichtern, sprach mit. Entscheidend war das verlorene Vertrauen“[92]).

Am Nachmittag des 25. Oktober trafen Hindenburg und Ludendorff in Berlin zum Thronvortrag ein. Der Kaiser mußte sie zum Kanzler verweisen, denn er hatte gerade am Morgen dieses Tages den Gesetzentwurf, der die Beschränkung der Kommandogewalt aussprach, unterzeichnet. Der Kanzler, der an der Grippe erkrankt war, konnte die O. H. L. nicht empfangen, die daraufhin dem Vizekanzler mitteilen ließ, sie werde abends 9 Uhr mit Admiral Scheer und Kriegsminister Scheüch zu einer Besprechung in dessen Wohnung kommen. Zur festgesetzten Stunde empfing der Vizekanzler die Herren. Admiral v. Levetzow berichtet darüber: „Das Ergebnis der Besprechung war für die Wehrmacht durchaus negativ. Trotz der eindringlichen Ausführung des Generals Ludendorff, dem der Generalfeldmarschall und Admiral Scheer nachdrücklichst zustimmten, war es nicht möglich, Herrn v. Payer davon zu überzeugen, daß die nationale und soldatische Ehre jetzt gebieterisch von uns fordere, die maßlosen Bedingungen Wilsons zurückzuweisen“[93]).

Zum letzetnmal hatte die Heeresleitung versucht, die Regierung zum energischen Widerstand emporzureißen; alles war vergebens. Hatte doch Herr v. Payer jede Bindung abgelehnt, als Ludendorff forderte, die Regierung möge wenigstens unter der Voraussetzung

[91]) v. Haeften: a. a. O. S. 671.
[92]) Prinz Max: a. a. O. S. 500.
[93]) v. Levetzow: a. a. O. S. 411.

eine Volkserhebung in die Wege leiten, daß Deutschland ungünstige Waffenstillstandsbedingungen erhielte. Die einzige Antwort des Vizekanzlers war, daß er den Herren erklärte, die Volksvertretung vertraue nicht mehr der O. H. L. und verlange noch andere Heerführer über die Lage zu hören. Darauf haben Hindenburg und Ludendorff ihre Demission angekündigt[94]).

Jedenfalls hat aber die Unterredung gezeigt, daß sich hier zwei Welten gegenüberstanden, die sich nicht verstehen konnten. Hier der Vertreter des Liberalismus, der seinen so lange ersehnten Sieg über das bisher herrschende System in greifbare Nähe gerückt sah, dort die Vertreter der altpreußischen Offizierstradition, die nur Ehre, Pflichterfüllung und Disziplin kannten. Die Unterredung bei Herrn v. Payer schloß Ludendorff mit den bedeutsamen Worten: „Es hat keinen Zweck, mit Ihnen, Herr v. Payer weiterzureden, wir beide, Sie und ich, wir verstehen uns nicht und werden uns niemals verstehen“[95]). Unüberbrückbar war der Gegensatz. Am nächsten Tage erfolgte der Bruch. Ludendorff hatte bereits am Morgen dieses Tages sein Abschiedsgesuch[96]) geschrieben, in dem er darlegte, daß die Regierung seine Person für ein Friedenshindernis halte und er daher seinen Abschied erbitte. Nur den dringlichen Worten des Feldmarschalls gelang es, die Absendung des Gesuches aufzuhalten. Noch einmal wollte man versuchen bis zum Kanzler vorzudringen. Während die O. H. L. noch auf den Bescheid wartete, erschien Oberstleutnant v. Haeften mit der Meldung, die Regierung habe soeben beim Kaiser die Verabschiedung des Generals Ludendorff durchgesetzt. Trotz des vorschnellen Handelns der O. H. L. hat sich doch der Kaiser nur schwer von General Ludendorff getrennt, wie Oberstleutnant Niemann berichtet[97]). Der Kaiser war allerdings empört, daß die O. H. L. ohne seine und des Kanzlers Zustimmung den obenerwähnten Armeebefehl erlassen habe. Noch einmal gelang es den Kaiser zu beruhigen, der sich mit folgender Regelung einverstanden erklärte: Der Chef des Zivilkabinetts möge zum Kanzler fahren und ihm das Ersuchen des Kaisers mitteilen, das Entlassungsgesuch zurücknehmen unter der Zusage, „daß die Heeresleitung in Zukunft jeden Eingriff in die Politik meiden und

[94]) Prinz Max: a. a. O. S. 504.
[95]) v. Levetzow: a. a. O. S. 411.
[96]) Ludendorff: Kriegserinnerungen. S. 616.
[97]) Niemann: Kaiser. S. 115ff.

daß zum Zeichen dessen die politische Abteilung bei der O. H. L. aufgelöst werde“[98]). Leider kam es aber doch anders, als der Kaiser beabsichtigte. Die Schilderung von der Entlassung Ludendorffs sei hier mit den Worten des Kaisers wiedergegeben: „Ich habe dem General Ludendorff auf seinen Wunsch den Abschied bewilligt. Der General erhob schwere Vorwürfe gegen die Regierung, weil sie die Heeresleitung nicht decke, unerhörte Beschimpfungen gegen den Generalstab unerwidert lasse. Ich habe dem General klarzumachen versucht, daß die so schwierige politische Lage schließlich doch durch die militärische geschaffen ist, ihn darauf aufmerksam gemacht, wie erschütternd die Forderung eines sofortigen Waffenstillstandes gewirkt hat, meinen Willen kundgegeben, zwei bewährte Armeeführer nach Berlin zu bescheiden, um den Kanzler und dem Kriegskabinett über den Zustand und die Stimmung der Truppen zu berichten. Habe ausdrücklich betont, daß diese Generale nicht etwa die operative Führung kritisierten, sondern lediglich die Aufgabe haben sollten, dem zweifelnden Kabinett einen moralischen Halt zu geben.

Aber der General sah in dieser Maßnahme mangelndes Vertrauen von meiner Seite und erbat seine Entlassung. Ich konnte nicht anders als dieser Bitte Folge geben. . . .“[99]).

Auch der Feldmarschall wollte in echter Kameradschaftlichkeit seinen Posten niederlegen. Es gelang jedoch dem Kaiser, indem er darauf hinwies, daß Hindenburg das „Paladium des deutschen Volkes“ sei, ihn zum Bleiben zu bewegen.

So war es denn nach langem zähen Kampfe den Kräften des Liberalismus gelungen, eine Bresche in das festeste Bollwerk der Monarchie, in die oberste Heeresleitung, zu legen. Frei lag nunmehr der Weg zum Throne und in einem letzten Ansturm gelang es fast ohne Widerstand das deutsche Kaisertum zu stürzen.

Lange sollte sich der Reichskanzler seines Sieges nicht freuen. Noch am nämlichen Tage erschien sein Vertrauensmann, Max Warburg, in der Reichskanzlei und forderte eine würdige, aber entschlossene Antwort an Präsident Wilson zu senden[100]). Gemäß diesem Vorschlag hatte der Prinz eine Antwort ausgearbeitet, in der darauf hingewiesen wurde, daß in Deutschland tatsächlich die

[98]) Niemann: Ebenda. S. 117.
[99]) Niemann: Kaiser. S. 118.
[100]) Prinz Max: a. a. O. S. 505.

Volksregierung die Macht in Händen habe, und die mit den Worten schloß: „Die deutsche Regierung erwartet demnach Vorschläge für einen Waffenstillstand, nicht das Ansinnen einer Waffenstreckung. Nur so könnte der Waffenstillstand einen Rechtsfrieden einleiten, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat“[101]). In dieser Formulierung legte Staatssekretär Solf dem Kabinett die Antwort vor, fand aber nur Ablehnung. Die Staatssekretäre Erzberger und Scheidemann erklärten, Wilson werde auf eine solche Antwort hin seine Vermittlerrolle niederlegen und Deutschland sei damit ganz der Rachgier seiner Feinde preisgegeben. Auch die Mitteilung von der Entlassung Ludendorffs, mit der sie der Kanzler für seine Ansicht gewinnen wollte, hatte keinen Erfolg. Schließlich ging dann die Note an Wilson in einer Fassung ab, die Deutschlands Schwäche jedermann kundtat: „Die Deutsche Regierung hat von der Antwort des Präsidenten der Vereinigten Staaten Kenntnis genommen. Der Präsident kennt die tiefgreifenden Wandlungen, die sich in dem deutschen Verfassungsleben vollzogen haben und vollziehen. Die Friedensverhandlungen werden von einer Volksregierung geführt, in deren Händen die entscheidenden Machtbefugnisse tatsächlich und verfassungsmäßig beruhen. Ihr sind auch die militärischen Gewalten unterstellt. Die Deutsche Regierung sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat“[102]).

Am Abend dieses Tages traf die Nachricht vom Zusammenbruch Österreichs ein. Kaiser Karl hatte, um seine Länder zu retten, den Entschluß gefaßt, um einen Separatfrieden zu bitten. So hat Österreich, zu dessen Schutz Deutschland in den Krieg eingetreten war, noch in letzter Stunde den Bundesgenossen verlassen.

Einsam stand nunmehr Deutschland, den Feinden preisgegeben; nur zu bald zeigte es sich, wie vergeblich das Vertrauen des deutschen Volkes auf einen Rechtsfrieden war. Das Unrecht regierte und der Haß schwang seine Geißel über dem geknechteten Land. Unsere Darstellung wollen wir schließen, indem wir uns die Ansicht des Majors von Frauenholz zu eigen machen. „Furchtbar rächte sich die unpsychologische Einstellung der Reichsleitung in

[101]) Prinz Max: Ebenda.

[102]) Urkunden, amtliche. S. 210.

den vergangenen Jahrzehnten und vor allem während des Krieges, die es verabsäumt hatte, das Leben des Volkes mit nationalen Gehalt zu erfüllen, nach dem Beginn des Krieges den Ernst der Lage und die Notwendigkeit der Verteidigung zur Selbsterhaltung dem Volke immer wieder eindringlich in die Seele zu sprechen, so, wie es Franzosen, Engländer und Amerikaner im Frieden und im Kriege getan hatten. Das deutsche Volk, lediglich auf Pflichterfüllung eingestellt, hielt seine Pflicht für getan, als der Führer den weiteren Kampf für aussichtslos ansprach; es wußte nicht, daß es für sich selbst, für seine kulturellen Güter, für seine politische Stellung und für seine wirtschaftliche Lage kämpfte, und darum kämpfen mußte, bis zuletzt, nicht um den Führer, sondern um seiner selbst willen. Clemenceaus „letzte Stunde" war gekommen, und sie gehörte nun wirklich dem Gegner"[103]).

[103]) v. Frauenholz: Überblick über die Geschichte des Weltkrieges. S. 106f.

SCHLUSS

DIE BEDEUTUNG DES GEGENSATZES ZWISCHEN OBERSTER HEERESLEITUNG UND REICHSLEITUNG FÜR DEN ZUSAMMENBRUCH

Nach der Betrachtung der oben geschilderten Gegensätze gilt es nun zu untersuchen, ob man einer der beiden Gewalten eine absolute Schuld an dem Zusammenbruch zuerkennen darf. Gegensätze zwischen politischer und militärischer Leitung waren zwar schon seit Beginn des Krieges vorhanden, aber ihre Konturen traten erst in dem Augenblick scharf hervor, in welchem Hindenburg und Ludendorff die Führung der O. H. L. übernehmen. Beide sind eins in ihrem militärischen Tun und Handeln und doch zeigen die Naturen beider Gegensätze. Hindenburg, im Bewußtsein seiner ungeheueren Aufgabe, kennt nur die Sorge für das deutsche Volk und für Deutschlands Sieg. Er lehnt bewußt jede Einmengung in die Politik ab. Ludendorffs Natur kennt dagegen nur den Kampf. Ihm genügt es nicht der „große Gehilfe Hindenburgs" zu sein, wie ihn Adolf Hitler in seiner Rede für den verstorbenen Feldmarschall nannte, sondern er wollte und mußte in den politischen Kampf eingreifen. Den Feldherren gegenüber stehen die Männer der Reichsleitung. Auch sie sind vom besten Willen beseelt. Aber sie verstehen es nicht das dynamische Grundgesetz des Staates[1]), wie es Ranke ausarbeitete, durchzuführen: Die politische Organisation der innern Kräfte muß nach dem äußeren Lebensgebote orientiert werden.

Dadurch entsteht innerhalb des Volkes Uneinigkeit. General Ludendorff erkennt die Gefahr und will ihr durch sein Eingreifen in die Politik begegnen. Daraus erklärt sich sein Kampf gegen Bethmann-Hollweg. Ohne es zu wollen hat aber Ludendorff durch

[1]) Vgl. Oncken: „Über die Zusammenhänge zwischen äußerer und innerer Politik". (Abgedr. Vorträge der Gehe-Stiftung). S. 117ff.

sein Eingreifen bei dem Sturze Bethmanns im Volk eine Kluft geschaffen, die sich langsam, aber sicher verbreiterte. Die Nachfolger Bethmanns konnten bei der großen Autorität der O. H. L. den Übergriffen des Generals nicht mehr mit der nötigen Kraft entgegengetreten. Sie verbinden sich mit den immer mehr nach links neigenden Mehrheitsparteien und unterlassen es andererseits aber auch, dem General über die wahre Stimmung des Volkes Aufschluß zu geben. Nur durch diese Unterlassung ist es zu verstehen, daß das Eingeständnis unserer Niederlage am 29. September 1918 so verheerende Folgen gehabt hat. Die O. H. L. sah sich im Glauben an das deutsche Volk, das deutsche Volk im Glauben an seine Heerführer getäuscht[2]). Die Reichsleitung aber, deren Aufgabe es gewesen wäre, dem Volk den Ernst der Lage vor Augen zu führen und eine Brücke der Verständigung zwischen Heer und Volk zu schlagen, wurde von der plötzlichen Sturzwelle in die Tiefe der Kluft gerissen. Vergebens bemüht sich die O. H. L. um Verständigung. Mit Schrekken und Erstaunen mußte sie wahrnehmen, daß sie sich in ihrem Vertrauen zum deutschen Volk und zu seinem Pflichtbewußtsein geirrt hatte. Die Reichsfeinde waren an der Arbeit, am 9. November 1918 stürzte das Gebäude des Bismarckreiches zusammen.

Wie ein ehernes Standbild ragt aus dem Trümmerhaufen die ehrfurchtgebietende Gestalt Hindenburgs. Ihn, der nur seine Pflicht für Reich und Volk kannte, konnten wohl des Schicksals Schläge beugen, aber brechen konnten sie ihn nicht. Er war berufen, das deutsche Volk aus Not und Elend wieder einer besseren Zukunft entgegenzuführen.

Kurz ist die Zeitspanne zwischen Weltkrieg und Gegenwart. Immer deutlicher zeigt sich aber, daß wir bei der Betrachtung dieses gewaltigen Ringens keine Schuldfrage aufwerfen dürfen. Fehler sind wohl vorgekommen, aber von Schuld darf man nicht sprechen, da man eine Schuld nur Personen zuerkennen kann. Der Kampf zwischen den beiden Gewalten ist letzten Endes aber kein

---

[2]) Vgl. v. Freytag-Lorringhoven: „Menschen und Dinge". S. 310. „Man hat bei uns ganz allgemein die Bedeutung des psychologischen Moments im Kriege unterschätzt. Unzweifelhaft hat sich ferner General Ludendorff über die Widerstandsfähigkeit des deutschen Volkes getäuscht. Es ehrt den Menschen und Soldaten in ihm, daß er den eigenen stolzen Mut auch bei seinem Volke voraussetzte, dem Feldherrn aber hätte man vermehrtes Eindringen in das Wesen auch der ihm an sich ferner liegenden Dinge gewünscht."

Kampf der Personen, sondern ein Kampf der Ideen. Es ist der Kampf des Liberalismus gegen den traditionsgebundenen Preußengeist. 1918 siegte der Liberalismus, 1933 wiederum der Preußengeist.

Heute ist neben die Garnisonkirche von Potsdam ein neues Mahnmal deutscher Einigkeit getreten: der Feldherrnturm des Tannenbergdenkmals. Dort schläft auf dem Schlachtfelde, das seinen Ruhm begründete, Hindenburg der Ewigkeit entgegen, und wurde so noch im Tode zum Wächter über die deutsche Einheit.

LITERATUR-VERZEICHNIS

Die auswärtige Politik Preußens 1850—1871. III. Berlin 1932.

Bauer: Der große Krieg in Feld und Heimat. Tübingen 1921.

Bethmann-Hollweg: Betrachtungen zum Weltkriege. Berlin 1919 und 1921.

v. Bismarck: Gedanken und Erinnerungen. Stuttgart-Berlin 1919.

Bredt: Der deutsche Reichstag im Weltkriege. Erschienen in „Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918". VIII.

v. Clausewitz: Vom Kriege. Leipzig 1935; herausgeg. von Cochenhausen.

v. Cramon: Unser österreichisch-ungarischer Bundesgenosse im Weltkriege. Berlin 1920.

Czernin: Im Weltkrieg. Berlin-Wien 1919.

Delbrück: Die Offensive im Jahre 1918. In „Ursachen des deutschen Zusammenbruches im Jahre 1918". III. 1925.

v. Eisenhardt-Rothe: Im Banne der Persönlichkeit. Berlin 1931.

Erzberger: Erlebnisse im Weltkrieg. Stuttgart 1920.

Falkenhayn: Die deutsche oberste Heeresleitung 1914—1916. Berlin 1920.

Felger: Was wir vom Weltkrieg nicht wissen. Berlin 1919.

Fester: Die Politik Kaiser Karls. München 1925.

v. Frauenholz: Überblick über die Geschichte des Weltkrieges. München-Berlin 1926.

v. Freytag-Loringhoven: Menschen und Dinge wie ich sie in meinem Leben sah. Berlin 1923.

— Politik und Kriegführung. Berlin 1918.

v. Glaise-Horstenau: Die Katastrophe. Wien 1929.

Haller: Die deutsche Strategie im Weltkrieg; in „Reden und Aufsätze zur Geschichte und Politik". Stuttgart 1934.

Haußmann: Schlaglichter. Frankfurt 1924.

Helfferich: Der Weltkrieg. II. und III. Berlin 1919.

v. Hertling: Ein Jahr in der Reichskanzlei.

v. Hindenburg: Aus meinem Leben. Leipzig 1920.

Hitler: Mein Kampf. München 1933.

— Reden. I. München 1933.

v. Hintze: Darlegungen vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß; in „Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918". II. Berlin 1925.

Hoffmann: Der Krieg der versäumten Gelegenheiten. München 1922.

de Lagarde: Deutsche Schriften. Göttingen 1886.

v. Levetzow: Beitrag zur geschichtlichen Darstellung des Zusammenbruchs. Abgedr. bei Niemann: „Revolution von oben, Umsturz von unten". Berlin 1927.
Leyh: Der deutsche Zusammenbruch als Schicksal. München 1932.
Ludendorff: Meine Kriegserinnerungen. Berlin 1919.
— Politik und Kriegführung. Berlin 1922.
— Urkunden der Obersten Heeresleitung 1916—1918. Berlin 1920.
Max, Prinz von Baden: Erinnerungen und Dokumente. Stuttgart 1928.
Michaelis: Für Volk und Staat. Berlin 1922.
v. Moltke: Erinnerungen, Briefe, Dokumente. Stuttgart 1922.
v. Moser: Die obersten Gewalten im Weltkrieg. Stuttgart 1931.
— Kurzer strategischer Überblick über den Weltkrieg. Berlin 1922.
Niemann: Wanderungen mit Kaiser Wilhelm II. Leipzig 1924.
— Revolution von oben — Umsturz von unten. Berlin 1927.
— Kaiser und Revolution. Berlin 1928.
Nowack: Der Sturz der Mittelmächte. München 1921.
Oncken: Politik und Kriegführung. Münchner Universitätsrede 1928.
— Über die Zusammenhänge zwischen äußerer und innerer Politik. Vorträge der Gehe-Stiftung. 9. Bd. Dresden 1918.
v. Payer: Von Bethmann-Hollweg bis Ebert. Frankfurt 1923.
Ritthaler: Über Kriegführung und Politik; in „Staat und Volkstum". Neue Studien zur bayerischen Geschichte und Volkskunde. K. A. v. Müller als Festgabe. Diessen 1933.
Rupprecht, Kronprinz v. Bayern: Mein Kriegstagebuch. I.—III. Berlin-München 1929.
Scheidemann: Der Zusammenbruch. Berlin 1921.
— Memoiren eines Sozialdemokraten. Dresden 1928.
Schneider und Haacke: Das Buch vom Kriege 1914—1918. Ebenhausen bei München 1933.
Schwertfeger: Die politische und militärische Verantwortlichkeit im Verlauf der Offensive von 1918; in „Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918". II. Berlin 1925.
v. Seeckt: Die Zukunft des Reiches. Berlin 1929.
Stegemann: Geschichte des Krieges. I.— IV. Stuttgart-Berlin 1919.
v. Stein: Erlebnisse und Betrachtungen aus der Zeit des Weltkrieges. Leipzig 1919.
v. Tirpitz: Erinnerungen. Leipzig 1919.
Urkunden, amtliche zur Vorgeschichte des Waffenstillstandes von 1918. Berlin 1928.
Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. Das Werk des parlamentarischen Untersuchungsausschusses. II.—III., VIII., XII. 1. Berlin 1925—1929.
v. Valentini: Kaiser und Kabinettchef. Oldenburg 1931.
Volkmann: Die Annexionsfragen des Weltkrieges; in „Ursachen des deutschen Zusammenbruchs im Jahre 1918. XII. 1. Berlin 1929.
Wilhelm II.: Ereignisse und Gestalten aus den Jahren 1878 und 1918. Leipzig-Berlin 1922.

Wilhelm, Deutscher Kronprinz: Erinnerungen. Stuttgart-Berlin 1923.
Wippermann: Deutsche Geschichtskalender. 1914—1918.
Wohlers: Die staatsrechtliche Stellung des Generalstabes in Preußen und dem Deutschen Reich. Bonn-Leipzig 1921.
Wortmann: Geschichte der deutschen Vaterlandspartei 1917—1918. Halle 1926.
v. Wrisberg: Der Weg zur Revolution 1914—1918. Leipzig 1921.

Neue Deutsche Forschungen

Bisher erschienen und im Druck:

Abteilung Philosophie

Herausgegeben von Hans K. G. Günther

Dr. Hans Georg Peters, Die Ästhetik Alexander Gottlieb Baumgartens und ihre Beziehungen zum Ethischen. RM. 2.40

Dr. Jürgen Rausch, Zum Problem des Primats. Studie zum Charakter der Sittlichkeit und ihrer Stellung im Wertreich. RM. 5.—

Dr. Elfriede Lämmerzahl, Der Sündenfall in der Philosophie des deutschen Idealismus. RM. 4.60

Dr. Julius Drechsler, Die erkenntnistheoretischen Grundlagen und Prinzipien der Aristotelischen Didaktik. RM. 6.—

Dozent Dr. Jakob Barion, Plotin und Augustinus. Untersuchungen zum Gottesproblem. RM. 6.—

Dr. Otto Rein, Das Apollinische und Dionysische bei Nietzsche und Schelling. RM. 5.50

Dr. Iduna Belke, Ignaz Paul Vital Troxler. RM. 5.—

Dr. Egon Reiche, Rousseau und das Naturrecht. RM. 3.50

Dr. Franz Hlučka, Das Problem der Realität vom Standpunkt der Idee der Ganzheit. RM. 3.50

Dr. Hans Rathschlag, Die Bedeutung der Antinomien für den Kritizismus

Dr. Walter Spethmann, Der Begriff des Herrentums bei Nietzsche. RM. 6.—

Dr. Kurt Besser, Die Problematik der aphoristischen Form bei Lichtenberg, Fr. Schlegel, Novalis und Nietzsche. RM. 6.30

Dr. Helmut Schelsky, Theorie der Gemeinschaft nach Fichtes „Naturrecht" von 1796. RM. 4.—

Dr. Paul Gohlke, Die Entstehung der aristotelischen Logik

Abteilung Pädagogik

Herausgegeben von Hans Wenke

Dr. Walter Asmus, Pestalozzis Theorie der Menschenführung. RM. 3.80

Dr. Theodor Haralambides, Die Schulpolitik Griechenlands 1821—1935. RM. 8.—

Junker und Dünnhaupt Verlag / Berlin

LEBENSLAUF

Am 6. Juli 1910 wurde ich als Sohn des Ingenieurs Ludwig Direnberger und seiner Ehefrau Marie geb. Fick zu Erlangen geboren. Nach dem Tode meines Vaters übersiedelte meine Mutter nach Eichstätt; dort besuchte ich die Volksschule und das Gymnasium, das ich im April 1930 mit dem Zeugnis der Reife verließ. Seit Sommer-Semester 1930 besuchte ich die Universitäten Würzburg und München und wandte mich dem Studium der Geschichte, Geographie und Deutsch zu.

Meine Lehrer waren: In Geschichte die Professoren Chroust, Buchner, Vogt, A. O. Meyer, K. A. v. Müller, Ahlhaus; in Geographie: Sapper, Termer, v. Drygalski, Welte; in Deutsch Woerner, Schroeder, K. v. Kraus, Maußer. In Philosophie besuchte ich die Vorlesungen von Professor H. Mayer, in Wehrwissenschaft von Oberst Siebert.

Das Thema dieser Arbeit stellte Herr Professor Dr. Buchner, dem ich für seine Anregungen und seine Bemühungen herzlichen Dank sage.